

Die Mitte stärken.

Deutschlandprogramm
der Freien Demokratischen Partei

E N T W U R F

nach Beratung in der Bundesvorstandssitzung am 23. März 2009

Inhaltsverzeichnis

1. Präambel	Seite 3
2. Mehr Freiheit und Fairness durch Soziale Marktwirtschaft	Seite 6
3. Mehr Bürgerfreiheit durch mehr Vertrauen, Zusammenhalt und Toleranz	Seite 27
4. Mehr Chancen durch Bildung, Forschung und Innovation	Seite 45
5. Mehr Lebensqualität durch mehr Freiheit	Seite 55
6. Internationale Politik für Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Welt	Seite 68
7. Schlussbemerkung	Seite 79

1. Präambel: Die Mitte stärken!

Der Mensch steht im Mittelpunkt liberaler Politik. Wir machen uns für die Freiheit des Einzelnen in Verantwortung für eine bessere Zukunft unseres Landes stark. Wir wollen die liberale Bürgergesellschaft, in der der Einzelne nicht losgelöst von seinen Mitbürgern lebt, sondern gemeinsam mit ihnen in einer Wertegemeinschaft. Sie ist geprägt von Weltoffenheit, Toleranz und Solidarität und ist **der Menschenwürde verpflichtet**.

In der liberalen Bürgergesellschaft entscheiden die Bürgerinnen und Bürger¹ über die Zukunft Deutschlands. Die liberale Bürgergesellschaft lebt vom Engagement und der politischen Teilhabe der Menschen. Denn durch sie wird Politik gestaltet. Sie schöpft ihre Kraft aus der Eigeninitiative und Kreativität ihrer Bürgerinnen und Bürger. Wir Liberale vertrauen auf die **Leistungsbereitschaft der Menschen** und auf einen Staat, der seine Stärke aus der Beschränkung auf seine hoheitlichen Aufgaben schöpft. Wir wenden uns an alle mündigen und verantwortungsbereiten Bürgerinnen und Bürger. Sie erkennen selbst, was getan werden muss und brauchen dafür keine bevormundende Staatsbürokratie.

Die FDP ist die Partei für alle, die ihr Leben selbst gestalten und dabei nicht vom Staat bevormundet werden wollen. Wir wollen die Maßstäbe politischen Handelns neu definieren: Freiheit vor Gleichheit, Erwirtschaften vor Verteilen, Privat vor Staat, Eigenverantwortung statt Staatsgläubigkeit, Chancengleichheit statt Gleichmacherei. Wer mehr Freiheit und Chancengerechtigkeit in Deutschland will, braucht eine starke FDP. Wir setzen uns für **mehr Freiheit und Verantwortung** und weniger staatliche Bevormundung ein.

Freiheit ist mehr als ein abstrakter Begriff. Sie ist die Grundlage für die freie Entwicklung und Entfaltung der Persönlichkeit. Maßstab aller Politik muss die Freiheit sein. Denn nur sie erweitert Handlungsspielräume. Unsere realistische Betrachtung der Gegenwart liefert Antworten und Lösungsvorschläge, die frei sind von ideologischer Verblendung. Wir wollen die Chancen der Zukunft nutzen, indem wir ihre Herausforderungen erfolgreich meistern.

Dazu gehört auch, die Freiheiten zu verteidigen, die wir heute in Deutschland selbstverständlich genießen. Wir sind nicht dazu bereit, Bürgerrechte für eine trügerische Sicherheit aufzugeben. Wir Liberale stehen für eine Politik, die vom **Respekt vor den Bürgerrechten und der Verfassung** geprägt ist.

Für Deutschlands Zukunftsfähigkeit ist es zentral, allen Bürgerinnen und Bürgern gleiche Chancen auf freie Entfaltung zu eröffnen. Verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger wissen, dass der Staat ihnen nicht alle Mühen abnimmt. Aber sie müssen darauf vertrauen können, dass er ihnen nicht noch zusätzliche Lasten aufbürdet.

Die FDP ist der Anwalt der Mitte der Gesellschaft. Die Mitte steht gegen Extreme, aber sie ist mehr als etwas zwischen links und rechts. Sie ist vor allem eines: eine Grundhaltung. Für sie sind Leistungsbereitschaft, Fleiß und Aufstiegswille keine Fremdwörter. Ihr Denken in Generationen und sozialen Zusammenhängen, ihr Verantwortungsbewusstsein und Fleiß, ihre Eigenverantwortung und der starke Leistungswille sind das Fundament unserer Gesellschaft. Die FDP ist der **Partner der Mitte**. Denn es sind die Menschen in der Mittelschicht, die unsere Gemeinschaft stark machen. Sie kümmern sich um eine gute Ausbil-

¹ Um den Text lesefreundlicher zu gestalten, wird nach der Präambel auf eine geschlechterspezifische Unterscheidung verzichtet; so steht bspw. der Begriff „Bürger“ neutral für Angehörige beider Geschlechter.

1 dung ihrer Kinder, sorgen für die Familie vor und leben Solidarität mit den Schwachen.
2 Umweltbewusstsein und ein ausgeprägtes Gefühl für Gerechtigkeit sind für die Mitte der
3 Gesellschaft selbstverständlich. Die Gängelung der Mitte muss aufhören, damit sich Leis-
4 tung endlich wieder lohnt.

5
6 Die FDP will den Wohlstand in Deutschland nicht nur erhalten, sondern alle Menschen dar-
7 an teilhaben lassen. Wenn die Mitte wieder gestärkt wird, werden diejenigen, die sich an-
8 strengen und ihre Chancen ergreifen, belohnt. Hierzu hat Deutschland bereits ein bewähr-
9 tes und solides **Erfolgskonzept: die Soziale Marktwirtschaft**. Wir halten es für falsch, ihre
10 Leistungsfähigkeit in Frage zu stellen und immer neue und weitergehende staatliche Regu-
11 lierungen zu fordern. Deutschland braucht nicht weniger, sondern mehr Soziale Marktwirt-
12 schaft. Die Geschichte hat gezeigt, dass die Soziale Marktwirtschaft am besten dauerhaf-
13 ten Wohlstand schaffen kann. Wir setzen uns für einen staatlichen Regelungsrahmen ein,
14 der den Missbrauch von Marktmacht wirksam verhindert, jedoch den Bürgern ihre Eigen-
15 verantwortung lässt.

16
17 Wir setzen Eigenverantwortung gegen die Bevormundung durch die bürokratischen Aus-
18 wüchse des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates. Wir sind **für den liberalen Sozial-**
19 **staat**. Die zentrale Staatsaufgabe ist nicht die Schaffung absoluter Gleichheit, sondern die
20 Sicherung von Chancen- und Leistungsgerechtigkeit für alle Menschen. Unsere Politik der
21 Freiheit schafft Wohlstand durch fairen Wettbewerb und ein eigenverantwortliches, gesell-
22 schaftliches Miteinander. Nur so können die **sozialen Sicherungssysteme**, wie das Ge-
23 sundheitswesen, **leistungsfähig und bezahlbar** bleiben. Politik der staatlich verordneten
24 Gleichheit hat bisher immer zu Unfreiheit geführt.

25
26 **Solidarität braucht Eigenverantwortung.** Wir wollen durch einen Ordnungsrahmen einen
27 Beitrag dazu leisten, dass jeder Mensch in Freiheit seine Chancen erkunden und daraus
28 eigenverantwortlich seine Werte finden und sein Glück verfolgen kann: Liberale wollen eine
29 solidarische Gesellschaft. Im Gegensatz zu anderen denken wir bei Solidarität nicht zu alle-
30 rerst an das Verteilen von Geld anderer Leute, sondern an das Eintreten füreinander in der
31 Familie, im sozialen Umfeld und erst zuletzt durch die Gemeinschaft.

32
33 Zu einem eigenverantwortlichen Leben gehört auch, sich selbst versorgen zu können.
34 Neid, Missgunst und Missmut setzen wir Mut und Anerkennung für Leistung entgegen.
35 **Leistung muss sich lohnen.** Die FDP will den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr ihres
36 hart erarbeiteten Geldes belassen. Wir wollen **einfache, niedrige und gerechte Steuern** für
37 mehr Netto vom Brutto.

38
39 Für Liberale gilt: **Bildung ist Bürgerrecht.** Nur gute Bildung ermöglicht gesellschaftliche
40 Teilhabe und befähigt zu einem freiheitlichen und selbstbestimmten Leben. Wir Liberalen
41 stehen für den Wettbewerb um die besten Lösungen und für Vielfalt, die die Begabungen
42 der Kinder fördert und für alle einen möglichst großen Lernerfolg bietet. Nur gute Bildung
43 schafft die Grundlage für Innovationen und gesellschaftliche Entwicklung.

44
45 Wir maßen uns nicht an, die Zukunft zu kennen. Wir sind aber sicher, dass das kreative
46 Ringen um neue Lösungen der beste Weg ist, um unsere Zukunft zu gestalten. Denkverbo-
47 te sind in der Forschung fehl am Platze. Politik muss im Umgang mit natürlichen Ressourcen
48 technologieoffen und ideologiefrei gestaltet werden. Im **Umweltschutz** setzen wir auf
49 Fortschritt durch **moderne Technik**.

1 Eine intensive internationale Vernetzung Deutschlands ist sowohl Voraussetzung für unse-
2 re wirtschaftliche Stärke als auch Garant für unsere Sicherheit und die Bewahrung unserer
3 Werte. Deshalb muss deutsche Außenpolitik die Globalisierung aktiv mitgestalten. Dies
4 wird am besten dann gelingen, wenn wir den **Schulterschluss mit den europäischen und**
5 **transatlantischen Partnern** suchen. Mit ihnen wollen wir neue **Impulse in der Abrüstung**
6 setzen und dadurch für dauerhaften Frieden sorgen.

7

8 In unserer multipolaren Welt, in der sich derzeit große außenpolitische Herausforderungen
9 mit einer Weltwirtschaftskrise und einem politischen Neuanfang in den USA kreuzen, ist
10 mehr internationale Kooperation notwendig und machbar. Neue aufstrebende Mächte
11 müssen in die gemeinsame Wahrnehmung von **globaler Verantwortung** eingebunden und
12 internationale Organisationen entsprechend reformiert werden.

13

14 Auf der Suche nach den besten Konzepten für die Zukunft Deutschlands setzt die FDP auf
15 den **Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern**. Wir wollen bei den Menschen für die Chan-
16 cen der Freiheit werben und uns von der Kreativität und Innovationsfähigkeit der Men-
17 schen anregen lassen. Nur durch intensiven Austausch kann das Wissen aller in konkrete
18 Politik umgesetzt werden.

19

20 Unser Programm soll den Bürgerinnen und Bürgern die Angst vor der Zukunft nehmen und
21 die Chancen der Freiheit aufzeigen. Gerade die Mitte der Gesellschaft besitzt großes Po-
22 tenzial, das in den letzten Jahren mehr und mehr gehemmt wurde. Es braucht jetzt den
23 Mut für Veränderungen. **Freiheit braucht Mut** und die FDP hat den Mut, an ihrer Vision
24 einer liberalen Bürgergesellschaft festzuhalten.

25

26 **Politik braucht Vertrauen**. Wir sind davon überzeugt: Liberale Politik verdient Vertrauen.
27 Dafür werben wir mit unserem Programm zur Bundestagswahl 2009.

28

2. Mehr Freiheit und Fairness durch Soziale Marktwirtschaft

Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft

Wir Liberale achten, schützen und verteidigen die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft mit aller Kraft. Das System der Sozialen Marktwirtschaft hat nicht nur zu **großem Wohlstand** breiter Bevölkerungsgruppen, sondern auch zu einem einmaligen sozialen Frieden in der Bundesrepublik Deutschland geführt.

Das **freie wirtschaftliche Handeln** der Bürger ist die Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft und der Motor für Wachstum und Wohlstand. Staatliche Ordnungspolitik setzt die **Rahmenbedingungen** dafür, dass die Soziale Marktwirtschaft ihre produktiven Kräfte entfaltet. Es bleibt eine Daueraufgabe, den Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen anzupassen und ihn zu verbessern.

Die Menschen in der **gesellschaftlichen Mitte** verwirklichen den Kerngedanken der Sozialen Marktwirtschaft in beispielhafter Weise. Jeder Arbeitnehmer und jeder Unternehmer, der mit seiner täglichen Arbeit den Unterhalt für sich, seine Familie und über Steuern und Abgaben für sozial Benachteiligte sichert, schafft Wohlstand und Sicherheit für alle.

Sozialpolitik soll die Menschen zu mehr Teilhabe befähigen. Wir Liberale wissen, dass eine **staatliche Absicherung des Existenzminimums** notwendig ist. Jeder kann in eine Situation geraten, in der er ohne Unterstützung nicht mehr weiter kann. Bequemlichkeit honorieren wir nicht. Ziel liberaler Sozialpolitik ist es, allen Bürgern **selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Handeln** zu ermöglichen.

Ein neues Steuer- und Transfersystem für Deutschland

Die FDP macht sich deshalb stark für ein Steuersystem, das soziale Gerechtigkeit, staatliche Fairness und eine nachhaltige Finanzpolitik vereint. Gemeinsam mit dem leistungsgerechten Bürgergeld folgt dieses **Gesamt-Steuer- und Transfersystem** durchgehend den Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und Leistungsbelohnung und vermeidet Missbrauch zu Lasten der Bürgergemeinschaft.

Eine **gerechte Steuer** muss auf Ausnahmen und Sonderregelungen für Einzelfälle weitestgehend verzichten: Gleich hohe Einkommen werden auch gleich besteuert. Pauschalen ersetzen die heute nur mit komplizierten Nachweisen und hohem bürokratischen Aufwand zu verwaltenden Individualvorschriften.

Unser einfacher und verständlicher **Drei-Stufen-Tarif von 10, 25 und 35 Prozent senkt die Steuerbelastung** und schafft den dringend benötigten finanziellen Spielraum für Bürger und Unternehmen: Für mehr privaten Konsum, für Vorsorge für Alter, Gesundheit und Pflege, als Impuls für Wachstum und Investitionen. Dazu erhält jeder Bürger – ob Erwachsener oder Kind – einen **Grundfreibetrag von 8.004 Euro**. Darüber hinaus gilt für Einkommen bis 20.000 Euro ein Steuersatz von 10 Prozent, für Einkommensteile zwischen 20.000 Euro und 50.000 Euro ein Steuersatz von 25 Prozent, für Einkommensteile ab 50.000 Euro ein Steuersatz von 35 Prozent.

Einkommenssteigerungen führen wegen des progressiven Tarifverlaufs zu einem höheren Steuersatz und damit zu einer höheren Steuerbelastung. Durch die inflationsbedingte so

1 genannte **kalte Progression** werden höhere Leistungen der Bürger bestraft. Aus diesem
2 Grund wird der Gesetzgeber verpflichtet, gemeinsam mit dem Existenzminimumsbericht,
3 der alle zwei Jahre die Höhe des steuerlichen Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags
4 überprüft, auch den Steuertarif zu überprüfen und ggf. anzupassen.

5
6 Eine optionale **zweijährige Veranlagungsfrist** vermindert den Erklärungsaufwand für die
7 Bürger und macht zahlreiche Gestaltungsüberlegungen, wie beispielsweise die willkürliche
8 Aufteilung von Handwerkerrechnungen über den Jahreswechsel, überflüssig. Als **Wer-**
9 **bungskosten** abzugsfähig sind die Kosten, die mit den Einkünften aus wirtschaftlicher Be-
10 tätigung im Zusammenhang stehen. Für Arbeitnehmer werden berufsbedingte Kosten aus
11 Vereinfachungsgründen ohne Nachweis durch eine Aufwendungspauschale berücksichtigt.
12 Uneingeschränkt abziehbar sind Beiträge zur sozialen Absicherung bis zur Beitragsbemes-
13 sungsgrenze.

14
15 Die Einbeziehung der privaten **Veräußerungsgewinne** in die Abgeltungsteuer lehnt die FDP
16 ab. Für Gewinne aus Aktienverkäufen sollte eine Spekulationsfrist eingeführt werden. Nur
17 Gewinne innerhalb dieser Frist sollten der Abgeltungsteuer unterliegen. Veräußerungsge-
18 winne aus Anlagen, die der Altersvorsorge dienen und langfristig gebunden sind, sind
19 steuerfrei.

20 21 **Familien entlasten**

22 Ein neues, leistungsgerechtes Steuerrecht ist besonders für die Familien dringend notwen-
23 dig: Familienbedingte finanzielle Lasten werden im geltenden Steuerrecht nicht angemessen
24 berücksichtigt. Beim liberalen Konzept einer gerechten Steuer gewinnen Familien in
25 mehrfacher Hinsicht. Ehepartner erreichen die jeweils nächst höhere Tarifstufe bei doppel-
26 tem Einkommen. Die **Einführung eines Grundfreibetrags von 8.004 Euro für Erwachsene**
27 **und Kinder** bedeutet für viele Familien, dass sie keine Einkommensteuer mehr zahlen müs-
28 sen.

29
30 Das **Kindergeld wird auf 200 Euro pro Kind** und Monat für die Familien **angehoben**, die den
31 Kinderfreibetrag wegen zu geringen Einkommens nicht nutzen können. Unter Berücksichti-
32 gung der Werbungskostenpauschale und der Abzugsfähigkeit der Vorsorgeaufwendungen
33 ist eine vierköpfige Familie noch bei einem Familieneinkommen von 40.700 Euro steuer-
34 frei. Kinderbetreuungskosten und Pflegekosten können bis zu 12.000 Euro im Jahr gegen
35 Nachweis der Kosten von der Steuer abgesetzt werden. Die **Steuerklasse V**, die die Auf-
36 nahme einer Erwerbstätigkeit besonders für Frauen nach einer Familienpause steuerlich
37 häufig unattraktiv erscheinen lässt, **wird abgeschafft**.

38 39 **Unternehmen gerecht besteuern**

40 Deutschland braucht eine **international wettbewerbsfähige Besteuerung** seiner Unterneh-
41 men. Die deutschen Unternehmen brauchen kein Schönwettersteuerrecht, sondern Rege-
42 lungen, die sich auch in der Krise bewähren. Die **Fehler der Unternehmensteuerreform**
43 **2008** werden **beseitigt**. Die Zinsschranke, die Einschränkung der Verlustnutzung bei Über-
44 nahmen und Sanierungen, die Bestrafung von Investitionen im Ausland (Funktionsverlage-
45 rung) und die Hinzurechnungsvorschriften von Zinsen, Mieten, Pachten, Leasing- und Li-
46 zenzgebühren zur Bemessungsgrundlage in der Gewerbesteuer wirken krisenverschärfend
47 und werden wieder abgeschafft. Die **degressive AfA** wird wieder eingeführt, ebenso wie die
48 Sofortabschreibung **geringwertiger Wirtschaftsgüter**. Sie wird auf **1.000 Euro** angehoben.

1 Das bringt zusätzlich Liquidität gerade für kleine und mittlere Unternehmen und hilft ihnen,
2 Krisensituationen zu überwinden.

3
4 Die Steuerbelastung für Unternehmen darf das durchschnittliche Besteuerungsniveau der
5 entwickelten Industrieländer nicht übersteigen, sonst ist die **Wettbewerbsfähigkeit** der
6 deutschen Wirtschaft gefährdet. Eine gerechte Unternehmensteuer verhält sich neutral
7 gegenüber Rechtsform-, Finanzierungs- und Umstrukturierungsentscheidungen in Unter-
8 nehmen. Für **Unternehmen gleich welcher Rechtsform** gilt ein Zwei-Stufen-Tarif von 10
9 Prozent und 25 Prozent.

10
11 Für Kapitalgesellschaften mit einem Gewinn von über 20.000 Euro wird die Körperschafts-
12 teuer von 15 Prozent im geltenden Recht auf 25 Prozent angehoben. Im Gegenzug wird die
13 **Gewerbsteuer** ersetzt durch ein Konzept der Kommunalfinanzierung, das **für die Gemein-**
14 **den ein ausreichendes Finanzierungsniveau gewährleistet und ihnen stetige Einnahmen**
15 **sichert**. Eine GmbH wird auf Antrag wie eine Personengesellschaft besteuert. Diese Mög-
16 lichkeit schafft insbesondere für kleine und mittlere Familien-Kapitalgesellschaften mehr
17 Rechtsformneutralität und macht die komplizierten Regelungen zur verdeckten Gewinn-
18 ausschüttung überflüssig.

19
20 Für **mehr Dynamik in der wirtschaftlichen Entwicklung** unseres Landes sollen unternehme-
21 rische Umstrukturierungen nicht länger vom Steuerrecht behindert werden. Die FDP
22 schlägt vor, dass alle Umwandlungsvorgänge, wie insbesondere die Einbringung von Be-
23 trieben gegen Gewährung von Gesellschaftsanteilen, Veräußerungen von Gesellschaftsan-
24 teilen, Verschmelzungen oder Spaltungen von Unternehmen, so lange zu Buchwerten ohne
25 Aufdeckung stiller Reserven erfolgen, wie keine Entnahme zum privaten Verbrauch statt-
26 findet. Dasselbe gilt für den Wechsel der Rechtsform.

27 **Haushaltskonsolidierung endlich durchsetzen**

28
29 Ein Konzept für eine gerechte Steuer muss mit der **Konsolidierung der Staatsfinanzen** ver-
30 bunden sein. Sowohl eine Steuerstrukturreform als auch die Konsolidierung der Staatsfi-
31 nanzen sind gleichwertige politische Ziele. Sie stehen nicht im Widerspruch, sondern sind
32 zwei Seiten einer Medaille. Es ist eine zentrale Frage von **Generationengerechtigkeit**, dass
33 jede Generation ihre Aufgaben aus eigener Kraft bewältigt. Es ist unverantwortlich, unse-
34 ren Kindern immer höhere Schuldenberge zu hinterlassen. Die **Föderalismuskommission II**
35 hat einen Weg aus dem Schuldenstaat begonnen. Um diesen konsequent zu Ende zu ge-
36 hen, fordert die FDP ein **prinzipielles Neuverschuldungsverbot** für Bund, Länder und Ge-
37 meinden. Die dauerhafte strukturelle Neuverschuldung des Bundes in Höhe von 0,35 Pro-
38 zent des Bruttoinlandsprodukts ist angesichts der gegenwärtigen Rekordverschuldung
39 keine nachhaltige Lösung. Im Interesse künftiger Generationen müssen sich staatliche
40 Ausgaben grundsätzlich an der Höhe der Einnahmen orientieren. **Neue Schulden sind nur**
41 **in Notlagen zu verantworten**. In normalen Zeiten müssen Haushalte ausgeglichen sein.

42 **Föderale Strukturen stärken**

43
44 **Der Föderalismus in Deutschland bietet große Chancen:** Mehr Bürgernähe, mehr Demokra-
45 tie und den Wettbewerb als Methode, um die beste politische Lösung von drängenden
46 Problemen zu finden. Dazu sind insbesondere die **Finanzbeziehungen zwischen Bund und**
47 **den Ländern**, innerhalb der Bundesländer und zwischen Ländern und Kommunen neu zu
48 ordnen. Das bedeutet vor allem: Mehr Steuerautonomie für alle Gebietskörperschaften.

1 Für die Zukunft ist deshalb ein Steuerzuschlag der Länder und Kommunen mit eigenem
2 Hebesatzrecht auf das zuvor abgesenkte Einkommen- und Körperschaftsteueraufkommen
3 vorzusehen.

4
5 Die neue Erbschaftsteuer belastet den Mittelstand und die Familienunternehmen in be-
6 sonderem Maße – dabei war gerade ihnen Entlastung versprochen worden. Geschwister
7 zählen neuerdings nicht mehr zu Familie und werden steuerlich wie Fremde behandelt. In
8 Zeiten, in denen unsere Nachbarländer die Erbschaftsteuer abschaffen, kann sich Deutsch-
9 land eine solch standort- und bürgerfeindliche Steuerpolitik nicht leisten.

10
11 Die FDP will stattdessen die **Erbschaftsteuer zu einer echten Ländersteuer machen**. Die
12 Länder können so viel besser auf regionale Unterschiede - beispielsweise bei den Immo-
13 bilienwerten – eingehen. Die Länder können selbst entscheiden, ob und in welcher Höhe sie
14 Erbschaftsteuer erheben. Einnahmen aus der Erbschaftsteuer fließen vollständig in den
15 Haushalt des jeweiligen Landes und bleiben beim Länderfinanzausgleich außen vor. Das ist
16 gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zur **Stärkung der Finanzautonomie der Länder**.

17 **Bürgergeld- die Chancen auf Teilhabe jedes Einzelnen stärken**

18
19 Das Bürgergeld ermöglicht ein **selbstbestimmtes Leben**, fördert die Aufnahme einer eige-
20 nen Tätigkeit und ist deshalb leistungsgerecht. Sozialleistungen, die sich aus Steuern fi-
21 nanzieren, sollen möglichst vollständig in einer einzigen Transferleistung - dem Bürgergeld
22 - zusammengefasst werden. Damit ist das **Bürgergeld einfach und transparent**.

23
24 Im Bürgergeld werden das Arbeitslosengeld II einschließlich der Leistungen für Wohnen
25 und Heizung, das Sozialgeld, die Grundsicherung, die Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in beson-
26 deren Lebenslagen), der Kinderzuschlag und das Wohngeld zusammengefasst. Die **Leis-**
27 **tungen werden beim Bürgergeld grundsätzlich pauschaliert gewährt** und von einer einzigen
28 Behörde, dem Finanzamt, verwaltet.

29
30 Das Bürgergeld sichert die Lebensgrundlage für Bürger, die nicht über ein ausreichendes
31 Einkommen verfügen. Durch die Zusammenfassung und Pauschalierung von Leistungen
32 und ihrer Verwaltung in einer Behörde werden diejenigen vom Bürgergeld profitieren, die
33 dies nach unserem Willen sollen: die Bedürftigen, nicht die Findigen.

34
35 Der **Bürgergeldanspruch** für einen Alleinstehenden ohne Kinder soll **im Bundesdurchschnitt**
36 **662 Euro pro Monat** betragen. Dieser Betrag entspricht den heutigen durchschnittlichen
37 Ausgaben für Grundleistung, Unterkunft und Heizung eines ALG-II-Empfängers.

38
39 Bei der Berechnung des Bürgergeldanspruches werden alle Erwachsenen und Kinder einer
40 so genannten Bedarfsgemeinschaft berücksichtigt. Zur Bedarfsgemeinschaft zählen alle
41 Personen, die in einem Haushalt leben, soweit sie sich unterhaltsverpflichtet sind. Kinder
42 erhalten dabei einen eigenen Bürgergeldanspruch im Rahmen der Bedarfsgemeinschaft.
43 Zusätzliche Pauschalen werden bei Nichterwerbsfähigkeit, für Ausbildung oder bei Behin-
44 derungen gewährt. **Regionale Besonderheiten** bei den Wohnkosten können mit Zuschlägen
45 berücksichtigt werden.

46
47 **Das Bürgergeld wird vom Finanzamt berechnet und ausgezahlt**. In die Berechnung einbe-
48 zogen werden dabei auch Steueransprüche, Kindergeldansprüche und gegebenenfalls Un-
49 terstützungsleistungen zur Kranken- oder Pflegeversicherung.

1
2 Voraussetzung für das Bürgergeld sind Bedürftigkeit und bei Erwerbsfähigkeit die Bereit-
3 schaft zur Aufnahme einer Beschäftigung. **Bei Ablehnung einer zumutbaren angebotenen**
4 **Arbeit wird das Bürgergeld gekürzt.**

5
6 Durch das Bürgergeld soll die **Aufnahme einer eigenen Erwerbstätigkeit stärker gefördert**
7 **und anerkannt** werden als bisher. Dazu soll die Anrechnung eigenen Arbeitseinkommens
8 auf das Bürgergeld neu ausgestaltet werden. Für den erwerbsfähigen Alleinstehenden oh-
9 ne Mehrbedarf wird ein **Freibetrag** von 100 Euro gewährt. Darüber hinaus bleiben vom
10 eigenen Einkommen bis 600 Euro 40 Prozent des Bruttoarbeitseinkommens **anrechnungsg-**
11 **frei**; von 600 Euro bis zum Auslaufen des Bürgergeldes 60 Prozent des Bruttoarbeitsein-
12 kommens.

13
14 Wir wollen zugleich die **private Altersvorsorge** gegenüber staatlichem Zugriff besser schüt-
15 zen. Dazu soll das Schonvermögen für private oder betriebliche Altersvorsorge einschließ-
16 lich der Riester- und Rürup-Renten verdreifacht werden und 750 EURO je Lebensjahr
17 betragen. Zusätzlich bleibt sonstiges Vermögen bis zu 250 EURO je Lebensjahr bei Be-
18 rechnung des Bürgergeldes anrechnungsfrei.

19
20 Wir wollen jede Erwerbstätigkeit fördern und sie gegenüber dem Erhalt von Transferleis-
21 tungen besser stellen. Wir wollen die **Einkommensgrenze für Minijobs** ohne Abgaben von
22 bisher 400 auf 600 EURO erhöhen. Bei Einkommen zwischen 600 und 1000 EURO muss
23 der Arbeitgeber gleitend ansteigende Sozialabgaben bezahlen. Volle Sozialversicherungs-
24 beiträge sind bei Einkommen über 1000 EURO zu entrichten.

25
26 Je nach Höhe des Einkommens werden Sozialversicherungsbeiträge und Steuern fällig. In
27 Verbindung mit unserem Steuerkonzept wird **sichergestellt, dass sich die Aufnahme einer**
28 **Arbeit immer lohnt** – auch bei Aufnahme einer gering bezahlten Tätigkeit.

29
30 Unser Bürgergeld sorgt für ein **Mindesteinkommen**, das Beschäftigung fördert und Ar-
31 beitseinkommen nicht benachteiligt. Dieses Mindesteinkommen verhindert Armut besser
32 als staatlich verordnete Mindestlöhne.

33 **Jetzt einen funktionsfähigen Wettbewerb auf dem Finanzmarkt durchsetzen**

34
35 Die **Krise der internationalen Finanzmärkte** hat erhebliche Auswirkungen auf die Realwirt-
36 schaft. Die Finanzkrise wird zur **Wirtschaftskrise**. Statt Aktionismus braucht unser Land
37 einen **ordnungspolitischen Kompass**, der auch der Notwendigkeit einer effektiven Versor-
38 gung unserer mittelständischen Wirtschaft mit Krediten Rechnung trägt.

39
40 Ziel jeder Regulierung am Finanzmarkt muss ein funktionsfähiger Wettbewerb sein. **Die**
41 **Marktteilnehmer müssen Vertrauen in das System haben können**. Dieses Vertrauen ist
42 derzeit verloren gegangen. Wir brauchen nicht mehr, sondern bessere Regelungen für den
43 Finanzmarkt. **Regulierungsversagen** ist Staatsversagen, nicht Marktversagen. Deshalb
44 muss die staatliche Bankenaufsicht auf nationaler und internationaler Ebene effektiver
45 werden. Die FDP spricht sich für eine konsequente Überprüfung und Anpassung der Regu-
46 lierungen und für nachhaltige Verbesserungen bei der staatlichen und konzerninternen
47 Aufsicht aus.

1 Die FDP ist die einzige Partei, die ernsthaft und glaubhaft wieder aus der Staatswirtschaft
2 aussteigen will. Die massive Staatsbeteiligung, vor allem im Finanzsektor, kann nur durch
3 die krisenhafte Ausnahmesituation der Weltwirtschaft begründet werden. Sobald sich die
4 wirtschaftlichen Bedingungen wieder verbessert haben, muss mit dem Ausstieg des Staa-
5 tes bei Wirtschaftsunternehmen und Finanzinstituten begonnen werden. Nur mit einem
6 durchdachten Ausstiegsszenario kann der Rückzug des Staates geordnet und zügig vollzo-
7 gen werden. Daher sollte die Regierung einen Re-Privatisierungsrat einsetzen. Der Re-
8 Privatisierungsrat entwirft eine Zeitablaufplanung, die Flexibilitätspuffer enthalten sollte
9 und somit die Lage an den Kapitalmärkten berücksichtigen kann. Als Zeithorizont sollten
10 fünf bis zehn Jahre angesetzt werden.

11
12 Unabhängig davon kann mangelhafte Politik persönliches Fehlverhalten Einzelner nicht
13 entschuldigen. **Wer als Manager im Finanzmarkt unverantwortliche Risiken eingegangen**
14 **ist, muss zur Rechenschaft gezogen werden** und persönlich wie finanziell die Konsequen-
15 zen tragen.

16
17 Die FDP hat die **Zersplitterung der Bankenaufsicht** zwischen der Bundesanstalt für Finanz-
18 dienstleistungen (BaFin) und der Bundesbank von Anfang an abgelehnt. Die deutsche Ban-
19 kenaufsicht muss konzentriert, verstärkt und professionalisiert werden. Eine **Konzentration**
20 **der Aufsicht** bei der unabhängigen Bundesbank verhindert Reibungsverluste und strafft die
21 Arbeitsabläufe. Die geldpolitische, volkswirtschaftliche und aufsichtsrechtliche Expertise
22 ist dann in einer Institution gebündelt und kann effizienter aufeinander abgestimmt wer-
23 den.

24
25 Auch auf der **europäischen Ebene** ist eine schnelle Konzentration und Professionalisierung
26 der Bankenaufsichten erforderlich. Die FDP will so schnell wie möglich die mehr als 70
27 Finanzmarktaufsichtsbehörden in der EU besser vernetzen. Erstes Ziel ist die unverzügliche
28 Einrichtung einer europäischen Koordinierungsstelle nach dem Modell der Europäischen
29 Zentralbank (EZB). Mittelfristig sollte eine EU-weite Bankenaufsicht geschaffen werden, die
30 bei der EZB anzusiedeln und in den EU-Verträgen abzusichern ist.

31
32 Die US-amerikanischen Rating-Agenturen haben durch ihre gravierenden Fehlbewertungen
33 ihren Teil zur Finanzmarktkrise beigetragen. Die FDP fordert, die Errichtung einer unab-
34 hängigen europäischen Einrichtung zu prüfen. Beratung und Rating aus einer Hand schaf-
35 fen Interessenkonflikte und sind zu unterbinden.

36
37 Die Vorstandsvergütung in Aktiengesellschaften muss neu ausgerichtet werden. In der
38 Hauptversammlung sind die **Rechte der Aktionäre** als Eigentümer des Unternehmens **zu**
39 **stärken**, indem die Hauptversammlung die Grundsätze der Vergütung festlegt und über die
40 Transparenz der Vergütung entscheidet. Es muss Aufgabe des **gesamten Aufsichtsrates**
41 sein dafür zu sorgen, dass die Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder in einem
42 **angemessenen Verhältnis** zu den Aufgaben und der Lage der Gesellschaft stehen. Vergü-
43 tungen müssen sich dabei stärker am **dauerhaften Erfolg des Unternehmens** ausrichten.
44 Dabei sind die Vorstandsmitglieder nicht nur am Erfolg, sondern auch am Misserfolg des
45 Unternehmens zu beteiligen.

46
47 Die unter der rot-grünen Bundesregierung eingeführten Möglichkeiten der Kreditverbie-
48 fung gehören auf den Prüfstand. Verbriefungen sind anerkannte Instrumente zur Refinan-
49 zierung der Banken. Das Risiko, das sich hinter den Papieren verbirgt, muss transparent

1 werden, Risikoverlagerungen aus der Bilanz heraus darf es nicht mehr geben. Zu prüfen
2 sind darüber hinaus Selbstbehalte der Emittenten.

3
4 **Die FDP fordert mehr Verantwortung durch Haftung.** Für die Managerhaftung in deutschen
5 Aktiengesellschaften gilt bereits heute ein im internationalen Vergleich sehr scharfes Haf-
6 tungsrecht. Die Betroffenen haften bereits bei leichter Fahrlässigkeit mit ihrem gesamten
7 Privatvermögen für Schäden in unbegrenzter Höhe. Schadenersatzansprüche müssen zu-
8 künftig von den Aufsichtsräten auch geltend gemacht werden. Die FDP fordert Verschär-
9 fungen des materiellen Rechts, wenn diese Ansprüche künftig nicht konsequent geltend
10 gemacht werden.

11
12 Die bankeninternen Kontroll- und Überwachungsfunktionen müssen modernisiert werden
13 und effizientere Aufsichtsstrukturen innerhalb der Unternehmen geschaffen werden. Dazu
14 gehört die Einführung kleinerer Aufsichtsräte von maximal 12 Mitgliedern, eine **Mindest-**
15 **wartefrist von 3 Jahren für ehemalige Vorstandsvorsitzende beim Wechsel zum Aufsichts-**
16 **ratsvorsitzenden** desselben börsennotierten Unternehmens sowie die Begrenzung auf
17 höchstens fünf Aufsichtsratsmandate pro Person. Insgesamt muss die Arbeit der Auf-
18 sichtsrate für eine effektivere Kontrolle des Vorstandes professionalisiert werden. Ent-
19 sprechend den Grundsätzen der Unternehmensführung (**Corporate-Governance-Kodex**) für
20 Aufsichtsräte und Vorstände sollte ein Ehrenkodex für Betriebsräte entwickelt werden. Die
21 FDP will der Betriebsversammlung das Recht einräumen, die Offenlegung der gezahlten
22 Aufwendungen an die einzelnen Betriebsratsmitglieder zu verlangen.

23
24 Auch in der Bundesregierung müssen die Strukturen geändert werden. Wenn sich der
25 Staat zeitweilig an Banken beteiligt, darf das Finanzministerium nicht länger für den Ord-
26 nungsrahmen des Finanzgewerbes zuständig sein. Dass dasjenige Ministerium, das jetzt
27 die Haushaltsmittel für die so genannten Schutzschirme zur Verfügung stellt, hinterher die
28 Banken kontrolliert, ist ordnungspolitisch verfehlt. Man braucht hier die Rückkehr zum
29 Vier-Augen-Prinzip. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) sollte
30 daher zukünftig für das Setzen und Einhalten eines effektiven und effizienten finanzpoliti-
31 schen Ordnungsrahmens verantwortlich sein

32 33 **Den Mittelstand stärken**

34 71 Prozent der Arbeitsplätze und 83 Prozent der Ausbildungsplätze in Deutschland stellt
35 der Mittelstand bereit. **Eine Politik, die den Mittelstand stärkt, ist die beste Wirtschaftspoli-**
36 **tik.**

37
38 Der Mittelstand wartet auf **Steuersenkungen und niedrigere Lohnzusatzkosten**, damit er
39 investieren und Arbeitsplätze schaffen kann. **Die Gewerbesteuer muss abgeschafft wer-**
40 **den.** Die FDP will die mit der Unternehmensteuerreform eingeführte Zinsschranke und die
41 Mindestbesteuerung abschaffen und die degressive Abschreibung dauerhaft wiedereinfüh-
42 ren. Viele Mittelständler unterliegen gar nicht der Körperschaftsteuer wie größere Unter-
43 nehmen, sondern zahlen als Personengesellschaften Einkommensteuer. Deshalb muss
44 auch die Einkommensteuer gesenkt werden.

45
46 Durch die Vorverlegung des Fälligkeitstermins von Sozialabgaben ist ein bürokratischer
47 Mehraufwand für die Unternehmen in Milliardenhöhe entstanden. Der Fälligkeitstermin
48 muss wieder so gewählt werden, dass die Unternehmen nicht allein dadurch zusätzlich
49 belastet werden.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

Die Arbeitsplätze im Mittelstand müssen gesichert werden. Der staatlich ermöglichte Mindestlohn in der Postbranche ist Beleg dafür, dass es der Bundesregierung nicht um Wettbewerb und Arbeitsplätze im Mittelstand geht, sondern um Monopolschutz für Großkonzerne. **Die Tarifautonomie muss vor staatlichen Lohndiktaten geschützt werden.** Statt Mindestlöhnen brauchen gerade Mittelständler flexiblere Regelungen. Kleine und mittlere Unternehmen brauchen mehr Selbstbestimmung durch Mitarbeiter und Unternehmer vor Ort. Wenn die Belegschaften und Arbeitgeber vom Tarifvertrag abweichende Regelungen wollen, muss Ihnen eine entsprechende Vereinbarung auf betrieblicher Ebene ermöglicht werden und zwar ohne, dass eine Zustimmung der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände erforderlich ist. Allgemeinverbindliche Tarifverträge verhindern dem gegenüber betriebliche Bündnisse. Ohne allgemeinverbindliche Tarifverträge erhöht sich der Druck auf die Tarifparteien, bei ihren Abschlüssen die Interessen des Mittelstandes stärker zu berücksichtigen. Da, wo es für die Beschäftigten günstiger ist, muss auch vom Tarifvertrag abgewichen werden können. Günstiger in diesem Sinne können auch ein geringerer Lohn oder eine längere Arbeitszeit sein, wenn dies den Erhalt des Arbeitsplatzes sichert oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze ermöglicht und der Betriebsrat oder 75 Prozent der abstimmenden Mitarbeiter dem zugestimmt haben.

Die Ausweitung der Funktionärsmitbestimmung hat den Mittelstand mit zusätzlichen Kosten in Millionenhöhe überzogen. Gerade in kleinen Inhaberbetrieben wird das unkomplizierte betriebliche Miteinander durch die gesetzliche Mitbestimmungsverschärfung erheblich gestört. **Die Kosten der betrieblichen Mitbestimmung müssen begrenzt,** die gesetzlich vorgegebene Zahl der Betriebsratsmitglieder deutlich reduziert werden. Ein Betriebsrat sollte erst in Unternehmen ab 20 Beschäftigten gebildet werden und ein Wahlquorum von 50 Prozent erfordern. Die Freistellung von Betriebsratsmitgliedern darf erst in Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten beginnen. Die Schwellenwerte im Arbeitsrecht sollten in ihrer Anzahl reduziert und auch einheitlich berechnet werden. Das führt zu mehr Rechtsklarheit und damit zu mehr Rechtssicherheit bei der Anwendung.

Das vor allem für den Mittelstand komplizierte **Kündigungsschutzgesetz** muss beschäftigungsfreundlicher werden. Der Kündigungsschutz sollte erst für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und nach einer Beschäftigungsdauer von zwei Jahren gelten. Der **Kündigungsschutz gegen willkürliche Kündigungen** bleibt uneingeschränkt für alle Arbeitnehmer bestehen. Für den Fall der arbeitgeberseitigen betriebsbedingten Kündigung sollen die Arbeitnehmer bereits bei Vertragsschluss statt des gesetzlichen Kündigungsschutzes eine **Abfindung** beziehungsweise den Anspruch auf eine **vom Arbeitgeber zu finanzierende Weiterbildung** vereinbaren können. Das generelle Vorbeschäftigungsverbot für sachgrundlos befristete Einstellungen muss abgeschafft werden. Ein Verbot wiederholter befristeter Beschäftigung vor Ablauf von drei Monaten ist ausreichend, um ungewollte Kettenarbeitsverträge zu vermeiden. Das schafft **Flexibilität für den Mittelstand** und führt zu mehr Arbeitsplätzen in Deutschland. Eine befristete Einstellung ist besser als arbeitslos zu sein.

Der Staat muss sich aus der Wirtschaft zurückziehen, indem er statt eines immer dichteren, bürokratischen Regelungsnetzes einen verständlichen, flexiblen Regelungsrahmen vorsieht. Statt zusätzliche bürokratische Lasten wie z. B. das Anti-Diskriminierungsgesetz zu schaffen, müssen die bestehenden reduziert werden. Die zahlreichen statistischen Doppelerhebungen müssen abgeschafft werden. **Zusätzliche Bürokratielasten muss der Staat den Unternehmen vergüten.** Wie hohe Lohnzusatzkosten führen auch hohe Bürokra-

1 tiekosten zum Wachsen der Schwarzarbeit. Im Interesse eines effektiveren Bürokratieab-
2 baus muss der Normenkontrollrat zu einem wirklichen **Bürokratie-TÜV** ausgebaut werden.

3
4 Deutschland braucht eine Kultur, die die **Gründung und Weiterführung von Betrieben** be-
5 günstigt, den Schritt in die Selbständigkeit, neue Ideen und Innovationen fördert und die
6 Leistung der Freien Berufe anerkennt. Die Anforderungen an die Gründung eines Unter-
7 nehmens sind in Deutschland immer noch zu hoch. Die staatliche Förderung für Unter-
8 nehmensgründer muss einfacher und übersichtlicher werden.

9
10 Mit einem jährlichen Beschaffungsvolumen von rund 300 Milliarden Euro zählen staatliche
11 Institutionen zu den wesentlichen Auftraggebern in der Bundesrepublik. Der deutsche Mit-
12 telstand ist auf ein **leistungsfähiges, transparentes und unbürokratisches Vergaberecht**
13 angewiesen. Vergabefremde Kriterien gehören abgeschafft. Eine bundesweite elektroni-
14 sche Ausschreibungsbekanntmachung oberhalb von Bagatellgrenzen stärkt die Informati-
15 onsmöglichkeiten mittelständischer Unternehmen. Mit der Vergaberechtsreform muss
16 außerdem die **Zahlungsmoral der öffentlichen Hand deutlich verbessert** werden.

17
18 **Die Förderung von Forschung und Entwicklung muss stärker auf den Mittelstand ausge-**
19 **richtet werden.** Die Kooperation zwischen Wissenschaft und mittelständischen Unterneh-
20 men muss intensiver werden. Auch die Überführung von Patenten in marktreife Produkte
21 soll damit unterstützt werden. Das Patentwesen muss stärker auf die Bedürfnisse des Mit-
22 telstands ausgerichtet werden. 2005 haben nur etwa 0,1 Prozent aller mittelständischen
23 Unternehmen ein inländisches Patent angemeldet. Nur ein auch über die deutschen Gren-
24 zen wirksamer Patentschutz garantiert, dass die mit einem Patent einhergehende Offenle-
25 gung der Innovation kein unzumutbares Wagnis ist. Das illegale Kopieren von Patenten
26 sollte als Straftat geahndet werden. Die Kosten für Anmeldung und Aufrechterhaltung ei-
27 nes Patentes gerade für kleine und mittlere Unternehmen müssen spürbar sinken.

28
29 **Die Finanzierung des deutschen Mittelstandes muss verbessert werden.** Erst das Zusam-
30 menspiel von angemessenem Eigenkapital und ausreichender Versorgung mit Fremdkapi-
31 tal ermöglicht die Finanzierung von Wachstum und Innovation. **Mit niedrigen Steuern** bleibt
32 dem Mittelstand Raum, die **Eigenkapitaldecke zu stärken.** Die Finanzierung über Fremdka-
33 pital, die durch die Unternehmensteuerreform- Stichwort Zinsschranke- verteuert wurde,
34 muss wieder erleichtert werden. Die FDP setzt sich für Finanzierungsneutralität ein.
35 Daneben müssen Mittelständler wieder einfacher Risikokapital über die Finanzmärkte ak-
36 quirieren können. Das ist besonders wichtig für die mittelständischen Unternehmen, die
37 auf den globalen Märkten tätig sind. Dazu gehört vor allem, dass Verluste von Investoren,
38 die mehr als 25 Prozent an einem Unternehmen erwerben, steuerlich auch wieder voll gel-
39 tend gemacht werden können. Die staatlichen ERP-Fördermittel für den Mittelstand sind
40 vor Spekulationsverlusten der KfW zu schützen. Die Fördergelder gehören daher wieder
41 zurück in das Bundeswirtschaftsministerium.

42
43 Die KfW ist von einem Förderinstitut für den Mittelstand zu einem Sammelbecken für mehr
44 oder weniger riskante Transaktionen degeneriert. Auch bei der jetzt so kritisierten Verbrie-
45 fung von Krediten war die KfW mit dabei. Mittlerweile leidet darunter das Kerngeschäft, die
46 Mittelstandsförderung. Trotz Einverleibung des ERP-Sondervermögens wird die Mit-
47 telstandsförderung ohne Haushaltszuschüsse nicht aufrechterhalten werden können. Die
48 KfW muss wieder auf ein reines Förderinstitut zurückgeführt werden.

49
50 **Modellregionen schaffen**

1 **Um wirtschaftlich schwache Regionen zu fördern, tritt die FDP für die Schaffung von Modellregionen ein.** Die FDP will eine neue Förderpolitik. Wir müssen hin zur gezielten Vergabe der Fördermittel, das „Gießkannenprinzip“ hat ausgedient. Die Fördermittel müssen stärker konzentriert werden. In Zukunft sollen gewerbliche Investitionen und wirtschaftsnahe Forschung und Entwicklung im Mittelpunkt der Förderung stehen. Die Mittel aus dem Solidaripakt II müssen vorrangig für Investitionen eingesetzt werden.

8 Was Deutschland international von seinen Handelspartnern einfordert, müssen wir genauso zu Hause konsequent umsetzen. **Die FDP spricht sich für klare Regeln in allen Branchen aus:** Wettbewerb mit klaren Regeln ist das Leitmotiv liberaler Wirtschaftspolitik. Wettbewerb sorgt für Angebotsvielfalt, Qualität und marktgerechte Preise. Monopolmärkte müssen wirkungsvoll aufgebrochen werden und durch eine effiziente Regulierung langfristig verhindert werden. In das **Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)** muss ein Entflechtungsinstrument integriert werden. Als ultima ratio muss es möglich sein, praktisch aufgeteilte Märkte neu zu strukturieren und so für Wettbewerb zu sorgen.

17 **Als exportorientierte Volkswirtschaft ist Deutschland auf offene, freie und faire Märkte und Wettbewerb angewiesen.** Die EU muss sich im Rahmen der WTO für den Erhalt des multilateralen Welthandelssystems einsetzen. Die FDP fordert eine **unverzögliche Wiederaufnahme der WTO-Verhandlungen.** Um die Verhandlungen wiederzubeleben, schlägt die FDP vor, den WTO-Generalsekretär als Schlichter einzusetzen. Zur Sicherung freier und fairer Märkte will die FDP ein unabhängiges Europäisches Kartellamt und internationale Wettbewerbsregeln unter dem Dach der WTO. Angesichts der weltweiten Rezessionsgefahr muss ein Rückfall in Wirtschaftsnationalismen verhindert werden.

26 Das Gewerkschaftsprivileg im Aufsichtsrat entspricht nicht mehr der betrieblichen Realität, sondern erweist sich immer mehr als Nachteil für den Standort Deutschland. Fast alle wichtigen Vorstandsentscheidungen müssen heute im Konsens mit den Gewerkschaftsvertretern im Aufsichtsrat gefällt werden. Die Drittelparität, wie sie bereits in den meisten Kapitalgesellschaften mit weniger als 2.000 Beschäftigten existiert, muss die paritätische Mitbestimmung ersetzen.

33 **Arbeit hat immer noch Vorfahrt.**

34 Die FDP tritt für eine bürgerfreundliche Arbeitsvermittlung vor Ort ein. Die Arbeitsagenturen beziehungsweise ARGEN vor Ort sind weiterhin **wenig bürgerfreundlich**, statisch in ihrer Vermittlungstätigkeit und kaum reaktionsfähig aufgrund ihrer zentralen bürokratischen Steuerung aus Nürnberg. Die FDP spricht sich seit Jahren für eine **Übertragung der Aufgaben der örtlichen Arbeitsagenturen und ARGEN auf die Kommunen** aus. Eine kommunale Betreuung der Arbeitssuchenden ist bürgerfreundlicher, unbürokratischer und schneller. Die FDP will die **Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg auflösen**, um ihre Aufgaben in **einem Drei-Säulen-Modell** neu zu ordnen: In einer Versicherungsagentur, die das Arbeitslosengeld auszahlt und Wahlfreiheit bei den Tarifen einräumt. In einer kleinen Arbeitsmarktagentur für überregionale und internationale Aufgaben, die auch für Transparenz bei den gemeldeten Stellen sorgt und die notwendigen Datenbanken zur Verfügung stellt. In viele kommunale Jobcenter, die mit ihrem Betreuungsangebot besser als die Bundesagentur für Arbeit auf die einzelnen Probleme der Arbeitslosen und Hilfesuchenden, aber auch der örtlichen Arbeitgeber, eingehen können.

1 Die FDP will die **kommunalen Jobcenter** für die Vermittlung, Qualifizierung und soziale
2 Betreuung der Langzeitarbeitslosen sowie eventuelle sozialrechtliche Sanktionen zuständig
3 machen (Bürgergeld- beziehungsweise ALG II-Empfänger). Sie erhalten im Rahmen beste-
4 hender Budgets bei dem Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente **weite Entschei-**
5 **dungsbefugnisse** hinsichtlich der Verwendung der Haushaltsmittel und der Entwicklung
6 geeigneter Instrumente für die Integration Erwerbsloser. Damit werden die Innovationsfä-
7 higkeit in der Arbeitsmarktpolitik und der Wettbewerb unter den Jobcentern gefördert. Die
8 Betreuung Langzeitarbeitsloser zeigt schon heute durch einige Optionskommunen, dass
9 **vor Ort besser den individuellen Voraussetzungen der Langzeitarbeitslosen und den örtli-**
10 **chen Gegebenheiten Rechnung getragen** werden kann. Kommunale Jobcenter finden gera-
11 de für Langzeitarbeitslose passgenaue Wege in den Arbeitsmarkt.

12
13 Um die Vermittlungsgutscheine für Kurzarbeitslose sollen kommunale Jobcenter und
14 private Anbieter konkurrieren, da Wettbewerb bei geeigneten Rahmenbedingungen zu bes-
15 sseren Vermittlungsergebnissen führt. Eine vollständige Privatisierung der Arbeitsvermitt-
16 lung ist nicht vorgesehen. In den Jobcentern soll ein Vertreter der Versicherungsagentur
17 als Ansprechpartner vor Ort verfügbar sein.

18
19 **Bei der Arbeitslosenversicherung ist das Versicherungsprinzip wieder zu stärken.** Ziel der
20 Leistungen der Arbeitslosenversicherung muss unverändert sein, Arbeitnehmer durch eine
21 von der Bedürftigkeit unabhängige Versicherungsleistung, die an die Stelle des ausfallen-
22 den Entgeltes tritt, vor den wirtschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit für die ersten zwölf
23 Monate zu schützen.

24
25 Die Arbeitsmarktinstrumente der Bundesagentur für Arbeit müssen mit Blick auf ihre Effi-
26 zienz auf den Prüfstand gestellt und gesamtgesellschaftliche Aufgaben wieder aus Steuer-
27 mitteln finanziert werden. Die **Neuorganisation der Aufgaben der Arbeitsverwaltung** führt
28 zu einer **Abschaffung doppelter Verwaltungsstrukturen** und mittelfristig zu einer weiteren
29 Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung und leistet damit einen wichtigen Bei-
30 trag zu mehr Wachstum und Beschäftigung.

31
32 Die FDP lehnt eine Staffelung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I nach der vorher-
33 gegangenen Beschäftigungsdauer ab, da dies dem Charakter einer Risikoversicherung wi-
34 derspricht und zu mehr Arbeitslosigkeit bei älteren Arbeitnehmern führt. Stattdessen wird
35 den Versicherten eine Wahlfreiheit bei den Tarifen eingeräumt, die positive Anreizwirkun-
36 gen entfaltet.

37
38 **Die FDP ist gegen die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen.** Sie führen zu einer **Ver-**
39 **drängung von Arbeitsplätzen**, vor allem im gering qualifizierten Bereich, und einer Abwan-
40 derung in die Schwarzarbeit. Opfer von gesetzlichen Mindestlöhnen sind in erster Linie
41 Langzeitarbeitslose, die kaum mehr eine Aussicht auf neue Beschäftigung auf dem ersten
42 Arbeitsmarkt haben. Reichen geringe Löhne nicht aus, um den Lebensunterhalt zu gewähr-
43 leisten, greift unterstützend das **Bürgergeld** und sichert so jedem Betroffenen das notwen-
44 dige Mindesteinkommen. So wird allen die Chance gegeben, sich in den Arbeitsmarkt zu
45 integrieren und zugleich immer das notwendige Mindesteinkommen zu erreichen.

46 **Zukunft der sozialen Sicherungssysteme sichern**

47
48 Jeder hat das Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Jeder hat das Recht auf so viel Frei-
49 heit wie möglich. Beides braucht auch eine materielle Grundlage. Dafür benötigen die

1 Menschen soziale Sicherheit: Verlässliche Vorsorge für das Alter, wirksamer Schutz bei
2 Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit sowie effiziente Hilfe in Notlagen sind
3 die Basis für Vertrauen in die persönliche Lebensplanung.

4
5 Liberale Sozialpolitik ist dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit verpflichtet. In einer
6 schrumpfenden und älter werdenden Gesellschaft kann soziale Sicherheit nur gewährleistet
7 werden, wenn jeder mehr Verantwortung übernimmt.

8
9 **Für eine generationengerechte Ausgestaltung der Alterssicherung** muss die gesetzliche
10 Rente besser auf die finanziellen Auswirkungen der Alterung der Gesellschaft vorbereitet
11 werden. Zwar leben die Menschen immer länger, die Arbeitsfähigkeit ist individuell im Alter
12 aber sehr unterschiedlich. Daher sollen die Menschen ihren Übergang vom Erwerbsleben
13 in den Ruhestand auf der Basis einer eigenen Entscheidung und vor dem Hintergrund erwor-
14 bener Anwartschaften und **Versorgungen flexibel und selbständig gestalten** können.
15 Die FDP tritt dafür ein, dass die Versicherten ab dem 60. Lebensjahr bei versicherungsmathematisch
16 korrekten Zu- und Abschlägen den Zeitpunkt ihres Renteneintritts frei wählen
17 können. Voraussetzung ist, dass ihre kombinierten Ansprüche aus gesetzlicher, betrieblicher
18 und privater Rente über dem Grundsicherungsniveau liegen.

19
20 Um die Beschäftigung Älterer zu fördern, sollen alle Barrieren für Arbeit im Alter beseitigt
21 werden. Daher fordert die FDP, alle **Zuverdienstgrenzen** neben dem Rentenbezug **aufzuheben**.
22 Für den Zuverdienst entfällt der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung. Das erhöht den
23 Anreiz für Arbeitgeber, ältere Beschäftigte einzustellen, und für Arbeitnehmer, auch noch
24 im Alter eine Beschäftigung aufzunehmen. Die Versicherten können so ab dem 60. Lebensjahr
25 ihre Arbeitszeit reduzieren und den Verdienstaufschlag durch Bezug einer Teilrente kompensieren.

26
27
28 Die steigende Lebenserwartung und die damit einhergehende längere Rentenbezugsdauer
29 werden direkter als bisher für jeden Jahrgang bei der Berechnung der gesetzlichen Rente
30 berücksichtigt. Insoweit wird eine **generationengerechte Verteilung der Lasten** auf die einzelnen
31 Jahrgänge erreicht.

32
33 **Das Rentenrecht in Ost und West muss vereinheitlicht werden.** Nach der gegenwärtigen
34 Rechtslage würden noch auf unabsehbare Zeit in Ost und West unterschiedliche Rentensysteme
35 bestehen. Das war aber nie das Ziel und kann es auch heute nicht sein. Denn diese Trennung
36 ist mittlerweile willkürlich, da es sowohl in neuen wie alten Bundesländern heute Hoch- und
37 Niedriglohgebiete gibt. Für einzelne Versichertengruppen, die bei der Rentenüberleitung
38 Rentenansprüche verloren haben, muss eine faire Nachversicherungslösung gefunden werden.

39
40
41 **Die private und betriebliche kapitalgedeckte Vorsorge müssen gestärkt werden,** da die
42 gesetzliche Rente in Zukunft nur noch eine Grundversorgung gewähren wird. Um die betriebliche
43 Vorsorge und **Möglichkeiten der Mitarbeiterbeteiligung** zu stärken, sollen Gewinnbeteiligungen
44 der Arbeitnehmer in die abgabenfreie Entgeltumwandlung einbezogen werden können. Um den
45 Realitäten des Arbeitsmarktes gerecht zu werden, soll die Portabilität von betrieblicher
46 Altersvorsorge verbessert werden.

47
48 Die geförderte private Altersvorsorge in Form der „Riester-Rente“ soll für alle Bürger, auch
49 Selbständige, geöffnet werden. **Kindererziehungszeiten** will die FDP künftig stärker in der
50 kapitalgedeckten Altersvorsorge berücksichtigen. Verträge zum Schutz gegen Erwerbs-

1 minderung sollen künftig vollumfänglich von der Riester- oder Basisrentenförderung erfasst
2 werden können. Bisher sind Verträge zum Schutz gegen Erwerbsminderung nur zu einem
3 sehr begrenzten Anteil über diese Wege förderfähig.

4
5 Damit sich private und betriebliche Altersvorsorge auch für **Geringverdiener** lohnen, soll
6 bei der **Grundsicherung im Alter** die eigene Altersvorsorge nur zum Teil angerechnet wer-
7 den. Denn wer für das Alter vorsorgt, muss im Alter mehr zur Verfügung haben als derjeni-
8 ge, der nicht vorsorgt. Bis zu 100 Euro monatliches Einkommen aus privater und betriebli-
9 cher Vorsorge sollen daher bei der Grundsicherung im Alter anrechnungsfrei bleiben, dar-
10 über hinausgehendes Einkommen wird zu 60 Prozent angerechnet.

11 **Solidarität und Eigenverantwortung statt Staatsmedizin**

12
13 Die Gesundheitsversorgung ist teurer, aber nicht besser geworden. Die Therapiefreiheit
14 wird Schritt für Schritt abgeschafft. Die so wichtige Beziehung zwischen Therapeut und
15 Patient wird durch bürokratische Vorgaben behindert. Mit jedem Tag, der vergeht, ohne
16 dass eine Umstellung auf eine nachhaltige Finanzierung erfolgt, verschärft sich das **Finan-**
17 **zierungsproblem** des Gesundheitssektors. Weder die so genannte Bürgerversicherung
18 noch die Gesundheitsprämie sind in der Lage, die geschilderten Probleme in den Griff zu
19 bekommen. Die FDP will vielmehr ein grundlegendes Umsteuern in ein **freiheitliches Sys-**
20 **tem**, das **Solidarität und Eigenverantwortung** in Einklang bringt, das Schluss macht mit
21 einer zentral gesteuerten Staatsmedizin und der sozialen Bevormundung der Patienten und
22 den Bürgern den notwendigen **Gestaltungsspielraum** für ihre Versicherungs- und ihre The-
23 rapieentscheidungen gibt.

24
25 Der **Wettbewerb im Gesundheitssektor** muss gestärkt werden. Dazu gehört eine starke
26 private Krankenversicherung. Zu einem fairen Wettbewerb im Gesundheitssektor gehört
27 auch, den gesetzlichen Krankenkassen ihre **Beitragsautonomie** zu belassen und den büro-
28 kratischen und überflüssigen Gesundheitsfonds abzuschaffen. Die FDP ist gegen ein staat-
29 liches und zentralistisches Gesundheitswesen, das nur zu Mangelverwaltung, 2-Klassen-
30 Medizin und längeren Wartezeiten führt.

31
32 Das Prinzip "**Privat kommt vor dem Staat**" bedeutet für die Gesundheitspolitik: Soviel Ges-
33 taltungsfreiheit und Eigenverantwortung für den Einzelnen wie möglich, aber gleichzeitig
34 genügend garantierte Sicherheit, um bei einer Erkrankung nicht in eine finanzielle Notlage
35 zu geraten. **Wir wollen Solidarität** mit denjenigen, die krank oder behindert sind. Dies ge-
36 lingt über eine Verpflichtung der Versicherer, die notwendige Grundversorgung ohne Risi-
37 kozuschläge sicherzustellen. Diejenigen, die sich eine Krankenversicherung nicht leisten
38 können, erhalten finanzielle Unterstützung aus dem Steuer-Transfer-System.

39
40 In der Krankenversicherung muss der Weg wegführen von der Lohnbezogenheit der Beiträ-
41 ge und vom Umlageverfahren **hin zu einem leistungsgerechten Prämiensystem**, das über
42 Kapitaldeckung eine sichere Grundlage für eine **generationengerechte Verteilung der Las-**
43 **ten** schafft und gleichzeitig dafür sorgt, dass jeder Bürger so weit wie möglich selbst
44 bestimmen kann, was er wie absichern will. Die FDP spricht sich aus für eine **Pflicht zur**
45 **Versicherung** der Risiken, die den Einzelnen im Krankheitsfall überfordern würden, bei ei-
46 nem Versicherer der eigenen Wahl.

47
48 Jeder Bürger muss die Möglichkeit haben, im Umfang der Existenz bedrohenden Risiken
49 unabhängig vom Gesundheitszustand ohne die Erhebung von Risikozuschlägen versichert

1 zu werden. Wer ein höheres Sicherheitsbedürfnis hat, kann sich selbstverständlich für ei-
2 nen umfangreicheren Versicherungsschutz entscheiden. Dabei sind auch unterschiedliche
3 Tarifgestaltungen möglich.

4
5 Jede **Generation** soll vom Grundsatz her die von ihr verursachten **Gesundheitskosten über**
6 **die gesamte Lebenszeit selbst tragen**. Das ist nur möglich, wenn in der Zeit, in der wenig
7 Gesundheitsleistungen in Anspruch genommen werden, Rücklagen aufgebaut werden für
8 die Zeit, in der mehr medizinische Versorgung benötigt wird.

9
10 Der **soziale Ausgleich zwischen Einkommensstarken und Einkommensschwachen** soll nicht
11 mehr innerhalb der Krankenversicherung stattfinden, wo er zum Teil zu Ungereimtheiten
12 oder sogar Ungerechtigkeiten führt und jegliches individuelles Kostenbewusstsein außer
13 Kraft setzt. Er gehört vielmehr in das Steuer- und Transfersystem, wo jeder nach seiner
14 Leistungsfähigkeit herangezogen wird. Die Kosten für die Krankenversicherung der Kinder
15 sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und daher aus Steuermitteln zu finanzieren.

16
17 Durch Wettbewerb auf allen Ebenen, sowohl auf Seiten der Versicherer als auch auf Seiten
18 derjenigen, die für die Gesundheitsversorgung verantwortlich sind, muss dafür gesorgt
19 werden, dass die Bürger nicht mehr als notwendig für ihren Versicherungsschutz bezahlen
20 müssen und dass sie ihn nach ihren eigenen Bedürfnissen gestalten können.

21
22 Im Gesundheitswesen arbeiten schon heute in Deutschland mehr Menschen als in jeder
23 anderen Branche. Die **Gesundheitswirtschaft** ist nach wie vor ein Wachstumsmarkt, der
24 aber durch zahlreiche Regularien eingedämmt wird. Bürokratische, zentralistische Lösun-
25 gen behindern den effizienz- und innovationssteigernden Wettbewerb, der durch einen
26 klaren wettbewerbs- und kartellrechtlichen Rahmen flankiert werden muss. Forschung und
27 Innovation sind im wahrsten Sinne des Wortes lebensnotwendig. Dafür braucht es die rich-
28 tigen Rahmenbedingungen, auch in sozialrechtlicher Hinsicht. Entscheidet sich ein Patient
29 nach Beratung mit seinem Arzt für ein nicht erstattungsfähiges Produkt oder Verfahren,
30 muss er den Betrag erstattet bekommen, den die Krankenkasse anderenfalls hätte über-
31 nehmen müssen (Festzuschuss-, Mehrkostenregelung).

32
33 Ärzte, Krankenhäuser und alle anderen medizinischen Fachkräfte und Einrichtungen, die
34 Tag für Tag die Versorgung der Menschen im Krankheitsfall sicherstellen, haben ein An-
35 recht darauf, **leistungsgerecht und nach transparenten Kriterien vergütet** zu werden und
36 nicht in einem bürokratischen Wust zu ersticken. Überprüfungen und Kontrollen müssen
37 auf das notwendige Maß reduziert werden und dürfen nicht dazu führen, dass die Qualität
38 der Versorgung leidet. Die **Freiberuflichkeit** ist nach wie vor ein Garant für eine patienten-
39 orientierte, bedarfsgerechte und wohnortnahe Gesundheitsversorgung auf qualitativ ho-
40 hem Niveau. Für die Patienten sind darüber hinaus die freie Wahl des Therapeuten und
41 unabhängige Leistungserbringer wesentliche Elemente eines leistungsfähigen Gesund-
42 heitssystems. Sie müssen gemeinsam mit dem Therapeuten ihrer Wahl die notwendige
43 medizinische Behandlung festlegen können. Verbindliche zentralisierte Vorgaben werden
44 dem nicht gerecht, denn den Norm-Patienten gibt es nicht.

45
46 Zur **Verbesserung der Versorgung** muss weiter an Ansätzen gearbeitet werden, die den
47 Patienten in seiner Ganzheit wahrnehmen und eine nahtlose Behandlung über die ver-
48 schiedenen Therapeuten und Institutionen hinweg ermöglichen. Wir wollen die Chancen
49 von **Public-Private-Partnership** Projekten zur Verbesserung des Gesundheitssystems und
50 der Gesundheitsinfrastruktur nutzen. Die Chancen der Telematik, auf elektronischem Wege

1 qualifiziert Kontakt zu weiter entfernten Kollegen aufnehmen zu können, sind auch im Hin-
2 blick auf eine Sicherstellung der Versorgung in der Fläche zu nutzen. Dabei müssen hohe
3 Datenschutzstandards die hochsensiblen Daten schützen. Das gilt insbesondere auch für
4 die elektronische Gesundheitskarte, die solange nicht eingeführt werden darf, bis solche
5 Standards gewährleistet sind.

6
7 Die Bedürfnisse im Umfeld von Gesundheit und Krankheit sind nahezu unendlich. Wenn
8 diese Leistungen nach Zahlung des Beitrages quasi kostenfrei zur Verfügung stehen, wer-
9 den Anreize falsch gesetzt. Deshalb ist es wichtig, dass der **Patient eine Rechnung erhält**,
10 die die Kosten der in Anspruch genommenen Leistungen zeigt (**Kostenerstattungsprinzip**).
11 Unbürokratisch ausgestaltete Selbstbeteiligungen sind für ein kosten- und gesundheitsbe-
12 wusstes Verhalten unerlässlich. **Die Praxisgebühr hingegen ist bürokratisch und hat keine**
13 **dauerhafte Steuerungsfunktion**. Die FDP will stattdessen die Anreize so setzen, dass Lei-
14 stungen verantwortlich in Anspruch genommen werden. Ergänzend müssen verständlich
15 aufbereitete Informationen über eine sachgerechte Nutzung des Gesundheitssystems zur
16 Verfügung stehen.

17
18 **Die Prävention gewinnt immer stärker an Bedeutung**. Insbesondere die demographische
19 Entwicklung und die Zunahme von Volkskrankheiten, die durch einen gesunden Lebens-
20 wandel weitgehend vermeidbar wären, tragen dazu bei. Wir müssen deutlich machen, dass
21 jeder Mensch die Möglichkeit hat, durch eine gesunde Ernährung, durch Bewegung und die
22 Vermeidung von Risiken dazu beizutragen, möglichst gesund alt zu werden. Dazu bedarf es
23 einer **zielgruppenorientierten, umfassenden Aufklärung**. Gezielt muss denjenigen geholfen
24 werden, für die der Staat eine ganz besondere Verantwortung trägt und für diejenigen, die
25 es nicht oder nur eingeschränkt aus eigener Kraft schaffen, gesund zu leben. Das betrifft
26 insbesondere **Kinder und sozial Benachteiligte**. Für diese Aufgabe braucht es eine klare
27 Aufteilung der Aufgaben- und Finanzverantwortung zwischen Bund, Ländern und Kommu-
28 nen sowie den Krankenkassen und den gesundheitspolitischen Leistungsträgern, den Ärz-
29 ten, den Zahnärzten, den Psychotherapeuten usw.

30
31 Die **Versorgung mit Leid mindernder Palliativmedizin** sowie die Ausbildung von Ärzten und
32 Pflegekräften in Palliativmedizin und -pflege müssen verbessert werden. Die neu einge-
33 führte Finanzierung spezialisierter ambulanter Palliativmedizin muss endlich in die Praxis
34 umgesetzt werden. Daneben ist die palliative Versorgung im Krankenhaus durch eine ta-
35 gesbasierte Finanzierung abzusichern. **Hospize und ambulante Hospizdienste müssen aus-**
36 **gebaut** und mit der Palliativmedizin vernetzt werden. Denn die meisten Menschen wün-
37 schen sich, zu Hause zu sterben. Die Familie als kleinstes soziales Netz muss auch bei der
38 Betreuung Sterbender gestärkt werden.

39
40 **Mehr Menschen mit Organversagen können gerettet werden**, wenn alle Möglichkeiten
41 ausgeschöpft werden, um im Rahmen der bestehenden Zustimmungslösung den gravie-
42 renden **Mangel an Organen für Transplantationen** zu verringern. Dazu gehört eine konse-
43 quentere Aufklärung und Motivation der Bevölkerung für Organspendeausweise. Ebenso
44 wichtig ist die Verbesserung der Strukturen in den Krankenhäusern, damit Organe bei Vor-
45 liegen der notwendigen Bedingungen auch tatsächlich transplantiert werden. Zudem sollte
46 die **Organ-Lebendspende** erleichtert werden. Die Nachrangigkeit der Lebendspende sollte
47 aus dem Transplantationsgesetz gestrichen und der zulässige Spenderkreis erweitert wer-
48 den. Lebendspender sollen gegen eventuelle Risiken umfassend abgesichert und bei ei-
49 nem späteren eigenen Organbedarf auf der Warteliste bevorzugt werden.

1 **Suchtgefahren wirksam bekämpfen**

2 **Das liberale Menschenbild, das auf freier Selbstbestimmung beruht, verlangt Freiheit von**
3 **Sucht und Abhängigkeit.** Um dies zu erreichen, setzt liberale Drogen- und Suchtpolitik auf
4 die drei Säulen **Prävention, Therapie und, wo notwendig, Repression.** Der Suchtmittelkon-
5 sum in Deutschland führt zu einer großen Zahl vorzeitiger Sterbefälle, zu erheblichen
6 Krankheitshäufungen, großem persönlichen Leid, sozialen Schäden und hohen Kosten für
7 die Gesellschaft.

8
9 Die **legalen Suchtmittel Alkohol und Tabak** stellen nach wie vor eine große Herausforde-
10 rung dar, ebenso wie Medikamentenmissbrauch. Bei den illegalen Drogen ist Cannabis am
11 stärksten verbreitet. Der regelmäßige Konsum von Cannabis lag bei Jugendlichen und jun-
12 gen Erwachsenen im letzten Jahr bei 2,3 Prozent. Die nichtstoffgebundenen Süchte spielen
13 ebenfalls eine nicht unwesentliche Rolle. Auch von einer zunehmenden Zahl von Online-
14 Spielsüchtigen muss ausgegangen werden. Die FDP setzt sich für eine Sucht- und Drogen-
15 politik ein, die Menschen ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben ermöglicht.

16
17 Aufgrund der **besonderen Schutzbedürftigkeit von Kindern und Jugendlichen** muss die Ein-
18 haltung der bestehenden Jugendschutzbestimmungen sichergestellt werden. Oberste Prio-
19 rität hat für die FDP die Einrichtung **flächendeckender Präventionsprogramme.** Prävention
20 muss früh, wenn möglich bereits im Kindesalter, einsetzen, damit Suchtkrankheiten erst
21 gar nicht entstehen. Gleichzeitig muss bei denen, die bereits begonnen haben zu konsu-
22 mieren, ein frühzeitiger Ausstieg gefördert werden. Bereits bei Jugendlichen finden sich
23 hochriskante Konsummuster exzessiven Trinkens bis zur Alkoholvergiftung. In den letzten
24 Jahren ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die mit einer Alkoholintoxikation in Kran-
25 kenhäuser eingeliefert wurden, deutlich gestiegen. Diese Entwicklung muss gestoppt wer-
26 den.

27
28 Dabei darf es nicht zu einer Ausweitung der **Verbotspolitik** kommen. Notwendig ist eine
29 **Präventionsstrategie mit angemessener finanzieller Ausstattung.** Die Wissenschaft hat
30 gezeigt, dass die Kombination von Information und Aufklärung mit strukturellen Maßnah-
31 men erfolgreich ist. Erwachsene müssen über einen verantwortungsbewussten Umgang
32 mit Suchtmitteln informiert und für ein Vorbildverhalten für Kinder sensibilisiert werden.
33 Suchtkranken muss frühzeitig und umfassend geholfen werden. Besonders Kinder aus
34 suchtkranken Familien müssen mit Hilfeangeboten erreicht werden. Therapieziel ist ein
35 unabhängiges Leben. Die Substitutionsbehandlung mit Methadon hat sich bewährt. Für
36 Schwerstabhängige ist eine Substitutionsbehandlung mit Diamorphin erfolgversprechend.
37 Die FDP setzt sich nach überzeugenden Modellversuchen dafür ein, dass auch diese Sub-
38 stitutionstherapie in die Regelversorgung übernommen wird. Außerdem setzen sich die
39 Liberalen dafür ein, **Cannabis in der medizinischen Verwendung** zur Schmerzlinderung zu-
40 zulassen.

41 **Pflege menschenwürdig gestalten**

42
43 **In Würde gepflegt zu werden ist ein Menschenrecht.** Es liegt im Interesse der **Pflegebedürf-**
44 **tigen** und ihrer Angehörigen, dass den Pflegenden wieder mehr Zeit für ihre eigentliche
45 Aufgabe, die Pflege und soziale Betreuung der Pflegebedürftigen, verbleibt, anstatt sich mit
46 der Erfüllung bürokratischer Anforderungen zu beschäftigen. Dafür müssen die Leistungs-
47 anbieter **konsequent von bürokratischen Hemmnissen entlastet** werden. Dies ist nur durch
48 einen Paradigmenwechsel möglich, der an die Stelle einer starren Regulierung von Struktu-
49 ren und Prozessen die Fokussierung auf das Pflegeergebnis setzt. Leistungsanbieter müs-

1 sen einen ausreichenden Spielraum haben, um auf die Wünsche der Pflegebedürftigen
2 flexibel reagieren zu können.

3
4 Die Pflegeversicherung soll für eine **finanzielle Grundausstattung** sorgen, nicht aber bis ins
5 Kleinste bestimmen, wie häufig ein Pflegebedürftiger Anspruch z. B. darauf hat, gekämmt
6 oder gewaschen zu werden. Pflegebedürftige sollen ihre Pflege nach ihren eigenen Vorstel-
7 lungen und Bedürfnissen gestalten können. Dies beinhaltet die Auswahl und Zusammen-
8 stellung von Pflegeleistungen. Wer dies nur eingeschränkt oder gar nicht mehr kann, soll
9 hierbei Hilfe erhalten. Wo möglich, soll die Leistungsgewährung als Sachleistung durch
10 eine nach Schwere der Pflegebedürftigkeit differenzierte Geldleistung ersetzt werden. Leis-
11 tungsanbietern werden so Anreize gesetzt, sich kundenorientiert zu verhalten sowie flexib-
12 le und nutzerorientierte Angebote zu entwerfen.

13
14 Die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen brauchen **mehr Transparenz** über die existie-
15 renden Leistungsangebote, ihren Preis und vor allem ihre Qualität. Dabei lässt sich die
16 Qualität der Pflege allein durch Kontrollen nicht verbessern. Vor allem **stationäre Pflege-**
17 **einrichtungen** sollen ein Benchmarking nach bundeseinheitlichen Kriterien durchführen,
18 die sich möglichst nah an der Ergebnisqualität und damit **an den Bedürfnissen der Men-**
19 **schen orientieren** sollen. Pflegebedürftige können dann besser eine Einrichtung nach Qua-
20 litätsaspekten auswählen. Über die Veröffentlichung der Prüfberichte des Medizinischen
21 Dienstes der Krankenkassen (MDK), die noch wenig an der Ergebnisqualität der Pflege
22 orientiert sind, lässt sich dieses Ziel nicht erreichen.

23
24 Die Stärkung der Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der Pflegebedürftigen, der
25 Abbau von Bürokratie und eine **verbesserte Transparenz über die Qualität der Pflege** ver-
26 ändern die Stellung von Pflegebedürftigen und Angehörigen, die sich nicht mehr als Objek-
27 te eines weitgehend planwirtschaftlich organisierten Pflegesystems sehen müssen, son-
28 dern als Mittelpunkt und auswählende Kunden in einem humanen Pflegemarkt auftreten
29 können.

30
31 Die meisten Menschen wollen ihre letzte Lebensphase nicht in einem Pflegeheim zubrin-
32 gen, sondern zu Hause. Benötigt werden deshalb andere Formen der Versorgung in den
33 Regionen. **Wohngemeinschaften für Demenzkranke** sind ein gutes Beispiel, wie den Be-
34 dürfnissen der Menschen besser Rechnung getragen werden kann.

35
36 **Die Finanzierung der Pflegeversicherung** muss so umgestellt werden, dass Änderungen im
37 Bevölkerungsaufbau keine Rolle mehr spielen. Die **Pflegeversicherung muss aus der de-**
38 **mographischen Falle befreit**, der im bisherigen Umlagesystem für die nächsten Jahrzehnte
39 drohende dauerhafte Anstieg der Beitragssätze verhindert, eine gute Qualität der Pflege
40 dauerhaft gewährleistet und eine faire Lastenverteilung zwischen den Generationen er-
41 reicht werden. Dies ist nach Auffassung der FDP nur über einen **gleitenden Übergang in ein**
42 **kapitalgedecktes und prämiendifinanziertes System** möglich. Über den Aufbau von eigen-
43 tumsrechtlich geschützten Altersrückstellungen soll Vorsorge für Zeiten mit höheren Pfl-
44 eausgaben getroffen werden. Über einen **steuerfinanzierten sozialen Ausgleich** soll eine
45 Überforderung bei einkommensunabhängigen Prämien verhindert werden. Ein schneller
46 Reformbeginn tut dabei Not. Aufgrund der demographischen Entwicklung erschwert und
47 verteuert jeder ohne Reform verstreichende Tag das zu Gunsten der jüngeren Generatio-
48 nen dringend erforderliche Umsteuern in der Pflegeversicherung.

1 Die notwendigen Verbesserungen wie eine **Dynamisierung der Pflegeleistungen** und spe-
2 zielle Leistungen für Demenzkranke können generationengerecht nur über ein demogra-
3 phiefestes Finanzierungssystem finanziert werden. Kurzfristige Beitragserhöhungen im
4 alten Umlagesystem zur Finanzierung neuer Leistungen für aktuell Pflegebedürftige, erhö-
5 hen die auf nachfolgende Generationen verschobenen Lasten. Eine **ergänzende private**
6 **Vorsorge für den Pflegefall** soll über entsprechende Regelungen im Steuerrecht gefördert
7 werden.

8
9 Bei einer Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung darf es keinen Rückgriff auf die ei-
10 gentumsrechtlich geschützten Altersrückstellungen der privaten Pflegepflichtversicherung
11 geben. Auch ein Finanzausgleich zwischen privater und gesetzlicher Pflegeversicherung
12 kommt nicht in Betracht.

13
14 **Die FDP setzt sich für mehr Wettbewerb und Kapitaldeckung in der Unfallversicherung ein.**
15 Arbeitsunfälle sollen daher künftig von den Unternehmen bei einem von ihnen frei auszu-
16 wählenden, privaten Versicherungsunternehmen versichert werden. Berufskrankheiten –
17 mit oft langen Latenzzeiten – werden weiterhin von den Berufsgenossenschaften versi-
18 chert. Wegeunfälle können, müssen aber nicht mehr vom Arbeitgeber versichert werden.
19 Der **Leistungskatalog der Unfallversicherung** muss gerechter und zielgenauer gestaltet
20 werden. Im Leistungsrecht sollen Gesundheits- und Erwerbsminderungsschaden klarer
21 getrennt und konkreter als heute berechnet werden, um wirklich schwer Verletzten einen
22 besseren Ausgleich als heute zukommen zu lassen. Unnötiger bürokratischer Aufwand, wie
23 er durch das neu eingeführte Meldeverfahren in der Unfallversicherung erzeugt wurde, soll
24 beseitigt werden.

25 26 **Soziale Dienstleistungen marktwirtschaftlich gestalten**

27 Aus liberaler Sicht können auch soziale Dienstleistungen am besten im Wettbewerb auf
28 einem Markt erbracht werden. Das senkt die Kosten und hebt die Qualität. **Der Sozial-**
29 **markt ist heute aber nur scheinbar ein Markt.** Die Nachfrager im Sozialmarkt werden staat-
30 licherseits mehr als Leistungsempfänger denn als Kunden gesehen. Das in vielen Berei-
31 chen noch vorherrschende Sachleistungsprinzip bewirkt ein vereinheitlichtes Standardan-
32 gebot. Gleichzeitig verhindern es die bestehenden Anreizstrukturen oft, dass der Kunde
33 zum Kontrolleur der Qualität wird. Stattdessen springt der Staat als Qualitätskontrolleur
34 ein. Die **Anbieter leiden unter einer extremen staatlichen Regulierung.** Durch Vorgaben des
35 Gesetzgebers wird nicht nur die Finanzierung der Leistungen geregelt, sondern auch in den
36 unternehmerischen Weg ihrer Bereitstellung eingegriffen.

37
38 Die staatliche Finanzierung für soziale Dienstleistungen ist so zu organisieren, dass der
39 Kunde und nicht eine Behörde entscheidet, welche Leistungen für ihn gut sind. Wo immer
40 möglich, sollte die Subventionsfinanzierung von Einrichtungen durch Gutscheinfinanze-
41 rung oder Geldleistungen an die zu Unterstützenden abgelöst werden. **Subjekt- vor Objekt-**
42 **finanzierung muss Leitlinie sein.** Wo dies nicht möglich ist, sind Ausschreibungslösungen
43 zu prüfen.

44 45 **Chancen des Tourismus nutzen**

46 Die Rahmenbedingungen im Tourismussektor müssen verbessert werden. Er ist einer der
47 wichtigsten Dienstleistungs- und Wachstumsbranchen in Deutschland. Die kleinen **Famili-**
48 **enbetriebe und mittelständische touristische Unternehmen müssen von der überborden-**
49 **den Bürokratie entlastet werden.** Für die heimischen Gastronomen und Hoteliers haben

1 die Wettbewerbsverzerrungen durch die Mehrwertsteuererhöhung in Verbindung mit der
2 unterschiedlichen Anwendung der verringerten Mehrwertsteuersätze in Europa weiter zu-
3 genommen. Auch zukünftig dürfen keine Steuern auf Trinkgeld erhoben werden. Zur Her-
4 stellung von fairem Wettbewerb müssen auch in Deutschland **reduzierte Mehrwertsteuer-**
5 **sätze für Hotellerie und Gastronomie** eingeführt werden. Auch eine Entlastung der Hotelle-
6 rie bei den Rundfunkgebühren und der Kabelweiterleitung ist überfällig. Die FDP setzt sich
7 für die **Verbesserung des touristischen Angebots für Menschen mit Behinderungen** ein, um
8 ihre gesellschaftliche Integration sicherzustellen und ihnen insbesondere auch im Freizeit-
9 und Gesundheitsbereich die Möglichkeiten zu eröffnen, die ihrer besonderen Situation ent-
10 sprechen. Von barrierefreien Urlaubsangeboten profitieren nicht nur mobilitätseinge-
11 schränkte Menschen, sondern auch die wachsende Zahl älterer Menschen sowie bei-
12 spielsweise Personen, die mit Kinderwagen unterwegs sind. Angesichts des demographi-
13 schen Wandels gewinnt Barrierefreiheit eine immer größere Bedeutung für den Tourismus-
14 sektor.

15 **Für eine unternehmerische Land- und Forstwirtschaft**

17 Die FDP will die Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe verbessern. Sie müs-
18 sen den wesentlichen Teil ihres Einkommens am Markt erwirtschaften können. Landwirt-
19 schaftliche Betriebe sind kapitalintensiv. Sie brauchen daher **Planungssicherheit und Ver-**
20 **lässlichkeit**. Die Entkoppelung der Direktzahlungen von der Produktion folgte der FDP-
21 Forderung nach einer stärkeren Orientierung an den Prinzipien der Sozialen Marktwirt-
22 schaft und der Nachhaltigkeit. Heute erhält der Landwirt einen Ausgleich für die in der EU
23 geltenden höheren Standards im Umwelt- und Tierschutz. Diese Zahlungen der EU müssen
24 bis 2013 stabil sein. Die **marktwirtschaftliche Umorientierung der Gemeinsamen Agrarpoli-**
25 **tik der EU** entspricht der von der FDP entwickelten und bereits 2001 verabschiedeten Kul-
26 turlandschaftsprämie. Damit haben unternehmerische Landwirte die Chance, sich stärker
27 von staatlicher Bevormundung zu lösen und einen größer werdenden Anteil ihres Einkom-
28 mens am Markt zu erwirtschaften.

30 Liberale treten für **marktwirtschaftliche und faire Wettbewerbsbedingungen** ein. Auf dem
31 EU-Binnenmarkt führen nationale Sonderwege dazu, die eigene landwirtschaftliche Produk-
32 tion in die Nachbarländer zu vertreiben. Deswegen sollen nach den Vorstellungen der FDP
33 Regelungen der EU 1:1 in nationales Recht umgesetzt und ungleiche Steuerlasten wie die
34 **Besteuerung des Agrardiesels auf EU-Ebene vereinheitlicht** werden. Die Bürokratielasten
35 müssen gemindert werden. Die Regelungen für die Beschäftigung von Saisonarbeitern
36 müssen im Interesse von Obst-, Gemüse- und Weinbauern vereinfacht werden.

38 **Landwirte** stehen bei der Vermarktung ihrer Produkte der Übermacht der Konzerne des
39 Lebensmitteleinzelhandels gegenüber. Sie **brauchen faire Chancen**. Molkereien müssen
40 die Möglichkeit erhalten, ihre Produkte gemeinsam zu vermarkten, um auf Augenhöhe mit
41 den Konzernen Preise aushandeln zu können. Nur so kann die schwierige Situation der
42 Milchbauern gemildert werden. Darüber hinaus will die FDP der Landwirtschaft durch poli-
43 tische Vereinbarungen mit anderen Ländern weitere Exportmärkte öffnen. Die FDP unter-
44 stützt den Beschluss zum Auslaufen der Milchquote zum 31.3.2015. Die Quote hat das
45 Höfesterben nicht aufgehalten.

47 **Für eine nachhaltige und effiziente Landwirtschaft bedarf es intensiverer Agrarforschung.**
48 Bis 2050 wird ein Wachstum der Weltbevölkerung auf 9 Milliarden Menschen erwartet. Nur
49 eine **innovative und effiziente Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft** kann diese sicher

1 und qualitativ hochwertig ernähren. Produktivität und Effizienz dienen der Ernährungssi-
2 cherung und gleichzeitig dem Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz. Eine zweite **grüne**
3 **Revolution auf dem Acker** ist notwendig, um die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren
4 und gleichzeitig nachwachsende Rohstoffe für die rohstoffliche und energetische Nutzung
5 zu produzieren.

6
7 Die **Weiterentwicklung der Pflanzenzüchtung** und der Züchtung transgener Sorten ist für
8 die Sicherung der Welternährung ebenso wichtig wie die Minderung des Einsatzes von
9 Pflanzenschutzmitteln. Auch die Züchtung schädlings-, salz- und trockenheitsresistenter
10 Sorten sowie von Pflanzen für die rohstoffliche Verwertung muss gefördert werden. Der
11 gesetzliche Rahmen muss diesen Anforderungen angepasst, die vorhandenen gesellschaft-
12 lichen Vorbehalte müssen im Dialog abgebaut werden. Zur **Steigerung der Produktivität**
13 wollen Liberale den technischen Fortschritt nutzen. Hierzu zählen moderne Landtechnik,
14 wassersparende Bewässerungssysteme und Betriebsmittel wie Dünge- und Pflanzen-
15 schutzmittel. Damit sich technischer Fortschritt möglichst schnell entwickelt und in der
16 Praxis genutzt werden kann, ist die weltweite **Stärkung der Agrarforschung eine wichtige**
17 **Voraussetzung.**

18
19 Der Klimawandel führt zur Ausbreitung bisher unbekannter Schadorganismen (Blauzun-
20 genkrankheit, Maiswurzelbohrer). Die Agrarforschung muss darauf vorbereitet sein und
21 rechtzeitig Bekämpfungsstrategien entwickeln. Die FDP tritt für eine **effiziente und nach-**
22 **haltige „High-Tech-Landwirtschaft“** ein. Sie sichert Wertschöpfung im ländlichen Raum und
23 im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft mehr als vier Millionen Arbeitsplätze. Sie
24 ist Impulsgeber für technologische Entwicklungen im Maschinenbau und sichert dadurch
25 Exportmärkte und Arbeitsplätze. Deutschland ist ein landwirtschaftlicher Gunststandort:
26 Böden, Klima und Infrastruktur sind gut und die hervorragend ausgebildeten Landwirte in
27 Deutschland sind Weltspitze.

28
29 Deutschland ist ein waldreiches Land und hat in Europa die größten Holzvorräte. Eine **För-**
30 **derung der Jagd- und Waldwirtschaft** ist daher unerlässlich. Holz ist unser wichtigster
31 nachwachsender Rohstoff. Seine Nutzung als Bauholz und für die Herstellung von Möbeln
32 und Zellstoff, die Erzeugung von Strom und Wärme aus Rest- und Durchforstungsholz ist
33 ein wichtiger **Beitrag zum Klimaschutz** und stärkt gleichzeitig die regionale Wirtschaft. Die
34 Einkommen der Landwirte aus ihrem Waldbesitz tragen zur Sicherung der Existenz der
35 landwirtschaftlichen Betriebe bei. Sie stärken den ländlichen Raum. Gleichzeitig haben die
36 Wälder eine **große Bedeutung für die Naherholung und den Tourismus.** In unserem Wald-
37 land ist für den Erhalt der Biodiversität die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder eine
38 wichtige Voraussetzung. Liberale treten für bessere Rahmenbedingungen insbesondere für
39 die privaten Waldbesitzer ein, um die bestehenden Holzreserven in heimischen Wäldern
40 besser auszunutzen. Die Rahmenbedingungen für **Forstbetriebsgemeinschaften** müssen
41 verbessert, Anreize zum Bauen mit Holz geschaffen werden.

42
43 Dank eines funktionierenden Jagdsystems, bei dem die Hauptverantwortung für die Wild-
44 bewirtschaftung in die Hände der Jäger und Grundeigentümer gelegt ist, ist Deutschland
45 im Vergleich zu anderen Industrienationen ein wildreiches Land. Die Jagdgesetzgebung des
46 Bundes und der Länder gewährleisten den Schutz des Wildes und eine sachgerechte Aus-
47 übung der Jagd. Die Jäger sind der Garant für artenreiche und vitale Bestände wildlebender
48 Tiere. Sie sorgen für eine sinnvolle Hege und Pflege sowie Nutzung von Wildtieren und ih-
49 rer Produkte sowie für die Verhinderung von Wildschäden, die den Belangen von Natur-

- 1 schutz und Land- und Forstwirtschaft zuwiderlaufen. Die FDP ist **gegen eine Unterordnung**
- 2 **des Jagdrechts unter das Naturschutzrecht.**

3. Mehr Bürgerfreiheiten durch mehr Vertrauen, Zusammenhalt und Toleranz

Die FDP ist die Partei der Grundrechte und des Rechtsstaats. Sie verteidigt die Freiheitsrechte der Bürger gegen staatliche Bevormundung und gesellschaftliche Einschränkungen.

Freiheit braucht Engagement und muss vor einem regelungswütigen Staat geschützt werden. **Freiheit braucht Vertrauen.** Vertrauen in eine Gesetzgebung, die den Bürgern nicht mit generellem Misstrauen begegnet und alle unter Generalverdacht stellt. **Freiheit braucht Respekt und Toleranz.** Respekt vor der Entscheidung, wie man sein Leben lebt. Toleranz zwischen Minderheiten und Mehrheiten. **Freiheit braucht Privatheit.** Privatheit und Schutz der Intimsphäre gehören zu den Grundfesten eines menschlichen Miteinanders. Eine menschliche Gesellschaft braucht auch Türen, die für den Staat verschlossen bleiben.

Freiheit besteht nicht nur, wenn bis zur Grenze des Gesetzes individuelle Freiheit gewährt wird. Die Verfassung selbst muss Freiheit schaffen, bilden, hüten, verteidigen und lehren. Der **Zweck der Verfassung ist gerade auch Schutz der Freiheit.** Die FDP nimmt die Wertentscheidungen des Grundgesetzes ernst. Sie sind ein zentraler Maßstab liberalen Handelns.

In der liberalen Bürgergesellschaft darf kein Zweifel an der Durchsetzung des Rechts bestehen. Das Grundgesetz und die auf ihm beruhenden Einzelgesetze sind Ausdruck eines gesellschaftlichen Konsenses. Der Staat hat daher die Verpflichtung, die in der Verfassung niedergelegten Regeln des gesellschaftlichen Grundkonsenses einzuhalten.

Wir stehen für eine **Gesellschaftspolitik, die der Freiheit verpflichtet ist.** Wir stehen für Innen- und Rechtspolitik, die sich an den Grundrechten orientiert. Wir brauchen die **Rückbesinnung auf die Werte von Freiheit.** Wir brauchen die Rückkehr zu einer grundrechtsorientierten Innen- und Rechtspolitik.

Für eine bürgerrechtsorientierte Innenpolitik

Ohne Sicherheit ist Freiheit wenig Wert. Dennoch darf Sicherheit nicht zu Lasten von Freiheit entstehen. Eine Gesellschaft ist nicht freier, je intensiver ihre Bürger überwacht, kontrolliert und beobachtet werden. **Freiheit und Sicherheit** müssen sorgsam ausbalanciert werden. Das gelingt nur durch eine intelligente Innenpolitik, die auf Verhältnismäßigkeit achtet.

In den letzten elf Jahren hat eine rot-grün-schwarze Koalition **immer mehr Freiheitsbeschränkungen** durchgesetzt. Mehr als 100 neue Gesetze allein im Bereich der Innen- und Rechtspolitik mit immer neuen Eingriffsbefugnissen wurden verabschiedet. Der dramatische Abbau von Bürgerrechten, der in der rot-grünen Bundesregierung Schröder einsetzte, wurde von der schwarz-roten Bundesregierung Merkel nahtlos fortgesetzt. Das Bundesverfassungsgericht musste als Reparaturbetrieb eines grundrechtsblinden Gesetzgebers zahlreiche Gesetze stoppen oder gar aufheben.

Die FDP steht für eine neue **Innenpolitik, die Vertrauen zurückgewinnt.** Eine grundrechtsorientierte Innenpolitik achtet die Werteordnung des Grundgesetzes. Eine grundrechtsorientierte Innenpolitik schafft Sicherheit, ohne Freiheit zu beschädigen.

1
2 **Privatheit ist der Kern persönlicher Freiheit.** Die FDP setzt sich für ein **modernes, leicht**
3 **verständliches, übersichtliches und effektives Datenschutzrecht** ein. Sie strebt die Veran-
4 kerung allgemeiner Datenschutzgrundsätze in nur einem Gesetz an. An die Stelle von hun-
5 derten von speziellen Gesetzen soll ein neues Bundesdatenschutzgesetzbuch treten. Für
6 die FDP muss der Grundsatz der Datensparsamkeit im öffentlichen wie im nicht-
7 öffentlichen Bereich konsequent umgesetzt werden. Hierzu muss auch jeder Einzelne sei-
8 nen Beitrag leisten, indem er sparsam und verantwortungsvoll mit seinen personenbezo-
9 genen Daten umgeht. Der Staat hat ihn hierbei durch Regelungen, die Selbstschutz
10 ermöglichen, zu unterstützen.

11
12 **Datenschutz gehört ins Grundgesetz.** Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestim-
13 mung muss im Grundgesetz ausdrücklich verankert werden, ebenso das Grundrecht auf
14 Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme.

15
16 Die FDP setzt sich dafür ein, die **Potenziale des Marktes und der Technik für den Daten-**
17 **schutz zu nutzen.** Moderner Datenschutz muss datenschutzgerechte Technik fordern und
18 fördern. Um den Verbrauchern eine Orientierung zu geben, fordert die FDP die **Errichtung**
19 **einer „Stiftung Datenschutz“.** Sie soll Produkte und Dienstleistungen unter Datenschutzge-
20 sichtspunkten vergleichen und bewerten. Das Bundesdatenschutzgesetz soll konkretisiert
21 werden. Stellen, die personenbezogene Daten erheben, müssen den jeweiligen Stand der
22 Technik beachten.

23
24 Die FDP setzt sich dafür ein, die **Zersplitterung der datenschutzrechtlichen Aufsichtsland-**
25 **schaft zu beenden** und die Unabhängigkeit der Kontrollstellen zu stärken. Auf Bundesebe-
26 ne strebt die FDP an, dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und Informationsfrei-
27 heit den Status einer obersten Bundesbehörde zu verleihen. Staatliche Datenschutzkon-
28 trollstellen müssen die Möglichkeit erhalten, die Löschung von Daten, die widerrechtlich
29 verarbeitet oder weitergegeben wurden, anzuordnen.

30
31 **Verstöße gegen den Datenschutz dürfen sich nicht lohnen.** Sanktionsmöglichkeiten müs-
32 sen ausgeschöpft und ggf. erweitert werden. Außerdem sind Maßnahmen notwendig, die
33 bei den Marktteilnehmern selbst ansetzen. Darüber hinaus streben wir ein Haftungssystem
34 an, das dazu anhält, durch ein effizientes Datenschutzmanagement Haftungsrisiken zu
35 vermeiden, zum Beispiel durch Datenschutzgütesiegel oder Datenschutzaudits.

36
37 Um das Datenschutzniveau in der Wirtschaft zu stärken und Betriebsabläufe datenschutz-
38 freundlich zu gestalten, soll die **Stellung der betrieblichen Datenschutzbeauftragten insti-**
39 **tutionell gestärkt werden.** Ein einheitliches Berufsbild „betrieblicher Datenschutzbeauftrag-

40 ter“ wird angestrebt.
41
42 Die FDP setzt sich für eine Verbesserung des **Arbeitnehmerdatenschutzes** ein. Es dürfen
43 nur solche Daten verarbeitet werden, die für das Arbeitsverhältnis erforderlich sind. Eine
44 Datenverarbeitung, die sich auf außerdienstliches Verhalten, etwa Äußerungen zu politi-
45 schen Sachverhalten, bezieht, muss grundsätzlich ausgeschlossen sein. Gesundheitsbezo-
46 gene Daten dürfen nur erhoben werden, wenn sie für den jeweiligen konkreten Arbeits-
47 platz relevant sind. Die Erstellung und Vorlage eines Gentests darf nicht verlangt werden.
48

1 Die FDP will die **Meldedaten der Bürger besser schützen**. Melderegisterauskünfte zu Wer-
2 bezwecken sollen nur zulässig sein, wenn die Betroffenen zuvor ihre Zustimmung erteilt
3 haben.

4
5 Die FDP fordert die **Wiederherstellung des Bankgeheimnisses** durch Abschaffung der Kon-
6 toabfragemöglichkeiten, die **Aussetzung der Vorratsdatenspeicherung** bis zur endgültigen
7 Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sowie den **Verzicht auf heimliche Online-**
8 **Durchsuchungen privater Computer**. Stattdessen ist der Staat aufgerufen, gegen Compu-
9 terkriminalität zielgerichteter vorzugehen. Dazu gehört vor allem, bestehende Sicherheits-
10 lücken zu schließen statt neue zu schaffen. Erforderlich ist darüber hinaus eine Evaluierung
11 der seit 1998 beschlossenen Überwachungsgesetze unter den Gesichtspunkten der Wirk-
12 samkeit, der Verfassungsmäßigkeit und der dadurch gebundenen Mittel.

13
14 Die Erhebung und Speicherung von **Fluggastdaten** auch bei innereuropäischen Flügen leh-
15 nen die Liberalen ab.

16
17 **Leitbild liberaler Sicherheitspolitik ist der Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung und**
18 **der Grundrechte**. Sicherheit entsteht auch durch Vertrauen in die Sicherheitsbehörden.
19 Klare, transparente und effiziente Strukturen sind nicht nur ein Gebot der Haushaltsdiszip-
20 lin, sondern auch notwendige Voraussetzung für eine Achtung der Grundrechte. Welche
21 Sicherheitsbehörde wofür zuständig ist, muss für jedermann erkennbar sein.

22
23 Den Polizeibehörden kommt aufgrund ihres umfassenden Aufgabenbereichs und ihrer flä-
24 chendeckenden Präsenz eine besonders herausgehobene Stellung innerhalb der Sicher-
25 heitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland zu. **Die FDP bekennt sich zum föderalen**
26 **Prinzip**. Polizei ist zuallererst Ländersache. Diesem Prinzip sind wir auch wegen unserer
27 historischen Erfahrung verpflichtet.

28
29 In einer **föderalen Sicherheitsarchitektur** ist der Informationsaustausch zwischen den Be-
30 hörden unerlässlich. Der Informationsaustausch darf nicht zur Aufweichung des Tren-
31 nungsgefüges führen. Die FDP fordert eine Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden über
32 Indexdateien statt über Volltextdateien zu realisieren und eine parlamentarische Aufsicht
33 zu gewährleisten.

34
35 Den Umbau des Bundeskriminalamtes (BKA) zu einem deutschen FBI lehnt die FDP ab. Sie
36 hat deshalb der Änderung des Grundgesetzes in der Föderalismusreform nicht zugestimmt,
37 nach dem das BKA erstmals eigene Befugnisse im Bereich der **Gefahrenabwehr** erhalten
38 hat. Gefahrenabwehr muss eine originäre Aufgabe der Länder bleiben.

39 40 **Terrorismus wirksam bekämpfen**

41 Terrorismus ist mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu bekämpfen. Die Gefahrenabwehr
42 hat aber immer im Einklang mit den Grundrechten der Bürger zu stehen. Die Menschen-
43 würde verletzende Verhörmethoden, die Anwendung von Folter, die gezielte Ermordung
44 von potentiellen Terroristen oder auch der Abschuss unschuldiger Menschen in einem ent-
45 führten Flugzeug sind mit unserer Verfassung nicht zu vereinbaren. **Ein Sonderrecht für**
46 **Terrorismusbekämpfung darf es nicht geben**. Insbesondere lehnt die FDP die Einführung
47 eines „Feindstrafrechts“, bei dem Kategorien des Kriegsrechts im Innern Anwendung fin-
48 den und rechtsstaatliche Garantien des Strafrechts nicht mehr gelten, strikt und in aller
49 Entschiedenheit ab.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

Der internationale Terrorismus stellt die Sicherheitsbehörden vor große technische wie personelle Herausforderungen. Sie sind innerhalb des bestehenden föderalen Systems durch entsprechende Ausbildung, Beschäftigung von Spezialisten, technische Weiterentwicklung und **Koordination zwischen den Länderpolizeien** zu bewältigen. Im Bereich der Luftsicherheit wollen wir prüfen, inwieweit die Kontrolle der Fluggäste sowie des Gepäcks und die Überwachung der Flugplatzgelände vollständig auf die Länder übertragen werden kann.

Im Rahmen einer umfassenden Sicherheitsarchitektur setzt sich die FDP für die **Schaffung einer zivilen nationalen Küstenwache** ein, um auch die Gefahren zur See effektiv bekämpfen zu können. Hierzu ist eine Bündelung von Befugnissen und Kompetenzen beim Bund erforderlich. Ebenfalls zur Vermeidung von Doppelkompetenzen und -zuständigkeiten setzt sich die FDP für eine Überprüfung ein, inwieweit die Aufgaben des Zollfahndungsdienstes und des Zollkriminalamtes durch andere Sicherheitsbehörden übernommen werden können.

Die Bundesrepublik Deutschland ist auf eine effektive **nachrichtendienstliche Struktur** und gut funktionierende Nachrichtendienste angewiesen. Im Bereich der Verfassungsschutzämter hält die FDP es unverändert für sinnvoll, dass es nicht nur ein Bundesamt, sondern auch Landesämter gibt, die vor Ort über Detailkenntnisse verfügen.

Die Auslandsaufklärung obliegt dem Bundesnachrichtendienst. Dabei soll es bleiben. Die FDP wird sicherstellen, dass sich der BND bei seiner Arbeit im Rahmen seiner Aufgaben, im Rahmen der Grundrechte und internationaler Übereinkommen bewegt. Die FDP setzt sich darüber hinaus für eine **effektive parlamentarische Kontrolle aller Nachrichtendienste** ein.

Innere Sicherheit braucht auch einen funktionierenden, effektiven Zivil- und Katastrophenschutz. Dieser kann in Zukunft nur gewährleistet werden, wenn der bestehende Dualismus von Zivil- und Katastrophenschutz überwunden und Zuständigkeiten klar geregelt werden. Das bestehende Notversorgungssystem bedarf deshalb der Neuordnung. Innere und äußere Sicherheit müssen auch weiterhin klar voneinander getrennt werden. **Die FDP lehnt den Einsatz der Bundeswehr im Innern über bestehende Aufgaben hinaus strikt ab.**

Extremismus und Antisemitismus konsequent entgegentreten

Freiheit wird durch politischen Extremismus gefährdet. Links- und Rechtsextremismus stellen gleichermaßen die Grundrechte und den Rechtsstaat in Frage. Beide behaupten, im Besitz letzter Wahrheit zu sein und lehnen das demokratische Ringen um die richtigen Antworten ab. **Die FDP bekämpft politischen Extremismus jeder Art.** Das Engagement für Freiheit und Demokratie wird dann gestärkt, wenn demokratische Parteien ein gutes Vorbild geben. Politische Kontroversen dürfen nicht populistisch verpackt werden, genauso wenig wie Ressentiments gegen Minderheiten aus der Mitte der Gesellschaft befördert werden dürfen.

Gleichzeitig plädieren wir für differenzierte Strategien. Die FDP fordert, dass **Programme zur Bekämpfung von Gewaltbereitschaft, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus**, besonders bei Jugendlichen, verstärkt werden. Dazu schlagen wir eine Drei-Säulen Initiative vor: Eine **Intensivierung der Programme** für den Ausstieg gewaltbereiter und gefährdeter Ju-

1 gendlicher; Angebote für jugendliche Aussteiger aus der rechten Szene hinsichtlich schuli-
2 scher und beruflicher Qualifizierung; Gewaltpräventionsprogramme an Schulen und in der
3 Jugendarbeit. Außerdem müssen in der Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus
4 wesentlich stärker als bisher Ursachen und Handlungsweisen bekämpft werden.

5
6 **Antisemitismus gilt es konsequent zu bekämpfen.** Jahr für Jahr werden in Deutschland
7 Straftaten begangen, die sich gegen Menschen jüdischen Glaubens richten. Grund zur
8 Sorge gibt auch das hohe Ausmaß an latentem Antisemitismus. Die FDP macht sich für
9 eine Bekämpfung des Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft stark.

10
11 **Ein funktionsfähiger öffentlicher Dienst ist eine wichtige Säule unseres demokratischen**
12 **Rechtsstaats.** Die Modernisierung des öffentlichen Dienstes ist eine Daueraufgabe im Inte-
13 resse von Bürgern, Gesellschaft und Staat. Das Berufsbeamtentum rechtfertigt sich durch
14 Vorteile, wie besondere Loyalitätspflichten und Streikverbot. Die hergebrachten Grundsät-
15 ze des Berufsbeamtentums lassen Spielraum für eine **umfassende Fortentwicklung und**
16 **Erneuerung des Beamtenrechts.** Dieser Prozess ist mit dem Dienstrechtsneuordnungsgesetz
17 des Bundes nicht beendet. Die FDP wird sich für Verbesserungen bei der Mitnahme
18 von erworbenen Versorgungsansprüchen, eine Flexibilisierung des Ruhestandseintritts
19 sowie eine Stärkung des Leistungsgedankens einsetzen. Darüber hinaus strebt die FDP die
20 **Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartner** mit Ehegatten im Besoldungs-, Versor-
21 gungs- und Beihilferecht an.

22
23 Das grundgesetzlich garantierte **Selbstverwaltungsrecht der Kommunen muss gestärkt**
24 **werden.** Aufgabenübertragungen an die Kommunen müssen begrenzt werden. Das **Konne-**
25 **xitätsprinzip** („Wer bestellt, bezahlt“), wonach Bund und Länder sich an den Kosten über-
26 trager Aufgaben beteiligen müssen, ist in das Grundgesetz aufzunehmen. Weiterhin
27 müssen die Finanzen der Kommunen auf eine solide Grundlage gestellt werden, indem die
28 konjunkturenfallige Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und
29 ein eigenes Hebesatzrecht der Kommunen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer
30 ersetzt wird.

31 32 **Den Rechtsstaat stärken**

33 Die Freiheit und die Würde der Bürger in einem liberalen Rechtsstaat zu schützen und zu
34 bewahren, das ist für die FDP die oberste Leitlinie der Rechtspolitik. Wir brauchen eine
35 **Neuausrichtung der Rechtspolitik.** Die Rechtspolitik darf sich nicht darauf beschränken,
36 europäische Vorgaben umzusetzen oder innenpolitische Initiativen rechtsstaatlich zu
37 schärfen.

38
39 **Rechtspolitik muss gestalten** und dem Wandel in der Gesellschaft ein Gesicht geben. Von
40 der Rechtspolitik müssen entscheidende Impulse ausgehen für eine moderne und aufge-
41 klärte Bürgergesellschaft.

42
43 Ziel der Rechtspolitik muss es sein, die Kluft zwischen geltendem Recht und gelebter Wirk-
44 lichkeit zu schließen. Insbesondere **verfassungsrechtlich garantierte Rechtspositionen**
45 müssen auch einfachgesetzlich verankert und für die Bürger spürbar werden.

46
47 Das verfassungsrechtlich garantierte Selbstbestimmungsrecht der Patienten muss ge-
48 stärkt werden. Wir brauchen eine gesetzliche Regelung über die Bindungswirkung von Pa-

1 **tientenverfügungen.** Diese soll Verfügungen für die Zeit der Einwilligungsunfähigkeit in
2 jeder Phase einer Erkrankung gegenüber Jedermann für verbindlich machen.

3
4 Die **Modernisierung der Justiz** ist eine wichtige Aufgabe, um die Qualität und Leistungsfähigkeit des Rechtsstaates zu sichern und zugleich die Gerichte zu entlasten. Die Justiz ist
5 personell, technisch und materiell so auszustatten, dass die Gerichte bürgernah und leistungsfähig arbeiten können. Damit die Justiz sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren
6 kann, ist eine Auslagerung von nicht zwingend vom Staat zu übernehmenden Aufgaben
7 konsequent voranzutreiben. Die **Reform des Gerichtsvollzieherwesens** dahin, das Beileihungssystem einzuführen, führt zu einer effektiveren Zwangsvollstreckung ohne Qualitätsverlust.
8
9
10
11

12
13 **Wir brauchen weniger, aber bessere Gesetze.** Gesetze müssen verständlich, übersichtlich und in ihren Auswirkungen vorhersehbar sein. Der Gesetzgeber darf nicht für jeden Einzelfall eine gesetzliche Regelung anbieten. Dort, wo eine Systematik in der Gesetzgebung
14 nicht mehr erkennbar ist, muss die notwendige **Harmonisierung der gesetzlichen Bestimmungen** vorgenommen werden. Statt ständig neuer Reparaturgesetze brauchen wir ein
15 vernünftiges Gesetzgebungsverfahren, das in einem angemessenen Zeitrahmen alle parlamentarischen Gestaltungsmöglichkeiten zulässt und somit ein ordnungsgemäßes Gesetzgebungsverfahren sichert.
16
17
18
19
20

21
22 **Der Staat hat die Aufgabe, die Bürger vor Gewalt und Kriminalität zu schützen.** Verharmlosung und Entkriminalisierung von Straftaten darf es nicht geben. Jede kriminelle Handlung
23 ist eine Grenzübertretung, die Folgen für den Täter haben muss. Plänen zur Entkriminalisierung so genannter Bagatelldelikte erteilen wir eine Absage.
24
25
26

27 Die Bundeswehr ist eine weltweit operierende Einsatzarmee geworden. Deutsche Soldaten unterliegen bei einem Einsatz im Ausland dem deutschen Strafrecht. Die Unklarheiten der Rechtszuständigkeit für Soldaten im Auslandseinsatz müssen beseitigt werden. Die FDP fordert eine eindeutige Zuweisung für die Verfolgung von **Straftaten von und gegen Soldaten der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen.** Es muss künftig das Gericht zuständig sein, in dessen Bezirk das für den Auslandseinsatz zuständige Einsatzführungskommando der Bundeswehr seinen Sitz hat.
28
29
30
31
32
33
34

35 **Keine unangemessene Überwachung der Bürger**

36 Der Staat muss handlungsfähig sein, um seinen gesetzlichen Auftrag zur Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit und zum Schutz der Bürger vor Rechtsgutsverletzungen erfüllen zu können. Er verfügt über angemessene Instrumente wie zum Beispiel die Telefonüberwachung zur Gefahrenabwehr und zur Strafverfolgung. Der Staat darf in Freiheitsrechte der Bürger nur dann eingreifen, wenn die Maßnahme im Einzelfall geeignet, erforderlich und angemessen ist. **Die FDP lehnt daher die anlasslose Gefahrenabwehr ab.** Die anlass- und verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung hat die FDP von Anfang an abgelehnt. Die **automatische Kfz-Kennzeichenerfassung** auf deutschen Straßen ohne konkreten Anlass und eine Speicherung und Nutzung von Mautdaten zur Strafverfolgung lehnen wir daher ebenfalls ab.
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46

47 Das Bundesverfassungsgericht hat klare Vorgaben gemacht zur Bestimmtheit von Normen, zum Kernbereich der privaten Lebensgestaltung und zum **Schutz von Berufsgeheimnissen.** Wiederholt hat das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber in seine Schranken
48
49

1 verwiesen (z. B. Luftsicherheitsgesetz, Europäischer Haftbefehl, Vorratsdatenspeicherung,
2 Online-Durchsuchung). Der Gesetzgeber muss endlich aufhören, sich stets nur an der
3 Grenze des noch verfassungsrechtlich Zulässigen zu orientieren. Daher lehnen die Libera-
4 len jegliche Überlegungen hinsichtlich eines „Spähangriffes“ ab.

5
6 Das geltende Recht enthält Lücken zum **Schutz der Pressefreiheit und der journalistischen**
7 **Recherche**. Immer wieder werden gegen Journalisten Ermittlungsverfahren wegen einer
8 behaupteten Teilnahme an der Verletzung eines Dienstgeheimnisses eingeleitet, die letzt-
9 lich nicht zu einer Verurteilung führen. Hierdurch bestehen Gefahren für den Informanten-
10 schutz. Die Gewährleistung der verfassungsrechtlich garantierten Pressefreiheit und die
11 ungehinderte Informationsbeschaffung sind ohne eine vertrauliche Kommunikation nicht
12 möglich. Beschlagnahmen dürfen daher aus Sicht der FDP künftig nur noch bei einem
13 dringenden Tatverdacht gegen den Journalisten erfolgen. Darüber hinaus bedarf es zwin-
14 gend eines Richtervorbehalts für alle Anordnungen einer Beschlagnahme. Im Strafgesetz-
15 buch muss sichergestellt werden, dass sich Journalisten künftig nicht mehr der Beihilfe zur
16 Verletzung eines Dienstgeheimnisses strafbar machen, wenn sie das ihnen vertraulich zu-
17 geleitete Material veröffentlichen.

18
19 Außerdem muss für alle Berufsgeheimnisträger ein einheitlicher Schutz vor staatlichen
20 Überwachungsmaßnahmen sichergestellt werden. Zur Sicherung eines rechtsstaatlichen
21 Verfahrens muss der Vertrauensschutz zwischen zeugnisverweigerungsberechtigten Be-
22 rufsangehörigen und denen, die ihre Hilfe in Anspruch nehmen, unbedingt gewährleistet
23 werden. Eine willkürliche Differenzierung zwischen bestimmten Berufsgruppen unterläuft
24 das grundrechtlich geschützte Vertrauensverhältnis. Für **Anwälte, Geistliche, Abgeordnete,**
25 **Journalisten, Ärzte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer** muss daher bei staatlichen Ermitt-
26 lungsmaßnahmen sowohl nach der Strafprozessordnung als auch bei der Gefahrenabwehr
27 ein **umfassendes Beweiserhebungs- und -verwertungsverbot** garantiert werden. Dazu ist
28 die Strafprozessordnung zu ändern.

29
30 Bei der **Bekämpfung der Jugendkriminalität** setzt die FDP auf eine Politik der Vernunft und
31 nicht auf Populismus. Das breite Instrumentarium des Jugendstrafrechts muss dazu kon-
32 sequent angewendet werden. Die Strafe muss auf dem Fuße folgen. Die FDP ist für den
33 Ausbau der pädagogischen Reaktionsmöglichkeiten auf Fehlverhalten Jugendlicher durch
34 den Warnschussarrest. Der Warnschussarrest soll neben einer zur Bewährung ausgesetz-
35 ten Jugendstrafe oder einer Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe angeordnet wer-
36 den können und dem Jugendlichen so deutlich machen, dass sein schwerer Rechtsverstoß
37 nicht ohne jede unmittelbare Folge bleibt. Besonders wichtig ist der Ausbau der Präventi-
38 on. Die FDP will die Ursachen für die Kinder- und Jugendkriminalität beseitigen. Notwendig
39 ist auch eine bessere Vernetzung von Polizei, Justiz, Jugendhilfe und Schule vor Ort. Der
40 drohenden Verrohung der Gesellschaft insbesondere bei Jugendlichen und der Verhinde-
41 rung von Gewaltverbrechen durch Bekämpfung der Ursachen von ausufernder Gewalt gilt
42 unser ständiges Augenmerk.

43
44 Der **Schutz und die Rechte des Opfers** von Gewaltverbrechen müssen auch in der Praxis
45 im Mittelpunkt von Strafverfahren stehen. In den Strafverfahren muss ein möglichst scho-
46 nender Umgang mit Gewaltopfern im Vordergrund stehen. Lücken im Opferentschädi-
47 gungsgesetz, insbesondere zur Beratung und psychologischen Betreuung der Opfer, müs-
48 sen geschlossen werden. Darüber hinaus müssen auch Opfer von Gewaltverbrechen im
49 Ausland einbezogen werden. **Zivilkourage ist notwendige Voraussetzung der Bürgergesell-**

1 **schaft.** Der Staat muss das Engagement und den Einsatz von Bürgern stärker honorieren,
2 die sich den Straftätern in den Weg stellen, um den Opfern zu helfen.

3
4 Notwendig ist eine weitere **Erhöhung der Haftentschädigung** für Menschen, die zu Unrecht
5 einen Freiheitsentzug erlitten haben. Die Entschädigung muss nach ihrer Struktur und Hö-
6 he ein angemessenes Äquivalent für die auszugleichenden Schäden ergeben.

7
8 Die Liberalen lehnen eine uferlose Ausweitung der DNA-Datensatz ab. Die Speicherung von
9 DNA-Mustern darf nur bei Straftaten erfolgen, die jeweils von erheblicher Bedeutung sind.
10 Zudem muss die molekulargenetische Untersuchung in jedem Fall zwingend durch einen
11 Richter angeordnet werden.

12
13 Der Gesetzgeber hat in den vergangenen Jahren die Möglichkeiten der Anordnung der Si-
14 cherungsverwahrung kontinuierlich erweitert. Dies hat dazu geführt, dass die Maßnahme
15 ihren Ausnahmecharakter verliert. Die gesetzlichen Anordnungsvoraussetzungen müssen
16 daher dringend harmonisiert und auf eine rechtsstaatlich einwandfreie Grundlage gestellt
17 werden. Die Ausweitung der nachträglichen Sicherungsverwahrung auf Täter, die nach
18 Jugendstrafrecht verurteilt wurden, lehnt die FDP ab. Das Ziel, dass die Täter künftig ein
19 Leben ohne Straftaten führen, muss bereits im Jugendstrafvollzug engagiert verfolgt wer-
20 den. Es darf daher im **Jugendstrafvollzug keine finanziellen und personellen Einsparungen**
21 geben, die dieses Vollzugsziel gefährden. Auch die erweiterten Möglichkeiten der Füh-
22 rungsaufsicht können gerade für jugendliche Straftäter eine geeignete Alternative zur Si-
23 cherungsverwahrung sein.

24 25 **Für ein modernes Zivil- und Wirtschaftsrecht**

26 Die FDP setzt sich für ein modernes deutsches Rechtssystem ein, ohne das amerikanische
27 zu kopieren und lehnt daher Sammelklagen ab. Die **Schaffung eines Statuts für eine Euro-**
28 **päische Privatgesellschaft (EPG)**, die sich weitgehend auf gemeinschaftsrechtliche Rege-
29 lungen beschränkt und ein europaweit einheitliches und abschließendes Statut einer Ge-
30 sellschaftsform darstellt, ist im Interesse mittelständischer Unternehmen voranzutreiben.

31
32 Die Zahl von teils missbräuchlichen Anfechtungsklagen im Aktienrecht gegen Hauptver-
33 sammlungsbeschlüsse ist in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Die Liberalen
34 fordern hier vor allem **Verfahrensbeschleunigungen durch eine erstinstanzliche Zuständig-**
35 **keit der Oberlandesgerichte sowie die Beseitigung von Klageanreizen.** Der Schutz der Min-
36 derheitsaktionäre darf hierbei jedoch nicht vergessen werden.

37
38 Die FDP will grundsätzlich **keine gesetzlichen Muster für Verträge**, Satzungen oder ähnli-
39 ches. Es ist die originäre Aufgabe der rechtsberatenden Berufe, für jeden Einzelfall hand-
40 habbare Lösungen zu erarbeiten und anzubieten. Ein im Gesetz verankertes Muster kann
41 und wird nicht flexibel genug an die aktuelle Rechtswirklichkeit und Rechtsprechung ange-
42 passt werden wie eine auf den Einzelfall angepasste Lösung.

43
44 Das **Mietrecht** muss der veränderten Situation am Wohnungsmarkt angepasst werden. Die
45 Mietrechtsreform im Jahr 2001 hat die Rechtsstellung der Vermieter deutlich verschlech-
46 tert. Asymmetrische Kündigungsfristen, überlange Verfahrensdauern bei Zahlungs- und
47 Räumungsklagen sowie Schonfristen für säumige Mieter sind abzuschaffen beziehungs-
48 weise zu ändern. Die FDP fordert im Interesse von Mietern und Vermietern eine Vereinfachung

1 chung des Mietrechts und dessen abschließende Regelung im Bürgerlichen Gesetzbuch.
2 Das Thema des so genannten "Mietnomadentums" muss weiter auf der Agenda bleiben.

3
4 Die **Privilegierung von Sozialkassen gegenüber privaten Gläubigern** im Insolvenzrecht werden wir **korrigieren**. Im Verbraucherinsolvenzrecht wird sich die FDP für eine Verschlan-
5 kung des Verfahrens unter Wahrung der rechtsstaatlichen Standards einsetzen. Das Un-
6 ternehmensinsolvenzrecht steht in einem internationalen Wettbewerb. Daher brauchen wir
7 eine Fortentwicklung des bewährten Insolvenzplanverfahrens und eine Stärkung des Ein-
8 flusses der Gläubiger auf die Verwalterbestellung sowie die Schaffung größerer Gerichts-
9 einheiten zur Abwicklung von Insolvenzfällen.

10
11
12 Die Frage des **Alteigentums** ist in den neuen Bundesländern rechtsverbindlich entschieden.
13 Es gibt aber noch so genanntes **Alteigentum im Staatsbesitz**. Die FDP wird sich dafür ein-
14 setzen, dass Alteigentümern die Möglichkeit eröffnet wird, dieses zu erwerben. Dafür kann
15 das bei Mauergrundstücken gewählte Verfahren einen Anhaltspunkt bieten.

16 17 **Familien müssen auf die Zukunft vertrauen können**

18 Für Liberale ist Familie jede auf Dauer angelegte Gemeinschaft, in der generationenüber-
19 greifend Verantwortung füreinander übernommen wird. Grundsätze liberaler Familienpoli-
20 tik sind Wahlfreiheit des Lebensentwurfs, Freiraum für die persönliche Lebensgestaltung,
21 Eigeninitiative und Eigenverantwortung.

22
23 Eltern sollen die Wahlfreiheit haben, Familienleben und Erwerbstätigkeit in Einklang zu
24 bringen. Für die **Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern** sind ausreichend zeitlich flexible
25 und qualitativ gute Kinderbetreuungsangebote zu schaffen. Die FDP fordert, das **Elterngeld**
26 an das Brutto- und nicht an das Nettoerwerbseinkommen zu knüpfen, damit eine
27 Schlechterstellung von Frauen bei Wahl der Lohnsteuerklasse V vermieden wird. Die Ge-
28 währung eines Mindestelterngeldes an die Empfänger von Arbeitslosengeld II ist ange-
29 sichts der Einkommensersatz-Funktion zu überprüfen. Die Interessen von Selbständigen
30 müssen stärker berücksichtigt werden, und es sollte möglich sein, dass Elternzeit unbüro-
31 kratisch und flexibel auch wochen- oder tageweise im Rahmen eines Zeitbudgets im Ein-
32 vernehmen mit den Arbeitgebern gewährt werden kann.

33
34 Für uns steht das Kind im Mittelpunkt. Deshalb ist es sinnvoller, jedes einzelne Kind **Bil-
35 dungs- und Betreuungsgutscheine** einzuführen und damit die Subjektförderung zu stärken,
36 statt Einrichtungen zu unterstützen (Objektförderung). Die Einführung eines Betreuungsg-
37 geldes lehnt die FDP ab.

38
39 Besondere Unterstützung müssen **junge Mütter und Väter in einer Teilzeitausbildung** und -
40 umschulung erfahren. Die FDP will es jedem Elternteil, das Bafög bezieht, ermöglichen,
41 statt eines Teildarlehenserlasses nach dem Studium für die Dauer ihres Bafög-Bezugs eine
42 **Zulage** zu erhalten.

43
44 Ehegatten und eingetragene Lebenspartner mit unterschiedlicher Staatsangehörigkeit sol-
45 len sowohl das zuständige Gericht eines EU-Mitgliedstaates als auch das anwendbare
46 Recht entsprechend der Staatsangehörigkeit eines der Partner oder dem Ort der Ehe-
47 schließung, soweit er in Deutschland liegt, durch notariell zu beurkundenden Ehevertrag
48 wählen können. Diese Rechtswahl soll nicht zwingend sein.

1 Die FDP setzt sich für die **Stärkung von Adoptionen** ein. Bürokratische Hürden sind so weit
2 wie möglich zu reduzieren. Auch im Bürgerlichen Gesetzbuch ist angesichts der steigenden
3 Lebenserwartung und der sich allgemein verschiebenden Familiengründung festzulegen,
4 dass im Regelfall ein Altersunterschied von 50 Jahren zwischen Kind und einem Elternteil
5 keinen Zweifel an der Erziehungsfähigkeit begründet.

6
7 Bei **Stiefkindadoptionen** soll es bei einvernehmlichem Wunsch von Mutter, Vater und adop-
8 tionswilligem Stiefelternteil mit notarieller Beurkundung unwiderruflich ermöglicht werden,
9 dass wie bei Erwachsenen-Adoptionen das Verwandtschaftsverhältnis zu beiden leiblichen
10 Elternteilen erhalten bleibt.

11
12 Auch bei **Auslandsadoptionen** ohne Beteiligung deutscher Fachstellen ist dem Kindeswohl
13 Rechnung zu tragen. In den Fällen, in denen die erforderliche Prüfung durch den Heimat-
14 staat nicht gewährleistet ist, hat eine summarische Prüfung der Anerkennungsfähigkeit
15 möglichst vor Visumserteilung für das Kind zu erfolgen. Die endgültige Feststellung der
16 Erziehungsfähigkeit erfolgt in Deutschland.

17
18 Ein **gemeinsames Sorgerecht** ist bei nicht verheirateten Paaren heute nur möglich, wenn
19 die Mutter zustimmt. Dem Vater soll jedoch nach Ansicht der FDP im Einzelfall eine ge-
20 richtliche Entscheidung zur Erlangung des gemeinsamen Sorgerechts offenstehen, wenn
21 dies dem Kindeswohl entspricht. Eine Benachteiligung von Vätern in Sorgerechtsangele-
22 genheiten darf es nicht geben.

23
24 Für Liberale sind alle Lebensgemeinschaften wertvoll, in denen Menschen Verantwortung
25 füreinander übernehmen. **Verantwortungsgemeinschaften** dürfen nicht diskriminiert wer-
26 den. **Wer gleiche Pflichten hat, verdient auch gleiche Rechte.** Lebenspartnerschaften müs-
27 sen mit der Ehe gleichgestellt werden, insbesondere im Steuerrecht, bei Adoptionen und
28 im Beamtenrecht.

29
30 Es ist bundesgesetzlich klarzustellen, dass alle in Deutschland zulässigen reproduktions-
31 medizinischen Angebote (wie die künstliche Befruchtung) allen Menschen unabhängig von
32 ihrem Familienstand rechtlich offenstehen sollen, also insbesondere auch nicht verheirate-
33 ten Frauen mit Kinderwunsch.

34
35 **Die FDP setzt sich für die Stärkung der Kinderrechte ein:** Das Grundgesetz berechtigt und
36 verpflichtet vorrangig Mütter und Väter für die Kinder zu sorgen, doch legt es zugleich dem
37 Staat auf, über die Ausübung von Elternrecht und Elternpflicht zu wachen. Denn Kinder
38 haben ein Recht auf bestmögliche Bildung, Erziehung und Betreuung.

39
40 Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung von Kindern. Die FDP
41 setzt sich für Maßnahmen ein, die geeignet sind, unbürokratisch und unter Wahrung des
42 Datenschutzes eine höhere Teilnehmerquote bei den gesetzlichen **Früherkennungsunter-**
43 **suchungen** zu erreichen.

44
45 Bei **Kindeswohlgefährdung** müssen die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe angehalten
46 werden, sich ein umfassendes Bild über den Lebensalltag von Kindern im Familienkontext
47 zu bilden und frühzeitig präventive Hilfe anzubieten. Dies erfordert eine angemessene per-
48 sonelle Ausstattung der Jugendämter. Die Elternkompetenz in Familien sollte durch Model-
49 le der **Frühprävention** gestärkt werden. Dies gilt auch für niedrigschwellige Angebote durch
50 Familienhebammen und Kinderschwestern auf kommunaler Ebene.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

Kinder sollten bereits früh Medienkompetenz erwerben, um Medienangebote ihrem Alter gemäß kritisch nutzen zu können. Die FDP setzt sich dafür ein, dass für den Jugendschutz im Online-Bereich verbindliche und praktikable Standards und Zertifizierungen weiter entwickelt werden. Die bestehenden Systeme müssen dringend auf ihre Praktikabilität und Effektivität überprüft werden.

Im Rahmen der Jugendministerkonferenz sollten einheitliche **Standards für die Kinder- und Jugendhilfe** festgelegt werden. Die Qualität der Kinder- und Jugendhilfe sollte in regelmäßigen Abständen evaluiert und die Dienst- und Fachaufsicht gestärkt werden. Es ist zu prüfen, inwieweit im Bereich der Jugendhilfe eine Aufgabentrennung zwischen der Entscheidung über Maßnahmen und deren Vollzug möglich ist, um eine von finanziellen Erwägungen der Kommune unabhängige Entscheidung abzusichern.

Mit der Unterhaltsrechtsreform wurde dem Kindesunterhalt der absolute Vorrang vor allen anderen Ansprüchen eingeräumt. Die FDP setzt sich dafür ein, eine Gewährung des staatlichen Unterhaltsvorschusses bis zur Volljährigkeit eines Kindes zu ermöglichen. Im Gegenzug dazu sollte die Bezugsdauer auf 36 Monate verkürzt werden, um der Zielsetzung als vorübergehende Hilfe bei der Durchsetzung der Unterhaltsansprüche Rechnung zu tragen. Das Verfahren ist zudem zu entbürokratisieren.

Die FDP setzt sich für die **Schaffung einer Rechtsgrundlage zur anonymen Geburt** ein, da das Personenstandsgesetz Personen, die von der Geburt eines Kindes wissen, beziehungsweise an der Entbindung beteiligt sind, der Anzeigepflicht gegenüber dem Standesamt unterwirft. Damit soll verhindert werden, dass Kinder aufgrund einer Notlage der Mütter ausgesetzt oder getötet werden. Dabei kann auch die „Babyklappe“ hilfreich sein.

Die FDP setzt sich für eine freie und **selbstverantwortliche Lebensgestaltung von Frauen und Männern** ein. Wir schaffen hierzu die Rahmenbedingungen. Der **Grundsatz der Geschlechtergleichstellung** ist uneingeschränkt umzusetzen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist Voraussetzung für eine selbstverantwortliche Lebensgestaltung. Die Lebensplanung der Frau wird immer noch durch die oftmals unfreiwillige Entscheidung zwischen Familie und Beruf eingeschränkt. Es sind daher nach wie vor eher Mütter, die die Elternzeit in Anspruch nehmen. Erfreulicherweise besteht der Wunsch nach Elternzeit auch vermehrt bei den Vätern. Nur wird diesem Wunsch in vielen Unternehmen mit Unverständnis begegnet. **Kinder brauchen jedoch beide Elternteile gleichermaßen**. Die FDP fordert einen bedarfsgerechten Ausbau qualitativ hochwertiger Betreuungsangebote für Kinder ab dem ersten Lebensjahr und die Schaffung von flexiblen Arbeitszeitmodellen. Damit können die Beschäftigungsfähigkeit und der schnelle Wiedereinstieg ins Berufsleben für junge Eltern sichergestellt werden.

Noch immer erhalten Frauen im Gegensatz zu Männern bei gleicher Arbeit deutlich weniger Lohn. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Frauen und Männer für gleiche Arbeit am gleichen Ort gleich bezahlt werden. Teilzeitleösungen auch für Führungskräfte sollten möglich werden, um sie nicht automatisch vom beruflichen Aufstieg auszuschließen. In Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Leben sind Frauen nach wie vor unterrepräsentiert. Um leistungsbereite und engagierte Frauen auf ihrem Berufsweg zu unterstützen, gilt es, erfolgreiche Instrumente wie das „Mentoring“ bereitzustellen.

Toleranz und Respekt - nicht per Gesetz erzwingbar

1 Die FDP will mehr als Antidiskriminierungsgesetzgebung. Wir wollen eine neue **Kultur der**
2 **Vielfalt** in der Gesellschaft. Wir begrüßen daher betriebliche „Diversity-Strategien“, die
3 Unterschiede zwischen Arbeitnehmern als innovations- und kreativitätsfördernd schätzen.
4 Vielfalt wert zu schätzen heißt allerdings nicht, alle Menschen einfach gleich zu behandeln.
5 Gleichmacherei wird den unterschiedlichen Talenten und Bedürfnissen der Individuen in
6 keiner Weise gerecht, sondern verhindert die gezielte bedarfsgenaue Förderung.

7
8 Die FDP will eine Stiftung auf den Weg bringen, die die **homosexuelle Bürger- und Men-**
9 **schenrechtsarbeit** sowie die interdisziplinäre Forschung über Homosexualität und Ge-
10 schlechterfragen fördert. Zudem wird sich liberale Außen- und Menschenrechtspolitik
11 nachdrücklicher für die Situation von Lesben und Schwulen in der Welt engagieren. Das in
12 weiten Teilen verfassungswidrige Transsexuellengesetz muss dringend grundlegend refor-
13 miert werden.

14
15 **Deutschland ist ein Einwanderungsland.** Liberale sehen das Zusammenleben verschiede-
16 ner Kulturen als **Chance und Bereicherung** an. Die FDP plädiert für eine **rationale Integrati-**
17 **onspolitik**, die Integrationsprobleme nicht verschweigt. Deutschland hat Nachholbedarf in
18 der Integrationspolitik. Die FDP will die individuelle, auch nachholende Integration. Die
19 Steuerung der Zuwanderung durch die Einführung eines Punktesystems ist überfällig. Das
20 Auswahlverfahren zielt in erster Linie auf hoch qualifizierte Arbeitnehmer verschiedenster
21 Berufe, von denen ein Beitrag zur wirtschaftlichen Fortentwicklung unseres Landes zu er-
22 warten ist. Aber auch Fachkräfte aus anderen Kategorien sollten unter zusätzlichen Vor-
23 aussetzungen eine Chance auf Zuwanderung haben, wenn der Arbeitsmarkt dies speziell
24 erfordert.

25
26 Die FDP steht für eine **humanitäre Zuwanderungspolitik** auf Grundlage des internationalen
27 Flüchtlingsrechts. Die Zusammenarbeit im Einwanderungs- und Asylbereich auf EU-Ebene
28 darf nicht zu einem Absenken auf das niedrigste Niveau führen.

29
30 Jeder Zuwanderer ist in erster Linie selbst gefordert, für sich und seine Familie Verantwor-
31 tung zu übernehmen. Unverzichtbare Voraussetzung sind vor allem das Beherrschen der
32 deutschen Sprache, Kenntnis und Achtung unserer Verfassung und deren Grundwerte so-
33 wie die Bereitschaft zur Integration auf beiden Seiten. Der beste Weg zur Integration ist,
34 wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen. Jeder Mensch, der rechtmäßig oder geduldet
35 in Deutschland lebt, soll das Recht haben, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

36
37 Um die **sprachliche Integration** qualitativ nachhaltig zu verbessern, sind die **Integrations-**
38 **kurse** stärker nach Zielgruppen und Vorkenntnissen zu differenzieren und zu erweitern.
39 **Insbesondere für Frauen** sind nachholende Integrationsangebote zu machen. Wir brauchen
40 mehr interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung und in den Gesundheitsberufen.

41 42 **Seniorenpolitik neu denken – den demographischen Wandel meistern**

43 Die FDP legt als einzige Partei einen schlüssigen Ansatz für die Bewältigung des demogra-
44 phischen Wandels vor. Nach liberaler Überzeugung lassen sich die vielfältigen Folgeprob-
45 leme der demographischen Entwicklung am besten durch **Einbeziehung der älteren Gene-**
46 **ration** lösen, durch Mitsprache und Mitarbeit. Ältere Menschen sollten so lange aktiv sein,
47 wie sie selber wollen.

1 Die überwiegende Mehrheit der Bürger ist bis ins hohe Alter körperlich und geistig fit. Ihre
2 Bereitschaft, sich zu engagieren und zu beteiligen möchte die FDP fördern und nutzen. Wir
3 können es uns nicht länger leisten, Kenntnisse, Kompetenz und Kreativität älterer Men-
4 schen brach liegen zu lassen. Die FDP fordert daher den Wegfall aller Altersgrenzen für
5 Arbeit, den Aufbau eines **Altersmanagements** in den Unternehmen (das heißt persönliches
6 Training und individuelle Förderung älterer Mitarbeiter), den Ausbau des lebenslangen Ler-
7 nens, stärkere Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sowie mehr **Angebote zur**
8 **gesellschaftlichen und politischen Mitwirkung** für die ältere Generation.

9
10 Die **Forschungsmittel für Gerontologie, Geriatrie und Alterspsychologie** sind so aufzusto-
11 cken, dass sie einem internationalen Vergleich standhalten.

12
13 Die FDP will eine selbstständige Lebensführung im Alter ermöglichen. Dazu gehört eine
14 barrierefreie Gestaltung der eigenen Wohnung ebenso wie altersgerechte Aufenthaltsquali-
15 tät im öffentlichen Raum. Die FDP unterstützt mit Nachdruck **neue quartiersbezogene**
16 **Wohnkonzepte** für generationenübergreifendes Zusammenleben und **Selbsthilfegruppen**.

17 **Menschen mit Behinderung die tatsächliche Teilhabe ermöglichen**

18
19 **Liberaler Politik will Menschen mit Behinderung eine tatsächliche Teilhabe am gesellschaft-**
20 **lichen Leben ermöglichen.** Wir fordern ein prinzipiell und flächendeckend trägerübergrei-
21 fendes persönliches Budget. So können hilfebedürftige Menschen statt der Sachleistung
22 eine Geldleistung in Anspruch nehmen. Sie sind Kunden und entscheiden, welcher Anbie-
23 ter oder welche Person die Hilfe erbringen soll. Dies stellt das **höchstmögliche Maß an**
24 **Selbstständigkeit und Eigenverantwortung** sicher. Liberale Sozialpolitik betont das Prinzip
25 der individuellen Hilfe.

26
27 Durch den demographischen Wandel wird der Anteil behinderter Menschen an der Ge-
28 samtbevölkerung weiter zunehmen. Unser vorrangiges Ziel ist deshalb die rechtzeitige und
29 zukunfts feste Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe. Die Lasten müssen zwischen
30 Bund, Ländern und Kommunen verteilt werden.

31
32 Die FDP setzt sich für integrative Konzepte in Kinderbetreuung, Schule und Freizeit- und
33 Bildungseinrichtungen ein, um das **Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung**
34 zu verbessern.

35
36 **Barrierefreiheit ist Grundvoraussetzung für eine tatsächliche Teilhabe.** Menschen mit Be-
37 hinderung müssen alle öffentlichen Gebäude, Verkehrsmittel und Kommunikationseinrich-
38 tungen weitgehend unabhängig von fremder Hilfe benutzen können. Grundlage für die
39 Möglichkeit, zu arbeiten, können neben beruflichen Fördermaßnahmen nur die konsequen-
40 te Vorhaltung von Rehabilitationsinfrastrukturen sowie der Ausbau spezieller Beschäfti-
41 gungsgesellschaften sein. Soweit behinderte Menschen erwerbsfähig sind, sind sie in den
42 allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren. Die FDP sieht dabei vor allem die Integrations-
43 fachdienste in der Pflicht, ihre Personalstrukturen dahingehend zu qualifizieren, dass sie
44 ihre Instrumente zur beruflichen Eingliederung voll ausschöpfen.

45 **Staat und Gesellschaft: Mehr Freiheit wagen**

46
47 Demokratie lebt von der Teilhabe der Bürger am Geschehen in Gesellschaft und Staat. Die
48 FDP will mehr Freiheit wagen, indem **mehr Menschen an der Gestaltung des Gemeinwe-**
49 **sens mitwirken können.** Dazu gehört eine Stärkung der demokratischen Entscheidungs-

1 prozesse durch mehr Transparenz und mehr Bürgerbeteiligung. Notwendig dafür ist eine
2 bessere Zuordnung von politischen Prozessen, wer für welche politische Entscheidung auf
3 welcher Ebene verantwortlich ist. Und durch **mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten** wer-
4 den Wege für mehr Demokratie eröffnet.

5
6 Im Rahmen eines zusammengewachsenen Europas ist eine verbesserte **Bürgerbeteiligung**
7 **künftig auch auf der europäischen Ebene** zu verwirklichen. Wir setzen uns daher für ein
8 kommunales Wahlrecht aller Migranten ein, die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmä-
9 ßig im Land aufhalten.

10
11 Die FDP bekennt sich zur repräsentativen Demokratie. Sie will diese aber um **Elemente der**
12 **direkten Demokratie** bereichern. Der Bürger muss sich vor allem in seinem unmittelbaren
13 Umfeld stärker an Entscheidungen beteiligen können. Deshalb setzen wir uns für **Bürger-**
14 **entscheide, Bürgerbegehren und Bürgerbefragungen auf Landes- und Bundesebene ein.**

15
16 Es sollten alle in einem Jahr stattfindenden Wahlen – ausgenommen Kommunalwahlen -
17 auf ein bis maximal zwei festzusetzende Wahltermine gebündelt werden. Diese Bündelung
18 wird den Dauerwahlkampf beenden und auch wieder zu wachsender Wahlbeteiligung füh-
19 ren.

20
21 Eine **Neuorganisation der Bund-Länder-Finanzbeziehungen** ist notwendig. Im Vordergrund
22 stehen daher eine Reform des Bund-Länder-Finanzausgleichs, der Ausbau der Finanzauto-
23 nomie der Länder und eine Belebung des Wettbewerbs zwischen ihnen.

24
25 **Für Liberale ist bürgerschaftliches Engagement Ausdruck einer lebendigen Bürgerkultur.**
26 Bürgerschaftliches Engagement braucht den ermöglichenden, nicht den gewährenden
27 Staat. Ziel der FDP ist die Schaffung von Freiräumen für bürgerschaftliche Organisationen.
28 Hürden, wie die verschuldensunabhängige Haftung ehrenamtlich tätiger Vereinsvorstände,
29 sind abzubauen. Die FDP will neue innovative Ansätze des bürgerschaftlichen Engage-
30 ments fördern. Hierzu gehört eine das Engagement unterstützende Infrastruktur wie Frei-
31 willigenagenturen und Seniorenbüros.

32 33 **Kultur von allen**

34 **Kunst und Kultur sind die Grundlagen in der Gesellschaft** für die Verständigung unterein-
35 ander und die Quelle von Identität und Kreativität. Kunst und Kultur spiegeln den Zustand
36 einer Gesellschaft wider und treiben deren Entwicklung voran. Ohne Kunst und Kultur wäre
37 unsere Gesellschaft nicht kreativ, unsere Bildung technokratisch und unsere Wirtschaft
38 nicht innovativ. Kunst und Kultur entscheiden wesentlich über die Anpassungsfähigkeit
39 einer Gesellschaft.

40
41 Liberale Kulturpolitik steht unter dem **Leitgedanken „Kultur von allen“**. Der Bürger als Kul-
42 turschaffender, Kulturnutzer und Kulturförderer steht im Mittelpunkt liberaler Kulturpolitik.
43 Zudem muss Kulturpolitik Anreize zu stärkerem privaten Engagement schaffen. Zugleich
44 bekennt sich die FDP zur öffentlichen Kulturförderung. Die FDP wirbt für die Verankerung
45 des Staatsziels Kultur im Grundgesetz. **Kulturelle Bildung ermöglicht gesellschaftliche Teil-**
46 **habe** und persönliche Entfaltung. Ihre Förderung mit einem niedrighschwelligem Zugang ist
47 daher eine Verpflichtung des Staates und muss verstärkt werden.

1 Träger der Kultur sind in hohem Maße unzählige Vereine und Initiativen, die weitgehend auf
2 ehrenamtlicher Tätigkeit beruhen. Das Gemeinnützigkeitsrecht ist so umzugestalten, dass
3 nicht der gewährende, sondern der ermöglichende Staat zum Prinzip wird. Im Steuer- und
4 Haftungsrecht darf ehrenamtliche Arbeit nicht erschwert werden. Für Liberale sind ehren-
5 amtlich tätige Bürgerinnen und Bürger die Grundlage einer freien Bürgergesellschaft.

6
7 Die **Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine wichtige Zukunftsbranche**. Die FDP setzt sich für
8 Kredit- und Wagniskapitalinstrumente ein, die die spezifische Situation der Kultur- und
9 Kreativwirtschaft bei den Förderbedingungen berücksichtigt. Der Film ist sowohl Wirt-
10 schaft- als auch Kulturgut. Die FDP setzt sich für eine Stärkung der Filmwirtschaft am
11 Standort Deutschland ein. Die Instrumente der Filmförderung müssen auf ihre Eignung
12 überprüft werden, den deutschen Film international wettbewerbsfähig zu machen.

13
14 Die **Hauptstadtkulturförderung** des Bundes ist auf eine klare gesetzliche Grundlage zu stel-
15 len. Ein starkes Engagement des Bundes ist unverzichtbar. Dies muss jedoch nach trans-
16 parenten Kriterien erfolgen und darf nicht zu einer Vernachlässigung der Kulturförderung in
17 den übrigen Bundesländern führen.

18
19 Staat und Museen müssen die Provenienzforschung verstärken. Die Verfahren zur Ermitt-
20 lung und etwaigen Rückgabe von NS-Raubkunst bedürfen einer Professionalisierung nach
21 internationalen Vorbildern. Wir wollen zudem die Rückgabe kriegsbedingt verschleppter
22 Kulturgüter vorantreiben.

23
24 Die Terrorherrschaft der Nationalsozialisten von 1933 bis 1945 ist eine in jeder Hinsicht
25 nie da gewesene Katastrophe der deutschen Geschichte. Das Gedenken an und die Aufklä-
26 rung über die unvorstellbaren Gräueltaten des **Nationalsozialismus** gilt es unvermindert
27 und mit Nachdruck zu bewahren. Bei der **Aufarbeitung der deutsch-deutschen Geschichte**
28 gibt es großen Nachholbedarf. Für die Zukunft unseres demokratischen Staats ist es wich-
29 tig, gerade der jungen Generation über Schulen und Kulturprojekte die Ursachen und Fol-
30 gen von Unfreiheit und Misswirtschaft zu vermitteln – in allen Bundesländern. Das Erinnern
31 an die ermordeten Gegner des kommunistischen Regimes soll in die politische Bildung
32 einbezogen werden. Die authentischen Stätten des SED-Unrechts sind zu erschließen und
33 zu erhalten.

34 **Neue Medien - Chancen für mehr Freiheit verantwortlich nutzen**

35
36 Die FDP setzt sich für die Modernisierung des **Telemedienrechts** ein. Dieses muss Zustän-
37 digkeiten genauso wie Haftungsfreistellungen auf den verschiedenen Ebenen der Anbieter
38 und der Nutzer klar definieren und zuordnen. Das Internet ist ein freies Medium. Es muss
39 vor zu starker staatlicher Regulierung und übermäßiger Überwachung geschützt werden.
40 Internetdiensteanbieter dürfen nicht mit überzogenen Überwachungspflichten belegt wer-
41 den. Die Presse- und Meinungsfreiheit einer vernetzten Wissensgesellschaft muss auch im
42 Internet gewahrt werden. Kinder und Jugendliche müssen aber vor für sie ungeeigneten
43 Inhalten in den Medien geschützt werden. Erwachsenen darf der Zugang zu strafrechtlich
44 unbedenklichen Inhalten dabei allerdings nicht verwehrt werden. Zensur darf auch im In-
45 ternet nicht stattfinden. Diese Prinzipien müssen in einem modernen **Jugendmedienschutz-**
46 **recht** verankert werden. Vielen unerwünschten Effekten des Internets kann nicht im Inter-
47 net selbst entgegengewirkt werden, jedoch zu Hause am PC. Die FDP setzt auf Filtern zu
48 Hause statt Sperren durch den Staat. Mit der FDP wird es keine aktionistischen Verbote

1 oder staatliche Zensur im Internet geben. Die so genannte Online-Durchsuchung lehnt die
2 FDP strikt ab.

3
4 Die FDP will mehr Wettbewerb bei den Infrastrukturen der Telekommunikation und den
5 **flächendeckenden Zugang zu Breitband-Internet**. Staatliche Regulierung muss dabei stets
6 der Förderung des Wettbewerbs dienen, denn Wettbewerb ist Grundlage für Investitionen
7 und Innovationen bei Infrastrukturen und Diensten. Der Zugang zu regulierten Netzen
8 muss für alle Marktteilnehmer offen und transparent gestaltet werden. Die FDP spricht
9 sich darüber hinaus gegen gesetzliche Universaldienstverpflichtungen bei der Breitband-
10 versorgung aus. Durch verbesserte Information über die vielfältigen Zugangstechnologien
11 sowie Kooperationen zwischen Unternehmen und Gebietskörperschaften lassen sich die
12 Lücken bei der Breitbandversorgung in Deutschland schließen. Die Digitalisierung ermög-
13 licht eine höhere Angebotsvielfalt bei Inhalten und Übertragungswegen. Die FDP tritt dafür
14 ein, flexibel mit freiwerdenden Kapazitäten etwa im Bereich der Rundfunkfrequenzen um-
15 zugehen. Solche Übertragungskapazitäten sollten zum Beispiel auch für die Versorgung
16 ländlicher Regionen mit Internetzugängen genutzt werden können.

17
18 Die FDP setzt sich dafür ein, dass in Deutschland in eine **leistungsfähige IT-Infrastruktur**
19 investiert wird. Wir fördern neue Technologien und schaffen wettbewerblich zukunftsfähige
20 Strukturen. Die FDP schafft die Rahmenbedingungen, dass der Arbeitskräftebedarf an
21 hochqualifizierten IT-Spezialisten sichergestellt wird. **Deutschland muss zum europäischen**
22 **Vorreiter in Sachen Internetkompetenz werden**. Die Verwirklichung der Internetrepublik
23 Deutschland bleibt eine wesentliche Herausforderung.

24
25 Die FDP setzt sich für eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein.
26 Dazu muss sein Auftrag im digitalen Medienzeitalter im Rundfunkstaatsvertrag präzisiert
27 werden. Die überholte gerätebezogene Rundfunkgebühr ist durch eine allgemeine und
28 pauschale Medienabgabe zu ersetzen, die von jedem erwachsenen Bürger mit eigenem
29 Einkommen gezahlt wird. **Die GEZ wird abgeschafft**. Auf Werbung sollte zu Gunsten der
30 Programmqualität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verzichtet werden.

31
32 Die FDP hält die Aufsicht durch die Rundfunkräte für unzureichend und fordert das Ende
33 der zersplitterten Medienaufsicht. Stattdessen setzt sie sich für die Schaffung einer ein-
34 heitlichen unabhängigen Bund-Länder-Institution zur Aufsicht und Regulierung von (öffent-
35 lich-rechtlichem und privatem) Rundfunk, Medien und Telekommunikation ein.

36
37 Die FDP ist **gegen wirtschaftliche Beteiligungen von Parteien an Rundfunksender**, Zei-
38 tungsverlagen und anderen meinungsbildenden Medienunternehmen. Zumindest müssen
39 unmittelbare Einflussnahme ausgeschlossen und die transparente Kennzeichnung von Par-
40 teienbeteiligungen vorgeschrieben werden.

41 42 **Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht einschränken**

43 Die Freiheit, einen religiösen Glauben persönlich zu leben und öffentlich zu bekennen oder
44 dies nicht zu tun, gehört zu den Grundsätzen der Liberalen. **Toleranz und Respekt** vor der
45 Glaubensüberzeugung des Anderen gehören zu den wichtigsten Voraussetzungen für ein
46 gedeihliches und friedliches Miteinander in Staat und Gesellschaft.

47
48 Liberale bekennen sich zur weltanschaulichen Neutralität des Staates. Wir halten an dem
49 Kooperationsprinzip fest, nach dem Staat und Religionsgemeinschaften je eigenständig

1 und zugleich im Sinne des Gemeinwohles aufeinander bezogen sind. Die FDP setzt auf die
2 **Gleichbehandlung** der Religionsgemeinschaften durch den Staat. Entscheidend ist, dass
3 das Menschen- und Gesellschaftsbild der jeweiligen Religionsgemeinschaft die Werteord-
4 nung der Verfassung achtet.

5
6 Die **Kirchen und Religionsgemeinschaften** leisten einen positiven Beitrag zur Gestaltung
7 des Zusammenlebens in der Gesellschaft. Immer noch bestehende Vorurteile gilt es abzu-
8 bauen. Häufig bildet Unwissen den Nährboden für Vorurteile. Es ist Aufgabe der Länder, in
9 den jeweiligen Lehrplänen für Curricula zu sorgen, die Vorurteile gegenüber Religionen
10 abbauen, indem sie umfassend über diese informieren.

11
12 Im Hinblick auf die gewünschte Einbindung nichtkirchlicher Religionen sollen im Sinne der
13 Gleichbehandlung im Einvernehmen mit den betroffenen Religionsgemeinschaften rechtli-
14 che Regelungen gesucht werden.

15 16 **Die gesellschaftliche Bedeutung des Sports stärken**

17 **Deutschland ist eine große Sportnation.** Der Sport leistet nicht nur einen großen Beitrag
18 zur Gesundheit, sondern trägt auch wesentlich zur Integration in die Gesellschaft bei. **Ver-**
19 **eins-, Breiten- und Leistungssport** sowie Jugendarbeit bedürfen einer gezielten Förderung,
20 um Kindern und Jugendlichen Verständnis für ein gesundes Körperverhältnis und die Werte
21 des Fair Plays zu vermitteln. Seniorensport soll in seiner Bedeutung für die aktive Gestal-
22 tung des demographischen Wandels aufgewertet werden. Wir müssen das sportliche Eh-
23 renamt stärken. Ohne den **Einsatz der Freiwilligen** wäre vor allem die Arbeit in den kleinen
24 Vereinen nicht oder nur eingeschränkt möglich. Die FDP unterstützt ein stärkeres Enga-
25 gement von Frauen auf allen Ebenen des Sports.

26
27 Um die herausragende Bedeutung des Sports für die Gesellschaft zu unterstreichen und
28 ihn weiter zu fördern, fordert die FDP eine **Verankerung des Sports als Staatsziel im**
29 **Grundgesetz.** Die FDP begrüßt die positiven Entwicklungen im Bereich des Breiten- und
30 Leistungssports der Menschen mit Behinderung. Deutsche behinderte Sportler nehmen
31 erfolgreich an den Paralympics und den Special Olympics teil. Die FDP setzt sich dafür ein,
32 den Sport sowohl körperlich als auch geistig behinderter Menschen stärker zu fördern.

33
34 Sponsoringmaßnahmen sind für sportliche Großveranstaltungen, aber auch die Arbeit von
35 Vereinen, unabdingbar. Die FDP setzt sich dafür ein, dass **Sponsoren angemessene Rah-**
36 **menbedingungen in Deutschland vorfinden**, um den Sport und andere Gemeinwohlbelange
37 zu fördern. Dazu gehört auch eine Teilliberalisierung des Sportwettenmarktes, um die Fi-
38 nanzierung von Spitzen- und Breitensport langfristig zu sichern.

39
40 Die FDP setzt sich zudem dafür ein, dass **Sportstätten in ganz Deutschland modernisiert**
41 beziehungsweise ausgebaut werden.

42
43 **Doping** erschüttert die Glaubwürdigkeit des Sports. Die FDP setzt sich dafür ein, die For-
44 schung gezielt zu fördern: Moderne Dopingmethoden müssen frühzeitig erkannt und dem-
45 entsprechende, aktuelle Nachweisverfahren so früh wie möglich entwickelt werden. Dabei
46 darf nicht unverhältnismäßig in die Privatsphäre eingegriffen werden. Auch die **Präventi-**
47 **onsarbeit** muss gezielt ausgebaut werden – wir müssen den Nachwuchs so früh wie mög-
48 lich über die Gefahren des Dopings informieren und die ethischen Grundlagen des Sports
49 vermitteln.

4. Mehr Chancen durch Bildung, Forschung und Innovation

Faire Bildungschancen für alle sind der Schlüssel zur Freiheit, zur sozialen Teilhabe, zum persönlichen Glück und Wohlstand. Durch Bildung können sich alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen oder religiösen Herkunft eigene Wege zum Erfolg bahnen. Im Zeitalter der globalen Wissensgesellschaft hat sich die Bildung zur eigentlichen sozialen Frage für die Menschen entwickelt.

Eine liberale Gesellschaft fragt nicht danach, was die Eltern sind, sondern danach, was die Kinder können. Die fehlende Förderung im Elternhaus, die mangelnden Anregungen für Kinder und das unzureichende Bildungsumfeld sorgen oft dafür, dass sich Begabungen nicht entfalten können. Begabungen von Kindern aus bildungsfernen Schichten oder von Kindern mit Migrationshintergrund müssen besser als bisher gefördert werden.

Bildung ist Bürgerrecht. Wir brauchen ein gerechtes Bildungssystem, das jedem den bestmöglichen Abschluss nach Begabung und Leistung ermöglicht, unabhängig von der sozialen Herkunft. Wir brauchen ein intelligent organisiertes Bildungssystem, das sich flexibel den schnellen Veränderungen in unserer Arbeitswelt anpasst. Wir brauchen ein leistungsfähiges Bildungssystem, das auf den Prinzipien von Chancengleichheit, Wettbewerb, Freiheit und Eigenverantwortung basiert. Wir brauchen ein flexibles Bildungssystem, das von den Fesseln der staatlichen Überregulierung und der Bürokratisierung befreit ist. Wir brauchen ein engagiertes Bildungssystem, das Initiativen und individuelles Engagement fördert. Wir brauchen ein besser finanziertes Bildungssystem. Gemessen an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind die öffentlichen Ausgaben für die Bildung in Deutschland zu gering.

Wir fordern daher eine **Initiative „Vorfahrt für Bildung“**. Bund, Länder, Kommunen und Wirtschaft müssen hierzu ihre Anstrengungen wesentlich erhöhen. Die FDP will möglichst schon bis 2010 das Ziel erreichen, verbindlich über zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Bildung und Forschung zu investieren. Wenigstens 7 Prozent des BIP sollen für Bildung und drei Prozent des BIP für Forschung und Technologie investiert werden.

Liberale vertreten einen **umfassenden Bildungsbegriff**. Bildung ist mehr als Faktenwissen, es ist auch die Fähigkeit, neue Bereiche erschließen und Wichtiges von Unwichtigem trennen zu können. Mathematisch-naturwissenschaftliche Bildung gehört dazu ebenso wie kulturelle und musische Bildung. Wir brauchen in Deutschland sowohl die Menschen, die unsere Gesellschaft philosophisch hinterfragen und neu begründen als auch diejenigen, die als Handwerker und Ingenieure praktische Lösungen anbieten. Der liberale Bildungsbegriff stellt den Menschen in seiner Vielfalt in den Mittelpunkt.

Frühkindliche Bildung – Basis jeder Biographie

Die Erziehung von Kindern ist in allererster Linie Aufgabe der Eltern. In einer Allianz von Familien- und Bildungspolitik gehören auch Kindertageseinrichtungen zum Fundament des Bildungssystems. Sie sollen Individualität, Kreativität und Selbständigkeit der Kinder fördern und die Voraussetzungen für den Schulbesuch schaffen. Die FDP fordert, dass jedes Kind als familienpolitische Leistung des Bundes einen **Bildungs- und Betreuungsgutschein ab dem ersten vollendeten Lebensjahr** erhält. Mit den Bildungsgutscheinen können die Eltern Bildungsangebote für ihre Kinder nutzen, wie zum Beispiel Krippen, Musikschulen oder Sportvereine.

1 Im vierten Lebensjahr müssen Kinder verpflichtend auf ihren **sprachlichen Entwicklungs-**
2 **stand geprüft** werden. Kinder mit Defiziten sollten dann intensiv und – im Vorgriff auf die
3 Schulpflicht – verbindlich gefördert werden, z. B. im Rahmen der Start-Klasse. Ab dem
4 fünften Lebensjahr wollen wir eine **verbindliche Schulvorbereitung**, in der Begabungen ge-
5 fördert und Defizite systematisch behoben werden.

6
7 **Bundesweit vergleichbare Qualitätsstandards** im Bereich der vorschulischen Bildung hel-
8 fen, die Arbeit in den Einrichtungen der vorschulischen Bildung weiter zu verbessern. Kitas
9 soll die Möglichkeit gegeben werden, mit einem nach externer Evaluation vergebenen Gü-
10 tesiegel um Eltern zu werben. Zur Förderung von Talenten und zur Behebung von Defiziten
11 in der Entwicklung der Kinder ist der Einsatz von **entwicklungsdiagnostischen Instrumen-**
12 **ten wie Tests und systematisierten Beobachtungen** erforderlich.

13
14 **Kindertageseinrichtungen und Grundschulen müssen besser kooperieren**, um einen naht-
15 losen Übergang zu gewährleisten. Dazu leisten gemeinsame Fortbildungen, Elternabende,
16 wechselseitige Hospitationen und Übergabegespräche bei der Einschulung einen Beitrag.
17 Die FDP fordert, dass sich Kindertagesstätten zu „**Familienzentren**“ weiterentwickeln und
18 in Kooperation mit anderen Institutionen neue Angebote wie zum Beispiel Sprachförderung
19 für die Eltern schaffen. Die FDP steht für eine **Vielfalt von Trägern** der freien Wohlfahrts-
20 pflege, Kirchen, Elterninitiativen, Kommunen und privat-gewerblichen Anbietern.

21
22 Um die Qualität in der frühkindlichen Bildung zu sichern, ist eine **Fortbildungsoffensive für**
23 **Erzieherinnen und Erzieher** unverzichtbar. Für mehr männliche Erzieher ist zu werben. Zu-
24 dem sollte zukünftig eine **Hochschulausbildung** oder eine entsprechend gleichwertige Qua-
25 lifikation zumindest für die Leitung der Bildungseinrichtung Voraussetzung sein.

26 27 **Mehr Freiheit für die Bildungseinrichtungen vor Ort**

28 Kita und Schule müssen über die Zusammensetzung des Personals und ihr Profil zur Errei-
29 chung der vorgegebenen Bildungsziele selbst entscheiden können. Sie müssen, unabhän-
30 gig davon, ob es sich um eine staatliche oder um eine Einrichtung in freier Trägerschaft
31 handelt, über ein **eigenverantwortliches Budget** verfügen. Die Höhe des Budgets richtet
32 sich nach der Anzahl der Schüler und ihren Förderbedürfnissen.

33
34 **Schulen in freier Trägerschaft** sind selbstverständlicher Teil des Bildungswesens und gehö-
35 ren zum Wettbewerb. Sie dürfen nicht diskriminiert und müssen gleichberechtigt mitfinan-
36 ziert werden. Das **Schulangebot** vor Ort muss hinreichend differenziert, leistungsfähig, be-
37 gabungsorientiert und so wohnortnah wie möglich gestaltet werden. Dafür fordert die FDP
38 die **Abschaffung der Schuleinzugsbereiche**. Nicht der Wohnort ist für die Wahl der Kita
39 oder Schule entscheidend, sondern allein der Eltern- und Schülerwunsch.

40
41 **Bildungsstandards**, definiert von unabhängigen Sachverständigen, ermöglichen gleiche
42 Bildungschancen über Ländergrenzen hinweg. Die jeweiligen Ergebnisse der öffentlichen
43 Bildungseinrichtungen werden extern evaluiert und der Öffentlichkeit präsentiert. Freie
44 Träger können an dieser Evaluation auf freiwilliger Basis teilnehmen.

45
46 **Lehrer spielen für unsere Gesellschaft eine zentrale Rolle**. Sie haben eine große Verant-
47 wortung. Sie sollen ihre Kräfte in erster Linie für eine optimale Lehre und Erziehung einset-
48 zen können und nicht mit überflüssigen Verwaltungsaufgaben belastet werden. Der Leh-
49 rerberuf benötigt endlich die gesellschaftliche Anerkennung, die er in anderen Ländern

1 genießt. Die Lehrerarbeitszeit muss neu definiert werden, damit sie sich zukünftig nicht
2 nur an Unterrichtszeiten orientiert. Die **Einführung von Präsenzzeiten**, insbesondere bei
3 Ganztagschulen, ist Voraussetzung für einen rhythmisierten Schulalltag und ermöglicht
4 gleichzeitig mehr Flexibilität und eine bessere Kommunikation zwischen Schule, Schülern
5 und Eltern. **Schulleiter** müssen mehr in Richtung **Schulverwaltungsmanagement** hin qualifi-
6 ziert werden. Die FDP ist gegen die Regel-Verbeamtung bei Neueinstellungen von Lehrern.

7
8 Wir fordern die **Aufwertung des Lehrerberufs** durch bundesweit gleichwertig hohe Ausbil-
9 dungsstandards und die gegenseitige Anerkennung des Lehrerberufs durch die Länder. Die
10 **Qualität der Lehrerfortbildung** muss deutlich verbessert werden. Dazu sind verstärkt auf
11 den Erkenntnissen der Bildungsforschung beruhende, direkt im Unterricht umsetzbare
12 didaktische Konzepte zu vermitteln. Darüber hinaus soll es Lehrern spätestens alle 10 Jah-
13 re ermöglicht werden, sich im Rahmen eines Fortbildungssemesters ein halbes Jahr in den
14 Ausbildungszentren der Hochschulen fortzubilden. In der Lehrerausbildung muss frühzeitig
15 festgestellt werden, ob Lehramtsstudenten die erforderliche soziale Kompetenz für den
16 Umgang mit Kindern und Jugendlichen mitbringen. Die Einführung von leistungsbezogenen
17 Gehaltskomponenten muss auch beim Lehrerberuf forciert werden.

18
19 **Nur ein durchlässiges Bildungssystem sichert faire Aufstiegschancen.** Schulempfehlungen
20 dürfen keinen unumkehrbaren Bildungsweg mehr zementieren. Auch zwischen den einzel-
21 nen Bildungsstationen muss die Durchlässigkeit erhöht werden. Übergänge sollen besser
22 koordiniert werden. Schulen und Kitas, aber auch die einzelnen Schulen untereinander,
23 sollten in einem Netzwerk miteinander kooperieren. Dies kann in autonomer Regie der
24 Bildungseinrichtungen vor Ort geschehen.

25
26 In der **Sonderpädagogik** gilt für die FDP der **Grundsatz „Integration vor Sonderbeschu-**
27 **lung“**. Es ist das Ziel liberaler Bildungspolitik, mehr Gemeinsamkeiten beim Leben und Ler-
28 nen von behinderten und nicht behinderten Schülern in allen Schulformen zu suchen und
29 zu fördern sowie verbindlich **integrative Konzepte** individueller Förderung in den allge-
30 meinbildenden Schulen vorzulegen. Übergänge und Rückschulungen sollen zu jedem Zeit-
31 punkt möglich sein. Daneben ist die Beschulung in speziellen Förderschulen jedoch dort
32 beizubehalten, wo dies zum Wohle der Kinder notwendig ist. Förderschulen sollen dabei in
33 einem Netzwerk enge Kontakte mit ihrem Umfeld und den Regelschulen pflegen. Die FDP
34 will den Ausbau von Regel- und Förderschulen unter einem Dach und die Einrichtung von
35 Förderschulklassen an der Regelschule forcieren, da die Vorteile beider Fördervarianten
36 hier am besten verwirklicht werden können.

37
38 Die FDP will bessere Rahmenbedingungen für die **Hochbegabtenförderung**. Es mangelt in
39 Deutschland immer noch an ausgebildetem Personal, um Hochbegabung bei Kindern fest-
40 stellen und fördern zu können. Daher müssen **Bildungsstandards im Bereich der Begabten-**
41 **förderung** entwickelt und umgesetzt werden. Die Diagnostikkenntnisse bei Pädagogen
42 müssen durch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen verbessert werden.

43
44 **Auch die Fortbildung von beruflich Qualifizierten ohne Abitur an Hochschulen muss ver-**
45 **stärkt werden**, da zurzeit nur ein Prozent der Studierenden über die berufliche Fortbildung
46 an die Hochschulen kommen. Weiterqualifikation, z. B. von Meistern in Bachelor-
47 Studiengängen, wird angesichts immer höherer Berufsanforderungen ein wichtiges Bil-
48 dungsfeld werden. Das Studium von beruflich Qualifizierten ist aber nicht ohne weiteres
49 mit dem von Abiturienten vergleichbar. Menschen, die aus dem Beruf kommen, sind meist
50 älter, stehen oft bereits in der Familienphase und wollen neben dem Beruf studieren. Es

1 müssen Anreize für Hochschulen geschaffen werden, den **Anteil beruflich Qualifizierter zu**
2 **erhöhen**. Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands wird zudem durch den prognostizierten
3 Fachkräftemangel in Frage gestellt. Experten gehen davon aus, dass auch durch kompen-
4 satorische Maßnahmen, wie durch eine gesteuerte Einwanderungspolitik, der künftige Be-
5 darf nicht zufriedenstellend gedeckt werden kann.

6 7 **Berufliche Bildung- lebensbegleitendes Lernen stärken**

8 **Die berufliche Bildung stellt ein zentrales Element der Innovationsfähigkeit eines Staates**
9 **dar**. Nur wenn junge Menschen eine qualitativ gute Ausbildung haben, werden sie dauer-
10 haft im Arbeitsleben bestehen können. **Das duale Ausbildungssystem** hat sich in Deutsch-
11 land seit Jahrzehnten bewährt. Eine der wichtigsten Stärken besteht in der Verankerung
12 der beruflichen Ausbildung in den Betrieben. Hier ist ein enges Zusammenwirken von
13 Schule und Betrieben notwendig. Die **berufliche Weiterbildung** als lebensbegleitendes Ler-
14 nen ist eine starke Säule des Bildungssystems. Förderangebote für Schulabgänger im
15 Übergang in eine berufliche Ausbildung müssen in enger Abstimmung mit dem Berufsaus-
16 bildungssystem erfolgen. Ziel dieser Fördermaßnahmen muss die Einmündung in eine be-
17 rufliche Ausbildung sein und darf nicht zu einer „Maßnahmenkarriere“ führen.

18
19 **Ausbildungsgänge müssen flexibler und modular aufgebaut werden**. Dabei sollen in so
20 genannten „Grundmodulen“ berufsfeldbreite Kompetenzen, die mehreren Berufen gemein-
21 sam sind, erlernt werden. In den „Kernmodulen“ werden berufstypische Fertigkeiten und
22 Fähigkeiten erlernt, die dann auch die Abgrenzung der Berufe voneinander begründen.
23 Spezialmodule mit Wahlmöglichkeiten sollen branchentypische Geschäftsfelder fassen und
24 Spezialisierungen ermöglichen.

25
26 Berufsschulen bilden einen wichtigen Eckpfeiler der beruflichen Ausbildung. Die Ausbil-
27 dung soll in der Regel im Betrieb erfolgen. Dabei sind **überbetriebliche Ausbildungszentren**
28 eine Möglichkeit, um Ausbildungsinhalte zu vermitteln, die von kleinen, oft spezialisierten
29 Betrieben nicht abgedeckt werden können. Am Ende jeder Ausbildung muss eine **aner-**
30 **kannte Abschlussprüfung** stehen. Diese Prüfung soll weiterhin zentral bei den dafür zu-
31 ständigen Stellen bundeseinheitlich erfolgen.

32
33 Jugendliche mit mangelnder Ausbildungsreife müssen die Möglichkeit haben, sich durch
34 den Abschluss von zertifizierten **Ausbildungsmodulen** nachträglich zu qualifizieren. Höhere
35 Bildungsabschlüsse sind nach wie vor die beste Chance für einen erfolgreichen Beruf und
36 sozialen Aufstieg. Dieser Aufstieg muss für Leistungswillige und Leistungsfähige leichter
37 möglich werden.

38
39 Die **betriebliche Weiterbildung soll auch weiterhin staatlich gefördert werden**. Das Prinzip
40 des Vollberufs soll beibehalten werden. Dem stehen Modulausbildungsgänge für Qualifika-
41 tionen unterhalb des Vollberufs nicht entgegen. Die hochwertigen Kompetenzprofile des
42 Facharbeiters/Gesellen und Meisters sollen erhalten werden.

43 44 **Lebenslanges Lernen - Leitgedanke liberaler Bildungspolitik**

45 Wir brauchen ein Bildungssystem, das sich an den Lebensphasen eines Menschen ausricht-
46 tet und dafür spezifische Angebote entwickelt. Wir müssen die Chancen der frühkindlichen
47 Förderung konsequent nutzen, mit neuen Lernformen in der Schulzeit Ernst machen und
48 Potenziale der Älteren besser als bisher durch altersgerechte Weiterbildung erhalten.

1 **Neue Kooperationsformen zwischen Hochschulen, Erwachsenen- und Weiterbildungsein-**
2 **richtungen** sowie der Wirtschaft sollen die Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem
3 verbessern. Dazu gehört auch, die Studien- und Weiterbildungsmöglichkeiten von Berufstätigen an den Hochschulen zu verbessern. Die **Verbesserung der Qualität** aller Bildungseinrichtungen durch mehr individuelle Förderung, mehr Eigenständigkeit und Wettbewerb, vor allem aber durch eine bessere Ausstattung muss Priorität haben. Wir wollen einen **Bildungspakt der Generationen**, in dem sich Bürger mit Berufserfahrung, vor allem auch junge Menschen, freiwillig engagieren und Kindern und Jugendlichen helfen. Auch Unternehmen müssen verstärkt mit Schulen und anderen Einrichtungen in ihrer Region kooperieren. Die FDP strebt hierzu die Gründung einer **Deutschen Bundesstiftung Bildung** an. Die Erträge aus dem Stiftungsvermögen sollen für innovative Bildungsprojekte bereitgestellt werden.

13 **Qualität und Innovation durch Wettbewerb auch bei den Hochschulen**

14 Exzellente Forschungs- und Entwicklungsleistungen in allen Wissenschaftsbereichen sind
15 die Basis für die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Sie stärken die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und erlauben es uns, die Vorteile der Globalisierung zu nutzen. Dazu sind qualifizierte Fachkräfte in allen Disziplinen erforderlich, die das Hochschulsystem gegenwärtig nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stellen kann.

19 Ziel der FDP ist es, eine wissenschaftlich exzellente, wirtschaftlich leistungsfähige und qualitativ hochwertige Hochschullandschaft weiter auszubauen und dauerhaft abzusichern. **Ausgaben in diesem Bereich sind notwendige Investitionen in die Zukunft.** Darüber hinaus müssen Mittel und Wege gefunden werden, mehr privates Kapital für die Stärkung von Lehre und Forschung zu gewinnen.

25 Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und des internationalen Wettbewerbs um qualifizierte Arbeitskräfte benötigen wir eine größere Zahl von Hochschulabsolventen. Daneben ist die Eliteförderung an den Hochschulen wesentlich für die Zukunftschancen unseres Landes. Die FDP fordert eine Innovationsoffensive. Hochschulen müssen in die Lage versetzt werden, hohe, **wettbewerbsfähige Standards in der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und zur Abdeckung des Fachkräftemangels in allen Bereichen, zu realisieren**, international anerkannte Spitzenleistungen zu erbringen und den Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen zu verstärken.

34 Bei dem „**Hochschulpakt 2020**“ muss der zusätzliche Kapazitätsaufbau ausreichend finanziert werden, wobei die Grundpauschale um 25 Prozent angehoben werden soll. Die Exzellenzinitiative sollte auf der Grundlage der Erfahrungen mit den Verfahren und Ergebnissen aus der ersten Runde weitergeführt werden, wobei zukünftig die Lehre stärker als bisher zu berücksichtigen ist. Zudem wird ein vergleichbarer Wettbewerb für die angewandte Forschung und die Lehre an Fachhochschulen angestrebt. Ferner darf das Exzellenzkriterium nicht durch an regionalen Gesichtspunkten ausgerichtete Bundesförderprogramme konkurrenziert werden. Die **Fachhochschulkapazitäten sollen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft deutlich ausgebaut werden.**

44 **Unsere Hochschulen brauchen ein Höchstmaß an Autonomie, Gestaltungs- und Entfaltungsfreiheit**, damit sie schneller, besser und wettbewerbsfähiger werden. Die FDP fordert die **Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes** und die Verankerung der **Autonomie der Hochschulen im Grundgesetz**. Der Staat muss die Fachaufsicht aufgeben und sich aus der Detailsteuerung zurückziehen. Stattdessen sollen die Hochschulen auf der Grundlage kon-

1 kreter Ziel- und Leistungsvereinbarungen eigenverantwortlich ihre Strategie- und Entwick-
2 lungsplanung vornehmen. **Die FDP fordert eine leistungsorientierte Mittelvergabe**, verbun-
3 den mit Globalhaushalten und Budgetautonomie. Die Absicherung der so genannten Or-
4 chideenfächer kann über Ziel- und Leistungsvereinbarungen sowie länderübergreifende
5 Zentren sichergestellt werden.

6
7 Die **Hochschulen brauchen weitgehende Personalhoheit**, um das beste Personal gewinnen
8 zu können. Dazu gehört die Abschaffung der Regelverbeamtung sowie des Vergaberah-
9 mens, um wissenschaftsadäquate Vergütungsmodelle zu entwickeln, mit denen sie ihr Per-
10 sonal ohne sachfremde Deckelungen leistungsgerecht bezahlen und sich so international
11 behaupten können. Dies kann durch einen **eigenen Wissenschaftstarifvertrag** erfolgen, der
12 den besonderen Anforderungen des Forschungs- und Lehrbetriebs gerecht wird und von
13 den Anleihen aus dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) und dem Beamten-
14 recht befreit wird. Starre Altersgrenzen sind gerade in der Wissenschaft inakzeptabel.

15
16 Der Wechsel zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist zudem zu erleichtern. Dadurch
17 kann auch der **Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen**
18 sowie die systematische wirtschaftliche Verwertung der Forschungsergebnisse verstärkt
19 werden. Außerdem müssen den Hochschulen bei Unternehmens(aus-)gründungen und -
20 beteiligungen größere Handlungsfreiheiten eingeräumt werden.

21
22 Die Studierenden sollen sich ihre Hochschule aussuchen können und die Hochschulen ihre
23 Studierenden. Die ZVS wird abgeschafft. An ihrer Stelle können sich die Hochschulen auf
24 freiwilliger Basis der neugegründeten Stiftung als Clearingstelle nach internationalem
25 Standard bedienen.

26
27 Die **Sicherung der Qualität des Studienangebotes** soll durch anerkannte **Akkreditierungs-**
28 **agenturen** erfolgen. Das Akkreditierungsverfahren selbst soll durch die Weiterentwicklung
29 von der Programm- zur Systemakkreditierung vereinfacht und von übermäßigem Verwal-
30 tungsaufwand entlastet werden.

31
32 Deutschland kann es sich nicht leisten, das Potenzial **weiblichen Nachwuch**s nicht auszu-
33 schöpfen. Bereits in der Schule muss die Basis gelegt werden, indem verstärkt Mädchen
34 insbesondere für Naturwissenschaften interessiert und gewonnen werden. Wissenschaftle-
35 rinnen und Forscherinnen sollten in ihrer beruflichen Entwicklung spezifisch unterstützt
36 werden und die Barrieren, die sie bei einer weiteren Karriereplanung behindern, durch
37 konkrete Angebote abgebaut werden.

38
39 Die FDP will eine verstärkte **Internationalisierung der Lehre** erreichen, indem der Aus-
40 tausch von Studierenden und Lehrenden intensiviert wird, Studienleistungen an ausländi-
41 schen Hochschulen anerkannt werden und gemeinsame Studiengänge mit ausländischen
42 Hochschulen vermehrt zu einem doppelten Abschluss führen.

43
44 **Hochschulen brauchen finanzielle Planungssicherheit**. Die FDP fordert daher ein **Drei-**
45 **Säulen-Modell aus staatlicher Grundfinanzierung, Studienbeiträgen und Eigenvermögens-**
46 **aufbau**. Nach dem Prinzip „Geld folgt Student“ sollen im Bereich der Lehre mit Hilfe eines
47 Bildungsgutscheinsystems Hochschulen nach der Anzahl der Studierenden und Absolven-
48 ten finanziert werden. Im Gegenzug kann die bundeseinheitliche Kapazitätsverordnung
49 abgeschafft und durch Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen ersetzt
50 werden.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

Zur **Steigerung der Qualität der Lehre** soll im Wettbewerb um Studierende jede Hochschule selbst entscheiden, ob, in welcher Höhe und für welche Studiengänge sie **Studienbeiträge** erhebt. Diese Mittel müssen direkt und uneingeschränkt den Hochschulen zweckbezogen zur Verbesserung der Studienbedingungen und der Lehre zufließen, ohne dass die staatliche Finanzierung reduziert wird.

Drittmittel für Forschung und Lehre sind ein wesentliches Element des Wettbewerbs zwischen den Hochschulen und eine wichtige zusätzliche Finanzquelle. Die Hochschulen sollen zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Forschung und Lehre langfristig eigenes Vermögen bilden. **Stiftungsrecht, Erbrecht und Steuerrecht** sind so zu verändern, dass es für Privatpersonen und Unternehmen attraktiver wird als bisher, Hochschulen finanziell zu unterstützen. Das Hochschulsponsoring soll nicht durch bürokratische Hemmnisse behindert werden. Die Unternehmen sollen ermutigt werden, Stiftungsprofessuren zu vergeben. Drittmittel und Spenden dürfen nicht auf die Grundausrüstung angerechnet werden.

Niemand darf aus finanziellen Gründen an einem Studium gehindert werden. Deshalb muss jedem Studierenden gesetzlich ermöglicht werden, die Beiträge „nachlaufend“ zu bezahlen, das heißt, dass die effektive Zahlung erst nach dem Studium und nur bei Erzielung eines ausreichenden Einkommens erfolgt.

Jedem Studierenden soll die Möglichkeit einer **elternunabhängigen Finanzierung** der Lebenshaltungskosten durch Darlehen eröffnet werden. BAföG-Bezieher erhalten wie bei der bisherigen Förderung die Kredite zu vergünstigten Konditionen. Dabei ist die BAföG-Förderung mit den weiteren Kreditprogrammen zur Finanzierung von Studienbeiträgen und Lebenshaltungskosten (z. B. Programme von KfW und Landesbanken) zusammenzuführen. Eine solche Finanzierung aus einem Guss würde den vielen Studierenden, die bislang keinen Anspruch auf BAföG haben, das Studium erleichtern, den Zwang zur Arbeitsaufnahme verringern und damit die Studienzeiten verkürzen helfen und im Einzelfall eine soziale Absicherung gewährleisten.

Die FDP fordert den Aufbau eines Stipendiensystems auf international üblichem Niveau. Derzeit werden lediglich rund zwei Prozent der Studierenden durch ein Stipendium gefördert. Ziel ist, diesen Anteil auf mindestens 10 Prozent zu erhöhen. Ein von Bund und Ländern gemeinsam finanziertes Anreizsystem soll die Einwerbung privater Mittel zur Einrichtung von Stipendien durch die Hochschulen im Verhältnis 1:1 unterstützen. Die Stipendien sollen in Höhe von 300 Euro im Monat unbürokratisch, unabhängig vom Verdienst der Eltern und allein nach dem Kriterium der fachlichen Leistung vergeben werden. Die Kopplung der Einkommensgrenzen an die Einkommensgrenzen des BAFöG entfällt.

Angesichts der Vielzahl und der mangelnden Transparenz bei den verschiedenen Finanzierungs- und Unterstützungsmöglichkeiten im Studium benötigen wir eine **frühzeitige Finanzierungsberatung für Studierwillige** und Studierende, die möglichst noch vor Aufnahme des Studiums „maßgeschneiderte“ Finanzierungspläne unter Einbeziehung des gesamten Spektrums öffentlicher und privater Unterstützungsleistungen anbietet und zur Inanspruchnahme ermutigt, insbesondere, wenn sich dadurch der Studienverlauf begünstigen lässt.

Hochschulen in freier Trägerschaft müssen als gleichberechtigte Partner im Wettbewerb um die besten Köpfe etabliert werden. Wir streben an, Hochschulen in freier Trägerschaft

1 durch faire Wettbewerbsbedingungen einen erleichterten Markteintritt zu ermöglichen,
2 damit diese sich zu einem wichtigen Bestandteil des deutschen Hochschulsystems entwi-
3 ckeln können. Die FDP wird die Möglichkeit schaffen, staatliche Hochschulen in private
4 Formen zu überführen. Im Rahmen des Hochschulpaktes sollen auch die privaten Hoch-
5 schulen angemessen für zusätzlich geschaffene Studienanfänger honoriert werden. Ein
6 Bildungsgutscheinsystem soll auch für private Hochschulen geöffnet werden.

8 **Forschung und Entwicklung stärken**

9 Eine leistungsfähige und freie Forschung ist die Voraussetzung für eine innovationsfähige
10 Gesellschaft, in der neue, marktfähige Produkte entstehen und hochwertige Arbeitsplätze
11 geschaffen werden. In einer globalisierten Welt steht Deutschland im Wettbewerb um die
12 besten Köpfe, knappe finanzielle Ressourcen und die attraktivsten Rahmenbedingungen.

13
14 **Innovationen entstehen durch Verwertung von Forschungsergebnissen in Produkte**, neue
15 Technologien, Verfahren und Dienstleistungen. Nur durch Innovationen können wir unse-
16 ren Wohlstand und den sozialen Frieden dauerhaft sichern. Doch die Rahmenbedingungen
17 in Deutschland sind nicht optimal. Bürokratische Hindernisse, finanzielle Engpässe, ideolo-
18 gische Barrieren und tarifrechtliche Verkrustungen erschweren Forschern ihre Arbeit und
19 treiben Wissenschaftler in Länder, in denen sie besser und freier arbeiten können.
20 Deutschland braucht eine **Forschungsfreiheitsinitiative**. Hierzu zählt ein **modernes Zuwan-**
21 **derungs- und Aufenthaltsrecht** für ausländische Fachkräfte und Spitzenforscher und eine
22 **Lockerung der Altersgrenzen** für Wissenschaftler.

23
24 Um die Forscherflucht zu stoppen, muss der wissenschaftliche Nachwuchs, insbesondere
25 Frauen, besser gefördert werden. Dabei wird die interdisziplinäre Zusammenarbeit in Gra-
26 duiertenkollegs und Sonderforschungsbereichen an Bedeutung gewinnen. Zudem sind die
27 Förderung internationaler Promotionsprogramme und Juniorprofessuren wichtige Bauste-
28 ine bei der Qualifizierung von Nachwuchskräften.

29
30 Der **Pakt für Forschung und Innovation** des Bundes und der Länder mit den Forschungs-
31 gemeinschaften muss über 2010 hinaus gelten, wobei die jährliche Steigerung der öffentli-
32 chen Ausgaben für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen nicht nur 3 Prozent son-
33 dern 5 Prozent betragen sollte.

34
35 Die Forschungseinrichtungen müssen sich außerdem stärker im **Wettbewerb um Förder-**
36 **mittel** bewerben. Die zahlreichen Klein- und Nischenprogramme zur Forschungsförderung
37 müssen gebündelt werden. Der Bund als Fördermittelgeber sollte dabei vordringlich ein
38 bestimmtes Ziel vorgeben, nicht aber, mit welcher Technologie dieses Ziel zu erreichen ist.
39 Zum Wettbewerb gehört auch die **regelmäßige interne und externe Evaluation**. Ressortfor-
40 schungseinrichtungen des Bundes, die nach einer Bewertung schlecht abschneiden, müs-
41 sen ihr Profil verändern und ggf. geschlossen werden.

42
43 Beste Forschung braucht einen **effektiven Schutz geistigen Eigentums**. Patentrecht und
44 Urheberrecht müssen forschungsfreundlicher ausgestaltet werden. Patent-Scouts und In-
45 novationsberatungsgutscheine sind eine sinnvolle Ergänzung zu den bestehenden Bera-
46 tungsmöglichkeiten. Das Steuer- und Haushaltsrecht, das Ordnungs- und Gewerberecht,
47 das Baurecht, das öffentliche Vergaberecht und die Beantragung von Fördermitteln müs-
48 sen **transparenter, einfacher und anwendungsfreundlicher** werden. Die Kontrolle der Er-

1 gebnisse und die Evaluation gehören selbstverständlich zu einer seriösen Forschungs-
2 politik dazu.

3
4 **Die FDP fordert mehr Freiheit für die Staatlichen Forschungseinrichtungen** und setzt sich
5 für ein Wissenschaftsfreiheitsgesetz ein, welches den staatlichen außeruniversitären For-
6 schungseinrichtungen wie etwa den Max-Planck-Instituten, den Fraunhofer-Instituten oder
7 den Forschungszentren der Helmholtz- oder der Leibniz-Gemeinschaft die Verantwortung
8 für ihre Sach-, Personal- und Finanzangelegenheiten überträgt.

9
10 Sie sollen zudem eigenverantwortlich über **Kooperationen mit der Wirtschaft** entscheiden
11 können, so dass sie die Möglichkeit erhalten, sich an ausgegründeten Unternehmen so zu
12 beteiligen, wie es für sie wirtschaftlich vernünftig ist. Forschungseinrichtungen sollen Per-
13 sonal im Rahmen eines Globalbudgets eigenverantwortlich einstellen und bezahlen dürfen.
14 Obergrenzen, wie etwa der Vergaberahmen, die uns im Wettbewerb um die besten Köpfe
15 gegenüber anderen Forschungseinrichtungen und Hochschulen Fesseln anlegen, müssen
16 entfallen.

17
18 **Forschung in Deutschland muss besser finanziert werden.** Nach wie vor sind die Hoch-
19 schulen und die Forschungseinrichtungen in Deutschland unterfinanziert. Deshalb wollen
20 wir das Ziel, **mindestens drei Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung auszugeben**,
21 nicht nur quantitativ, sondern vor allem mit qualitativ hochwertiger Forschung so schnell
22 wie möglich erreichen und übertreffen. Hauptproblem für junge Forscher und Unterneh-
23 mensgründer ist der Mangel an Wagniskapital. Instrumente wie der High-Tech-
24 Gründerfonds haben noch nicht genügend Unterstützter aus der Wirtschaft. Wir wollen
25 Erleichterungen für Wagniskapitalgeber (Private-Equity-Gesetz) durchsetzen und das Stif-
26 tungsrecht vereinfachen. Wir brauchen eine Verbesserung der Einbeziehung des informel-
27 len Kapitalbeteiligungsmarktes der **Business Angels**, um die Finanzierungslücken in der
28 Frühphase von innovativen Unternehmen zu schließen.

29
30 Wir wollen den 2007 begonnenen Einstieg in die **Vollkostenfinanzierung** fortsetzen. Die so
31 genannte Overhead-Finanzierung soll von 20 Prozent auf 40 Prozent steigen. Die FDP be-
32 grüßt die **Forschungsprämie für Hochschulen und Forschungsinstitute, die mit Unterneh-**
33 **men zusammenarbeiten.** Sie muss mit einem unbürokratischen Antragsverfahren allen
34 Beteiligten zugänglich gemacht werden. Dieses Instrument allein ist aber nicht ausrei-
35 chend.

36
37 Nachteile für den Forschungsstandort Deutschland müssen endlich wieder beseitigt wer-
38 den. Die forschungsfeindlichen Hemmnisse der jetzigen **Unternehmensteuerreform** müs-
39 sen fallen. Investitionen in FuE dürfen in ihrer steuerlichen Abzugsfähigkeit nicht be-
40 schränkt werden. Die jetzigen Regelungen bei einer Funktionsverlagerung oder bei einem
41 Mantelkauf behindern Investitionen in Forschung. Andere Länder, allein in Europa sind es
42 15 Staaten, gehen den Weg einer **steuerlichen Förderung** von Forschung und Entwicklung.
43 Auch die deutsche Wirtschaft braucht eine wirksame steuerliche Forschungs- und Ent-
44 wicklungs-Förderung (FuE-Förderung). Hierzulande wäre eine steuerliche FuE-Förderung
45 besonders auch für KMU **effizient, flexibel und unbürokratisch.** Eine Stärkung der Innovati-
46 ons- und Investitionskraft der Unternehmen in Deutschland durch ein innovationsfreundli-
47 ches Steuersystem ist die nachhaltigste Form für ein Konjunkturprogramm.

48
49 **Freiheit für die Forschung – nein zu Ideologie und Bürokratie**

1 Forscher wollen forschen. Sie wollen nicht mit überbordender Bürokratie die Zeit vergeu-
2 den. Die FDP lehnt Denkblockaden und ideologische Fixierung auf bestimmte Technologien
3 ab. Fusionsforschung, kerntechnische Sicherheitsforschung, Stammzellforschung, grüne
4 Gentechnik, Biotechnologie und Nanotechnologie und Raumfahrtprojekte dürfen nicht
5 stigmatisiert, sondern müssen in wettbewerblichen Verfahren unter transparenten und
6 verantwortungsvollen Rahmenbedingungen gefördert werden.

7

8 Wir wollen, dass Deutschland dauerhaft einen Spitzenplatz in der weltweiten Forschungs-
9 landschaft belegt.

10

11

1 5. Mehr Lebensqualität durch mehr Freiheit

2
3 Im Interesse kommender Generationen braucht Politik eine Perspektive von Jahrzehnten,
4 nicht von Wahlperioden. Die FDP befürwortet deshalb **ressortübergreifende und indikato-**
5 **renbasierte Nachhaltigkeitsstrategien** auf nationaler sowie europäischer Ebene. Die Nach-
6 haltigkeitsstrategie muss institutionell abgesichert werden. Der Parlamentarische Beirat
7 für Nachhaltige Entwicklung soll ebenso wie der Rat für Nachhaltige Entwicklung und der
8 Staatssekretärsausschuss der Bundesregierung in der nächsten Wahlperiode weitergeführt
9 werden.

10
11 Die FDP unterstützt die **Verankerung der Interessen kommender Generationen im Grund-**
12 **gesetz:** in der Finanzverfassung und in den Staatszielbestimmungen. Beim Schutz der Inte-
13 ressen kommender Generationen will die FDP offizielle **Generationenbilanzen für Deutsch-**
14 **land.** In der Generationenbilanz werden Leistungen für nachfolgende Generationen – wie
15 Ausgaben für Bildung, Infrastruktur und soziale Sicherheit – ihren Belastungen durch
16 Staatsverschuldung, Pensionslasten und Verpflichtungen aus Generationenverträgen ge-
17 genübergestellt. In der Gesetzgebung ist jedes Gesetz einer Nachhaltigkeitsprüfung hin-
18 sichtlich ökologischer, ökonomischer und sozialer Folgen für kommende Generationen zu
19 überprüfen. Dabei ist für finanzielle Auswirkungen die Generationenbilanzierung zu Grunde
20 zu legen.

21 22 **Energie sicher und bezahlbar halten**

23 Deutschland braucht ein konsistentes Energiekonzept, das unsere Energieversorgung kli-
24 mafreundlich, sicher und bezahlbar macht. **Mobilität und Heizen darf kein Luxusgut sein.**
25 Steigende Preise sind in einer Marktwirtschaft bei steigenden Knappheiten unvermeidlich.
26 Aber: **Der Staat ist der größte Preistreiber** bei den Energiekosten. Wir fordern daher eine
27 spürbare Entlastung aller Bürger von hohen Energiekosten.

28
29 Die FDP fordert die **Absenkung des Umsatzsteuersatzes auf Energie** von 19 Prozent auf
30 sieben Prozent oder alternativ eine Senkung der so genannten Öko-Steuer. Die FDP spricht
31 sich für die **Senkung der Stromsteuer** mittels der Einnahmen aus, die der Staat in Zukunft
32 durch eine Versteigerung von CO₂-Emissionsrechten erzielt.

33
34 Wir wollen **Wettbewerb auf den Energiemärkten.** Dazu muss die heute auf nur vier Unter-
35 nehmen konzentrierte Herrschaft über die Energieerzeugung aufgebrochen werden. Das
36 Bundeskartellamt muss durch Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkun-
37 gen in die Lage versetzt werden, als ultima ratio marktbeherrschende Monopol- oder Oli-
38 gopolunternehmen aufzubrechen und zu entflechten.

39
40 Dazu gehört auch die **Förderung eines echten europäischen Binnenmarktes.** Nur so kön-
41 nen private Unternehmen in die Lage versetzt werden, **langfristige Gaslieferverträge mit**
42 **Exportländern außerhalb Russlands** abzuschließen und wichtige Infrastrukturprojekte, wie
43 z. B. die Nabucco-Pipeline oder den Ausbau von Flüssiggasterminals, voranzubringen. Die
44 FDP will solche europaweit wichtigen Projekte politisch unterstützen. Auch die Entwicklung
45 von Solidaritätsmechanismen im Rahmen der **Gasbevorratung** ist eine wesentliche Aufga-
46 be, die **nur auf europäischer Ebene gelöst werden kann.** Die FDP will mehr Wettbewerb auf
47 dem Gasmarkt und setzt sich dafür ein, die Gasmarktgebiete in Deutschland weiter zu re-

1 duzieren. Dies fördert neben dem Wettbewerb, was unmittelbar den Verbrauchern zugute
2 käme, auch die Liquidität des Marktes.

3
4 Durch die **Ölpreisbindung** bleibt der Gaspreis berechenbar und erfährt keine überraschen-
5 den Ausschläge nach oben oder unten. Sollte die Öl-/Gaspreisbindung fallen - könnte ein
6 Gaskartell entstehen. Mehr Wettbewerb verhindert ein durch dieses Gaskartell drohendes
7 absolutes Preisdiktat.

8
9 Die FDP will niedrigere Netzentgelte im Wege einer strikten **Kontrolle der Netzbetreiber** auf
10 Effizienzsteigerung und Versorgungsqualität im Betrieb der Netze erreichen. Im Bereich der
11 Stromübertragungsnetze könnten durch eine deutschlandweite Netz Aktiengesellschaft
12 bereits heute erhebliche Kosten in mehrstelliger Millionenhöhe eingespart werden.

13
14 Wir treten für den dringend erforderlichen **Ausbau der Energieinfrastruktur** ein. Ansonsten
15 setzt Deutschland seine Versorgungssicherheit aufs Spiel. Der Genehmigungsstau bei
16 Kraftwerken und Freileitungen muss daher schleunigst aufgelöst werden, damit die deut-
17 sche Energiewirtschaft in einen modernen und klimafreundlichen Kraftwerkspark in
18 Deutschland investiert und nicht im Ausland. Die FDP will die von den Energieversorgern
19 beabsichtigte Modernisierung und Ertüchtigung der Stromnetze gezielt durch verkürzte
20 Planfeststellungsverfahren ermöglichen. Das gesellschaftliche Akzeptanzproblem für sol-
21 che Projekte kann nur von Politik und Energiewirtschaft gemeinsam bewältigt werden.

22
23 Die deutschen Energiemärkte müssen stärker an die europäischen Energiemärkte ange-
24 bunden werden. Dazu ist es erforderlich, die Kapazitäten für Stromimporte aus der EU zu
25 erhöhen, um **grenzüberschreitenden Stromwettbewerb** zu Gunsten der Verbraucher zu
26 ermöglichen.

27
28 Bezugsquellen fossiler Rohstoffe sind breit zu streuen, um einseitige Abhängigkeiten von
29 einzelnen Lieferländern oder Energieträgern zu vermeiden. Erforderlich ist eine **strategisch**
30 **angelegte Energieaußenpolitik**. Für Deutschland als eine in hohem Umfang auf Energieim-
31 porte angewiesene führende Industrienation ist die verlässliche Versorgung mit Energie
32 von großer Bedeutung. Insbesondere im Rahmen der EU müssen die Mitgliedsstaaten an
33 einer Energiestrategie arbeiten, die neben der **Solidarität in Krisenfällen** insbesondere auch
34 ein **einheitliches Auftreten nach außen** sicherstellt. Stabilität, technische Standards und
35 marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen können im Zuge einer Zusammenarbeit mit den
36 Lieferländern exportiert werden und auf diesem Wege zu einer friedlicheren Welt beitra-
37 gen.

38 39 **Klima schützen durch globales und europäisches Handeln**

40 Klima- und Ressourcenschutz sind weltweit die herausragenden umweltpolitischen Heraus-
41 forderungen unseres Jahrhunderts. Sie begründen sich in der **Verantwortung gegenüber**
42 **kommenden Generationen** und der Vorsorge für eine langfristig tragfähige wirtschaftliche
43 und ökologische Entwicklung.

44
45 Die FDP begrüßt die **Beschlüsse des Europäischen Rates**, bis 2020 den Ausstoß der
46 Treibhausgase um 20 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, als ersten wichtigen Schritt.
47 Erforderlich ist aber eine Senkung um 30 Prozent in der EU bis 2020. Hierzu soll auch
48 Deutschland im Rahmen einer gerechten Lastenverteilung seinen Anteil erbringen. Ange-
49 sichts eines Anteils der EU von 16 Prozent der globalen Kohlendioxidemissionen helfen

1 Insellösungen aber nicht, wenn sie ausschließlich zu Produktionsverlagerungen führen. Wir
2 brauchen einen Entwicklungspfad für 2050 mit einer Reduzierung um 60 bis 80 Prozent in
3 den Industrieländern.

4
5 Die FDP setzt sich für verbindliche, ambitionierte und weltweite Klimaschutzziele im Rah-
6 men eines **Post-Kyoto-Abkommens** ein – unter Einschluss der USA, Chinas und Indiens.
7 Vorrangiges Ziel ist ein **globaler Kohlenstoffmarkt**.

8
9 Die FDP legt beim Klimaschutz ein hohes Gewicht auf den **Emissionshandel**. Er gewährleis-
10 tet einen wirksamen Umweltschutz zu den geringsten wirtschaftlichen Kosten. Er kann
11 zahlreiche Regulierungen, Subventionen und Umweltsteuern ersetzen. Beim Emissions-
12 handel begrenzt der Staat die Menge zulässiger Treibhausgase durch die Ausgabe von
13 Emissionsrechten, die dann auf dem Markt frei gehandelt werden. Die FDP will den Emissi-
14 onshandel über die bisherigen Bereiche Industrie und Energie sowie Luftverkehr auch auf
15 den gesamten **Verkehrs- und Wärmesektor** ausweiten. Ansatzpunkt für diese Sektoren soll
16 dort die oberste Handelsebene von Brennstoffen sein. Die FDP fordert zügige Verhandlung-
17 en, um den EU-Emissionshandel mit bestehenden und geplanten Handelssystemen z. B.
18 in Nordamerika und Australien zu vernetzen.

19
20 Die FDP begrüßt, dass im Klima- und Energiepaket der EU der Emissionshandel als zentra-
21 les Element kosteneffizienter Klimapolitik weiterentwickelt wurde. Es ist sinnvoll, **Emissi-
22 onsrechte zunehmend marktwirtschaftlich durch Versteigerung zu verteilen** und zugleich
23 die besondere Situation energieintensiver Branchen im internationalen Wettbewerb zu
24 berücksichtigen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die rechtlichen Spielräume zur Verwen-
25 dung der Versteigerungserlöse national voll ausgeschöpft werden. Die FDP will die Verstei-
26 gerungserlöse zur **Senkung der Stromsteuer** und ggf. anderer Energiesteuern nutzen, denn
27 diese verlieren im Emissionshandels-System ihre ökologische Lenkungswirkung.

28
29 Die FDP fordert einen wirksameren **Technologietransfer** in die Entwicklungsländer. Dabei
30 muss geistiges Eigentum gewahrt bleiben. Wir brauchen mehr Initiativen zur Umsetzung
31 von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern – durch konsequente Nutzung des „Cle-
32 an Development Mechanism“ (CDM), die Anrechnung von Aufforstungsprojekten und
33 Maßnahmen zur **Vermeidung von Abholzung**. Gleichzeitig muss der CDM reformiert wer-
34 den, so dass die Zusätzlichkeit der Projekte sicher gestellt ist. Im Gegenzug kann dann die
35 Deckelung der CDM-Projekte in der EU-Emissionshandelsrichtlinie entfallen.

36
37 Die FDP unterstützt aus Gründen des Klima- und Ressourcenschutzes und der Versor-
38 gungssicherheit das Ziel der Europäischen Union, den **Anteil der Erneuerbaren Energien bis
39 2020 auf 20 Prozent am Primärenergieverbrauch** zu erhöhen. Die FDP befürwortet nach-
40 drücklich die Regelung in der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie, wonach im Verkehr die
41 Nutzung regenerativen Stroms in Elektroautos stärker angerechnet wird als die Nutzung
42 von Biokraftstoffen. Die Nutzung der Elektromobilität ist in Europa systematisch voranzu-
43 treiben. Bei Biomasse muss die EU eine international wirksame Zertifizierung in die Praxis
44 umsetzen, die sicherstellt, dass die Kraftstoff- oder Stromproduktion hieraus nicht die Ab-
45 holzung des Regenwaldes oder anderer ökologisch sensibler Gebiete fördert.

46
47 Die FDP fordert, die Strategie eines Stromverbundes mit Nordafrika (DESERTEC) innerhalb
48 der Mittelmeerunion mit Nachdruck zu verfolgen, um Solarenergie und Windenergie und
49 deren Speicherung in größeren Mengen effizient zu nutzen. Neben der Marktöffnung durch
50 grenzüberschreitenden Netzausbau müssen Mittel für Forschung und Entwicklung insbe-

1 sondere hinsichtlich der hocheffizienten Stromübertragung verstärkt werden. Die Eigen-
2 tumsrechte an den transkontinentalen Leitungen sind so zu gestalten, dass ein diskrimi-
3 nierungsfreier Zugang für die Anlagenbetreiber gesichert ist.

4
5 **Die FDP sieht Klimaschutzpolitik als Wettbewerbsmotor.** Eine gut konzipierte Klimaschutz-
6 politik, die frühzeitig energie- und klimaeffizientes Verhalten aller Akteure belohnt, ist eine
7 vernünftige Wirtschaftspolitik. **Zentrale Klimaschutzstrategien sind mehr Energieeffizienz**
8 **und Energiesparen**, um den Energiebedarf zu drosseln. Die größten Potenziale zur Energie-
9 einsparung liegen in der Wärmedämmung des Gebäudebestands, in energieoptimierten
10 technischen Produkten und in einem energiebewussten Verhalten jedes Einzelnen. Die
11 FDP will keine überzogenen Regulierungen wie das Glühbirnenverbot. Vielmehr wollen wir
12 eine ökologische Konsumentenverantwortung, das heißt, eine bewusste Entscheidung des
13 Einzelnen aufgrund transparenter Verbraucherinformationen. Strom- und Gasrechnungen
14 müssen jedem Verbraucher ein genaues und verständliches Bild seines Energieverbrauchs
15 geben – auch im Verlauf über das Jahr. Der Anteil staatlicher Belastung der Energiepreise
16 muss dabei klar ersichtlich sein. **Stromnetze mit intelligenter Technik** müssen es den
17 Energiekunden ermöglichen, sich über den aktuellen Stromverbrauch und den Einfluss
18 einzelner Haushaltsgeräte zu informieren und die eigene Stromnachfrage optimal zu steu-
19 ern.

20
21 Klimaschutz, Ressourcenschonung und Versorgungssicherheit für unser Land – diese Ziele
22 verlangen nach **Alternativen zu Kohle, Öl und Gas**. Abnehmende Rohstoffreserven, langfris-
23 tig steigende Preise für fossile Energieträger sowie eine Konzentration der wirtschaftlich
24 erschließbaren Reserven in politisch instabilen Regionen der Welt kennzeichnen die Zu-
25 kunft. Langfristig strebt die FDP eine vollständig regenerative Energieversorgung an. Mit-
26 telfristig brauchen wir einen Energiemix, der Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wirt-
27 schaftlichkeit vereint.

28
29 **Der deutliche Ausbau erneuerbarer Energien und die Förderung von Energiespeichertechni-**
30 **ken** leisten einen Beitrag zum Klimaschutz und zur Versorgungssicherheit Deutschlands.
31 Er bietet zugleich die Grundlage für die weitere technologische Entwicklung und die Tech-
32 nologieführerschaft deutscher Unternehmen in diesem Sektor. Dabei müssen alle Nut-
33 zungspfade erneuerbarer Energien (**Strom, Wärme, Mobilität**) einbezogen werden. Die Ziele
34 zum Ausbau erneuerbarer Energien müssen **so kostengünstig wie möglich** umgesetzt wer-
35 den.

36
37 Im Stromsektor will die FDP **mehr Wettbewerb** zwischen den erneuerbaren Energien er-
38 möglichen. Auch im System des Emissionshandels ist vor allem aus **Versorgungssicher-**
39 **heitsgründen ein gesondertes** Förderinstrument für erneuerbare Energien erforderlich.
40 Denn ansonsten würden die Klimaschutzziele vor allem durch den Brennstoffwechsel hin
41 zu Gas umgesetzt.

42
43 Allerdings soll die Förderung auf ein Modell der **differenzierten Mengensteuerung** umge-
44 stellt werden. **Altanlagen erhalten Bestandsschutz**. Sie sollen mit garantierten Einspeise-
45 preisen nach dem bisherigen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefördert werden. Neuan-
46 lagen sollen durch einen **Handel mit Grünstrom-Zertifikaten** gefördert werden. Dabei sind
47 die Energieversorger in Deutschland zu verpflichten, in einem Entwicklungspfad bis 2020
48 für 30 Prozent ihrer verkauften Strommenge Grünstrom-Zertifikate aus Anlagen erneuerba-
49 rer Energien nachzuweisen. Auf diese Verpflichtung sind Strommengen auf EEG-
50 geförderten Altanlagen anzurechnen. Innovative Technologien wie die Photovoltaik, die

1 vielversprechend, aber noch nicht wettbewerbsfähig sind, sollen zusätzlich steuerfinanzier-
2 te, zeitlich befristete und degressive Zuschüsse zu den Erlösen erhalten, die die Betreiber
3 im System der Mengensteuerung erwirtschaften. Gleiches gilt für die ökologisch wertvolle
4 Nutzung von Gülle, organischen Reststoffen und Holz aus Agroforstsystemen.

5
6 Die vorrangige Netzeinspeisung bleibt erhalten. Innerhalb der erneuerbaren Energien ha-
7 ben dabei grundlastfähige Anlagen (z. B. Biomasse, Wasser, Kombinationskraftwerke) Vor-
8 rang vor fluktuierenden Quellen (Sonne, Wind). Die Forschung für die Speicherung fluktuie-
9 render erneuerbarer Energien muss mit Nachdruck intensiviert werden.

10
11 Die erneuerbare Wärme muss auch im Altbau deutlich besser gefördert werden als bisher.
12 Dazu will die FDP das bisherige Wärmegesetz aufheben, das Marktanzreizprogramm zurück-
13 fahren und stattdessen eine **Mengensteuerung für die Nutzung erneuerbarer Wärme** ein-
14 führen. Die Großhändler fossiler Brennstoffe sollen dabei verpflichtet werden, in einem
15 Entwicklungspfad bis 2020 für 20 Prozent ihrer verkauften Energiemenge entweder Biogas
16 ins Gasnetz einzuspeisen oder Zertifikate von Anlagen erneuerbarer Wärme von deren
17 Betreibern zu kaufen. **Biomasse-KWK-Anlagen** sollen mit ihren Strom- und Wärmeanteilen
18 in die Mengensteuerungen für Strom und Wärme einbezogen werden.

19
20 Alle Beschränkungen für die **Direkteinspeisung von Biogas** sollen aufgehoben werden. Die
21 Beimischungsquote für Biokraftstoffe soll zunächst auf dem jetzigen Niveau eingefroren
22 und unter Wahrung des Vertrauensschutzes mittelfristig abgeschafft werden. Statt die
23 Quote zu erhöhen, sollen reine Biokraftstoffe durch eine auf Cent pro Liter bezogene Steu-
24 ervergünstigung gefördert werden.

25
26 Die FDP will die **Kohleverstromung klimaverträglicher machen**. Die Technologie der CO₂-
27 Abscheidung und -Einlagerung muss durch Pilotprojekte und die zügige Schaffung eines
28 sicheren Rechtsrahmens gefördert werden. Neue Kohlekraftwerke dürfen nur noch ans
29 Netz gehen, wenn zumindest eine **Nachrüstung mit CO₂-Abscheidung** möglich ist. Die Op-
30 tion für eine Nutzung des CO₂ muss als Alternative zur Einlagerung weiter erforscht und
31 rechtlich offen gehalten werden. Der Bau von Pipelines zum Transport von CO₂ vom Kraft-
32 werk zur Lagerstätte soll durch die analoge Anwendung des Planungsbeschleunigungsge-
33 setzes erleichtert werden. Leitungskorridore von Schwerpunkten der Kraftwirtschaft zu
34 möglichen Speicherstandorten sind planerisch frühzeitig vor konkurrierenden Einflüssen,
35 die die Nutzung wesentlich erschweren oder gar unmöglich machen, zu sichern.

36
37 Generell ist die Kohleverstromung aus Gründen der Versorgungssicherheit und der preis-
38 günstigen Grundlastversorgung auf absehbare Zeit erforderlich. Die FDP befürwortet des-
39 halb den **Bau neuer hocheffizienter Kohlekraftwerke**. Da die Stromproduktion im Emissi-
40 onshandel mit festen CO₂-Obergrenzen erfolgt, erhöht ein neues Kraftwerk den CO₂-
41 Ausstoß nicht, sondern verdrängt durch seine Nachfrage nach Emissionsrechten alte inef-
42 fiziente Anlagen.

43
44 Der Ausstieg aus der Kernenergie ist zum jetzigen Zeitpunkt ökonomisch und ökologisch
45 falsch. Wir brauchen die **Kernenergie als Übergangstechnologie**, bis erneuerbare Energien
46 in ausreichendem Umfang grundlastfähigen Strom erzeugen können oder die CO₂-
47 Abscheidung und -Einlagerung für Kohlekraftwerke im großtechnischen Maßstab zur Ver-
48 fügung steht. Die **Laufzeiten sicherer Kernkraftwerke** muss daher in diesem Sinne **verlän-
49 gert werden**. Im Gegenzug müssen sich die Kernkraftwerksbetreiber dazu bereit erklären,
50 einen Teil der finanziellen Vorteile zur Entlastung der Verbraucher bei den Strompreisen

1 sowie an eine zu gründende „Deutsche Stiftung Energieforschung“ abzuführen. Die Erträge
2 der Stiftung sollten zur Forschung an innovativen Energietechnologien eingesetzt werden.
3 Dabei sind vorrangig Speichertechnologien für erneuerbare Energien zu erforschen.

4
5 Die **Sicherheit in den Kernkraftwerken** muss weiter optimiert werden. Der europäische
6 Kommunikationsfluss muss präventiv und bei Störfällen verbessert werden. Absehbaren
7 Personalproblemen der Atomaufsicht ist entgegenzuwirken. **Das Sicherheitsmanagement**
8 **ist flächendeckend zu modernisieren.** Durch organisatorische Veränderungen müssen
9 Überlastungssituationen des Personals in Störfallsituationen vermieden und schlechte
10 Bauausführung erschwert werden. Kraftwerke, die keinen ausreichenden Schutz gegen
11 Flugzeugabstürze und andere externe Ereignisse haben, sind nachzurüsten oder vom Netz
12 zu nehmen.

13
14 Deutschland braucht unabhängig vom Weiterbetrieb der Kernkraftwerke dringend eine
15 **sichere Lösung für den Verbleib hochradioaktiver Abfälle.** Das Moratorium zur Erkundung
16 des Salzstocks Gorleben ist aufzuheben, die Erkundungsarbeiten zügig und ergebnisoffen
17 fortzusetzen, um eine abschließende Aussage über die Eignung des Standorts Gorleben als
18 mögliches Endlager für hochradioaktive Abfälle treffen zu können.

19 Neben der Endlagerung in tiefen geologischen Formationen sind Konzepte für eine **rück-**
20 **holbare Lagerung** in gesicherten baulichen Einrichtungen zu prüfen. In jedem Fall plädiert
21 die FDP dafür, die Trennung und Transmutation von nuklearen Abfällen weiter zu erfor-
22 schen und zu nutzen.

24 **Mündige Verbraucher stärken**

25 **Verbraucherpolitik ist Wirtschaftspolitik für den Konsumenten.** Liberale Verbraucherpolitik
26 setzt auf eine **Stärkung des Menschen im Markt** und nicht auf Schutz vor dem Markt. Mo-
27 derne Verbraucher wollen nicht vom Staat bevormundet werden, sondern bessere Informa-
28 tion, mehr Wissen über die Märkte und effektive Verbraucherrechte. Unser Leitbild ist die
29 Befähigung des Verbrauchers zu eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Entschei-
30 dungen.

31
32 Die FDP will eine **umfassende Verbraucherbildung sowie Aufklärung und Zugang zu Infor-**
33 **mationen.** Die unentbehrlichen Beratungs- und Informationsaktivitäten von Verbraucher-
34 zentralen und unabhängigen Organisationen wie der Stiftung Warentest sind auszubauen
35 und durch eine solide Finanzierung langfristig abzusichern. Verbraucher müssen einen ein-
36 fachen, unverzüglichen und umfassenden Zugang zu den für sie wichtigen Informationen
37 haben. Das geltende Verbraucherinformationsgesetz muss daher reformiert und auf alle
38 Produkte und Dienstleistungen ausgedehnt werden. Die Möglichkeit der Behörden, ab-
39 schreckende Gebühren für einfache Informationen zu erheben, ist zu unterbinden. Alle
40 Informationsrechte sind in einem Gesetz zusammenzufassen, um die Ausübung der
41 Verbraucherrechte zu erleichtern. Die Informationen zu langlebigen Wirtschaftsgütern be-
42 züglich Energie- und Wasserverbrauch müssen optimiert werden.

43
44 Die FDP setzt im Ernährungsbereich neben gesetzlichen Initiativen zum Verbraucherschutz
45 verstärkt auf **Eigenverantwortung, Anreizsysteme und Wettbewerb.** Wir wollen eine **trans-**
46 **parentere Nährwertkennzeichnung** der Lebensmittel. Liberale sind aber gegen die politi-
47 sche Steuerung des Konsums und Bevormundung der Verbraucher. **Werbeverbote** für ver-
48 meintlich ungesunde Lebensmittel **und ein Ampelsystem zur Lebensmittelkennzeichnung**
49 **lehnen wir daher ab.**

1
2 Die FDP fordert die **rechtliche Absicherung der Konsumentensouveränität**, wo dies zwin-
3 gend erforderlich ist. So sollten Kredite nur mit Einwilligung des Schuldners veräußerbar
4 sein, um einen optimalen Darlehensnehmerschutz vor allem bei Kreditverkäufen an Finanz-
5 investoren zu gewährleisten. Auch die Abwehrrechte des Schuldners gegen missbräuchli-
6 che Zwangsvollstreckungen in sein Vermögen müssen gestärkt werden.

7
8 Jeder sollte das Ausmaß an **telefonischer Werbung** in den eigenen vier Wänden selbst und
9 ohne Belästigung durch unerlaubte Werbeanrufe bestimmen können. Einzuführen ist eine
10 Identifizierungspflicht des Anrufers beziehungsweise des Unternehmens, für das geworben
11 wird. Es soll eine einheitliche Vorwahl für alle Telefonwerber eingeführt werden, die jeder-
12 mann die Werbeabsicht bereits auf dem Display seines Telefons anzeigt.

13
14 Notwendig ist die Bekämpfung **von Kartellen und Monopolstrukturen**. Ohne funktionieren-
15 den Wettbewerb zahlen Verbraucher höhere Preise und können ihre Konsumentenmacht
16 als Nachfrager nicht nützen. Das **Briefmonopol muss fallen**, damit der Wirtschaft und dem
17 Verbraucher endlich Portosenkungen zugute kommen.

18
19 **Fahrgastrechte** müssen gestärkt werden. Im Bahnverkehr sollte jeder Fahrgast bereits ab
20 30 Minuten Verspätung entschädigt werden. Denn Fahrgastrechte müssen so wirksam
21 sein, dass sich Pünktlichkeit für die Bahn lohnt. Die von der EU definierten **Fluggastrechte**
22 müssen wirksamer als bisher durchgesetzt werden. Dazu muss das Luftfahrtbundesamt
23 personell in die Lage versetzt werden, Verstößen nachzugehen und konsequent Sanktio-
24 nen zu verhängen. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass eine **Entschädigungsregelung**
25 **für Passagiere bei sehr großen Verspätungen** eingeführt wird, die der eines annullierten
26 oder überbuchten Fluges entspricht. Außerdem wollen wir gesetzlich festlegen, dass Pas-
27 sagiere nach einem **Startabbruch** oder bei kurzfristigen Reparaturen am Flugzeug das
28 Recht haben, aus diesem Flugzeug auszusteigen.

29
30 Die Finanzkrise hat gezeigt: Der **Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen muss ver-**
31 **bessert werden**. Wir brauchen mehr Produktwahrheit, Produktklarheit und Risikotranspa-
32 renz als Mindestanforderungen an Finanzprodukte und Beratung. Banken und Finanzver-
33 mittler müssen für die Risikoeinstufung ihrer Kunden und ihrer Produkte einstehen. Scha-
34 densersatzansprüche bei Fehlberatungen müssen schneller und effektiver geltend ge-
35 macht werden können – Schiedsgerichte und Beweiserleichterungen sind bewährte Mög-
36 lichkeiten.

37
38 Die wichtigsten **Verbraucherschutzrechte sollten in Europa vereinheitlicht werden**, damit
39 Verbraucher und Unternehmen Rechtssicherheit auch dann haben, wenn Produkte und
40 Dienstleistungen aus anderen Ländern des Binnenmarktes genutzt werden.

41 42 **Natur schützen, Lebensräume erhalten**

43 Biologische Vielfalt ist Grundlage für das menschliche Leben. Das Verschwinden einer Art
44 ist eine Form von Umweltzerstörung, die der Mensch nicht rückgängig machen kann. Die
45 FDP will den **Rückgang der biologischen Vielfalt stoppen** und das Einwandern von gebiets-
46 fremden, invasiven Arten mindern. Wir müssen europaweit wild lebende Pflanzen und Tiere
47 erhalten sowie ihre natürlichen Lebensräume entwickeln. Der Schutz der biologischen Viel-
48 falt ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen Politikfeldern Berücksichtigung finden muss.

1 Ein Ziel jeglicher **Biodiversitätsstrategien** ist es, die Vielfalt genetischer Informationen zu
2 erhalten. Verschiedene Pflanzenarten kommen nur noch in wenigen Exemplaren vor. Für
3 diese Arten ist der Erhalt in Saatgut-Genbanken oder in Botanischen und Zoologischen
4 Gärten zwingend. Nur durch einen solchen Ex-situ-Schutz außerhalb ihres Vorkommens in
5 der Natur wird der Erhalt der Art in ausreichender innerartlicher Diversität zur Vermeidung
6 von Inzucht gewährleistet. Die FDP will den **Ex-situ-Schutz** von vom Aussterben bedrohten
7 Arten, die durch den Schutz ihrer Lebensräume (In situ) nicht erhalten werden können.
8 Dafür brauchen wir zur Umsetzung des Beschlusses von Den Haag nach dem Vorbild von
9 Großbritannien oder Spanien eine nationale **Saatgut-Genbank**.

10
11 Wir werden die **Forschungsanstrengungen zur Biodiversität** als eigenständiges Forschungs-
12 feld besser fördern. Erforderlich ist eine bessere Vernetzung der Biodiversitätsforschung
13 auf europäischer und internationaler Ebene, z. B. bei Naturkundemuseen. Ein Ansatz hierzu
14 ist der Ausbau von Datenbanken, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wer-
15 den sollten. In Ergänzung mit Saatgut-/Samenbanken könnte so ein europa- und weltweit
16 verfügbares „**Archiv der Natur**“ entstehen.

17
18 Wir werden einen **Naturschutz mit den Menschen** gestalten. Naturnutzer – dazu gehören
19 auch Landwirte, Jäger, Fischer, Wanderer, Segler und anderer Sportler – sind Partner und
20 nicht Gegner im Naturschutz. Dieser muss viel mehr als bisher mit den Eigentümern und
21 Nutzern entwickelt werden, denn sie haben ein ureigenes Interesse an einer nachhaltigen
22 Nutzung. Daher setzen wir verstärkt auf freiwillige Maßnahmen und den Vertragsnatur-
23 schutz, erst nachrangig auf hoheitliche Schutzgebietsverordnungen und Verbote. Dabei
24 befürwortet die FDP, dass sich die Natur in geeigneten Bereichen auch ohne menschliche
25 Eingriffe entwickeln soll.

26
27 Durch die vermehrte Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrsflächen werden
28 **Böden versiegelt** und **natürliche Lebensräume zerschnitten**. Verkehrs- und Siedlungspro-
29 jekte müssen deshalb vor ihrer Realisierung kritisch geprüft werden. In der Regel ist eine
30 **Verdichtung bestehender Siedlungen** und Flächenrecycling von Industriebrachen und Kon-
31 versionsflächen einer Neuausweisung von Baugebieten vorzuziehen. Bei Verkehrswegen ist
32 vor allem die Zerschneidung – im Sinne des Biotopverbundes – von Lebensräumen und
33 Agrarflächen zu verhindern. Nicht vermeidbare Zerschneidungen sind auszugleichen, z. B.
34 durch **Wildbrücken**.

35
36 Wir werden die politischen Ziele zur Flächeninanspruchnahme stärker auf Naturschutzziele
37 ausrichten. Das 30 Hektar-Reduktionsziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist un-
38 geeignet, da es nicht die tatsächlich versiegelte oder genutzte Fläche als Indikator vor-
39 sieht, sondern die beplante Fläche. Die FDP will, dass sich das Reduktionsziel stärker an
40 der tatsächlichen Zerschneidung oder Versiegelung von Lebensräumen sowie an der regi-
41 onalen Verteilung der Flächeninanspruchnahme orientiert.

42
43 Ein **unbürokratisches, einfaches und einheitliches Umweltgesetzbuch** darf nicht länger
44 parteitaktischen Spielen geopfert werden: Effizientere Genehmigungen bei gleichen Um-
45 weltstandards sind wichtig für Unternehmer und Umwelt.

46
47 Insgesamt muss das **Naturschutzrecht entrümpelt** werden, ohne dass dabei der Schutz der
48 Natur zu kurz kommt. Dies gilt sowohl für das Bundes- und Landesrecht als auch für die
49 Überarbeitung der FFH-Richtlinie der EU im Jahr 2010. Sie lassen derzeit zu wenig Abwä-

1 gungsspielraum. Dabei geht es nicht darum, den Naturschutz zu verwässern, sondern um
2 eine flexiblere und **fallgerechtere Beurteilung von Projekten**.

3
4 Die deutschen Regelungen zur **Kompensation von Eingriffen** in die Natur sind reformbe-
5 dürftig: Der richtige Grundgedanke darf nicht wie bisher zu unnötiger Bürokratie und Er-
6 satzmaßnahmen auch in Bagatellfällen führen. Die **Bewertungsverfahren** zur Ermittlung des
7 Ausgleichsbedarfs sind zu vereinfachen. Neben der verstärkten Nutzung von **Ökokonten**
8 soll das sog. **Ersatzgeld** anderen Instrumenten der Kompensation gleich gestellt werden.
9 Dabei wird zum Ausgleich eines Eingriffes zweckgebunden Geld gezahlt, das in bedeutende
10 Maßnahmen des Naturschutzes investiert wird, anstatt einen Flickenteppich kleiner Aus-
11 gleichsmaßnahmen mit geringerer Wirkung umzusetzen.

12
13 **Flüsse und Seen** sind Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Zugleich dienen sie der Erholung
14 der Menschen. In der Gewässerpolitik wollen wir die weitere Verbesserung der biologi-
15 schen und chemischen Qualität der Gewässer. Deshalb begrüßt die FDP die europäische
16 **Wasserrahmenrichtlinie** als ein wichtiges Instrument der Gewässerpolitik und fordert eine
17 bessere Umsetzung vor Ort. **Frei fließende Flüsse** und Flussabschnitte haben einen hohen
18 ökologischen Wert. Nicht nur zum Hochwasserschutz muss den Gewässern mehr Raum
19 gegeben werden. Ein Bau von **Stautufen** in Elbe und Donau ist abzulehnen. Die Durchgän-
20 gigkeit der Flüsse für wandernde Fische wie z. B. für Aale, muss möglichst durch **Fisch-**
21 **wanderhilfen** wieder hergestellt werden.

22
23 Für die FDP hat der **Tierschutz** seit Jahren eine zentrale Bedeutung. Ein Meilenstein ist die
24 Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel im Grundgesetz, die durch mehrere Initiativen
25 der FDP erreicht wurde. Im Mittelpunkt unserer zukünftigen Bemühungen steht die **Verrin-**
26 **gerung der Anzahl von Tierversuchen** durch den verstärkten Einsatz von Alternativmetho-
27 den. Erfolgreicher Tierschutz kann nur auf europäischer und internationaler Ebene und
28 nicht durch nationale Sonderwege verwirklicht werden. Schließlich setzt sich die FDP für
29 eine **artgerechte Tierhaltung** und -ernährung ein.

31 **Globale Naturressourcen erhalten und nachhaltig nutzen**

32 **Der Schutz der biologischen Vielfalt weltweit** hat das Ziel, das genetische Reproduktions-
33 potenzial für kommende Generationen zu erhalten. **Internationale Natur- und Artenschutz-**
34 **abkommen** sind bedeutend für die Koordination der Maßnahmen. Das Zusammenspiel zwi-
35 schen international bestehenden Verpflichtungen im Rahmen der Konferenz für biologische
36 Vielfalt, der WTO, der Biopatentrichtlinie und des Europäischen Patentübereinkommens
37 sowie des zu schaffenden Regimes zum Schutz des Wissens lokaler Gemeinschaften vor
38 Biopiraterie (sog. „ABS“) muss verbessert werden. Wir brauchen mehr Mittel für einen in-
39 ternational koordinierten Prozess zur wissenschaftlich fundierten **Bestandsaufnahme der**
40 **biologischen Vielfalt** und zur Definition klarer Zielsetzungen.

41
42 Gerade der Meeresschutz ist auf effektive internationale Zusammenarbeit angewiesen.
43 Zum Schutz der Meeresflora und -fauna muss auch seitens der EU darauf hingewirkt wer-
44 den, dass ein **globales System von Meeresschutzgebieten** geschaffen wird.

45
46 Die **Nord- und Ostsee** mit ihrer überragenden Bedeutung als Rast- und Lebensraum für
47 eine Vielzahl von Vögeln und Meerestieren bedürfen des besonderen Schutzes. Wir Libera-
48 le stehen für die Erhaltung, die geeignete Wiederherstellung und nachhaltige Nutzung der
49 **Meeresumwelt**, der Küsten und der Feuchtgebiete. Die Liberalen wollen beim Meeres-

1 schutz zudem die **Überdüngung der Meere** verringern und **Schiffsunfällen** besser vorbeu-
2 gen.

3
4 Wir brauchen eine **nachhaltige Fischerei**, die die Bestände erhält, artgerecht ist und den
5 Tierschutz sichert. Das ist bei der Ausgestaltung der EU-Fischereiabkommen stärker um-
6 zusetzen. Die privatwirtschaftliche Zertifizierung der Fischerei wie zum Beispiel durch den
7 MSC (Marine stewardship council) unterstützt dabei die Sicherung der Fischbestände. Ille-
8 gale Fischerei muss wirksam bekämpft und streng geahndet werden. Ein **Verbot der**
9 **Grundschleppnetz-Fischerei** und der **industriellen Fischerei**, die auf die Gewinnung von
10 Fischmehl zur Verfütterung ausgerichtet ist, wird von den Liberalen unterstützt. In jedem
11 Fall muss die Industriefischerei durch die Ausweisung von Vorrang- und Ausschlussgebiete-
12 n eingedämmt werden. Da das Grundnahrungsmittel Fisch durch die Überfischung der
13 Meere gefährdet ist, müssen zudem Rahmenbedingungen für die nachhaltige **Aquakultur**
14 von See- und Süßwasserfischen in Deutschland verbessert werden.

15
16 Beim **Urwaldschutz** ist der illegale Holzeinschlag weiterhin das größte Problem. Nur durch
17 konsequente **Armutsbekämpfung** in den betroffenen Ländern in Verbindung mit der Holz-
18 zertifizierung kann dies gelöst werden. Die FDP unterstützt nachdrücklich Modelle zur **Ho-**
19 **onorierung vermiedener Abholzung**, wobei die Mittel in Projekte fließen sollen, die der örtli-
20 chen Bevölkerung wirtschaftliche Alternativen bieten. Die EU muss darauf hinwirken, dass
21 die **Rechte indigener Völker** in Entwicklungsländern gewahrt und ihr Wissen zum Wald-
22 schutz genutzt werden. Zudem sind Maßnahmen gegen den Handel mit illegal eingeschla-
23 genem Tropenholz zu treffen. Neben der Politik ist auch der Verbraucher aufgefordert
24 durch entsprechende Nachfrage nach zertifizierten Holzprodukten für einen Schutz unse-
25 rer Naturressourcen zu sorgen.

26
27 Für eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Wirtschaft ist die **Produktion nachwachsender**
28 **Rohstoffe für die stoffliche wie auch die energetische Nutzung** von herausragender Bedeu-
29 tung. Die Nutzung von Pflanzenölen als Schmierstoff, Erucasäure in der Tensidproduktion
30 für Waschmittel, Hanf als Dämmmaterial, Stärke – in der Papier- und Klebstoffproduktion
31 oder Farbstoffe aus Algen zeigen die Bandbreite der stofflichen Nutzung nachwachsender
32 Rohstoffe.

33
34 Gleichzeitig wird **die energetische Nutzung nachwachsender Rohstoffe angesichts steigen-**
35 **der Rohölpreise immer attraktiver**. Zurzeit beruht die Produktion erneuerbarer Energien in
36 Deutschland zu 75 Prozent auf der Nutzung von Biomasse. Während die Nachhaltigkeit der
37 Biomasseproduktion auf EU-Ebene durch die strengen **Cross-compliance-Regelungen** si-
38 chergestellt ist, gilt dies nicht für Biomasseimporte insbesondere aus Ländern der Dritten
39 Welt. Es muss gewährleistet werden, dass Biomasseimporte nicht zur Zerstörung von Re-
40 genwäldern und anderer Gebiete mit hoher biologischer Vielfalt und Bedeutung für den
41 Klimaschutz führen.

42
43 Liberale werden die Voraussetzungen für die **energetische Nutzung von Biomasse** so ges-
44 talten, dass sie den Anforderungen an eine nachhaltige Ressourcenwirtschaft entsprechen.
45 Zusätzliche ökologische Belastungen und die Konkurrenz zum Nahrungsmittelanbau müs-
46 sen vermieden werden. Im Vergleich mit Mais und anderen Pflanzen bietet der Anbau von
47 Pappeln, Weiden und Robinien hinsichtlich geringer CO₂-Vermeidungskosten und hoher
48 Flächeneffizienz besondere Vorteile.

1 **Umweltfreundliche Mobilität mit mehr Wettbewerb schaffen.**

2 Mobilität ist ein Grundbedürfnis von Menschen und Voraussetzung für individuelle Lebens-
3 qualität und Wirtschaftswachstum. Die FDP lehnt Gängelei bei der Wahl des Verkehrsmit-
4 tels ab. Umgekehrt dürfen die Verkehrsteilnehmer aber auch nicht die von ihnen verur-
5 sachten Kosten auf die Allgemeinheit abwälzen. **Jeder soll die von ihm verursachten Kos-**
6 **ten für Infrastruktur und Umwelt tragen** und selbst entscheiden, welches Verkehrsmittel er
7 wählt. So entstehen faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsträgern, die mit
8 ihren spezifischen Vorteilen zu einem Gesamtsystem vernetzt werden.

9

10 Aufgabe des Staates ist die Bereitstellung der **Verkehrsinfrastruktur**. Das bedeutet aber
11 nicht, dass der Staat **Planung, Bau und Betrieb** selbst durchführen muss. In vielen Fällen
12 können Private dies besser und effizienter. Voraussetzung für ausreichende Investitionen
13 ist ein Finanzierungssystem, das von den Unwägbarkeiten des Bundeshaushaltes unab-
14 hängig ist. Dabei ist für die FDP klar: Jegliche Umstellung muss **aufkommensneutral** erfol-
15 gen, **wegebezogen** berechnet und streng **zweckgebunden** für Investitionen in die Ver-
16 kehrswege ausgerichtet werden.

17

18 Unsere Infrastrukturpolitik orientiert sich nicht an Wunschträumen, sondern an den Real-
19 itäten auf dem Verkehrsmarkt. Die Straße ist und bleibt Hauptverkehrsträger mit rund 90
20 Prozent des Personenverkehrs und über 70 Prozent des Güterverkehrs. Gleichzeitig stößt
21 das Schienennetz in vielen Regionen an die Kapazitätsgrenze. Beides muss – neben Um-
22 weltgesichtspunkten - auch bei der **Verteilung der Investitionsmittel** berücksichtigt wer-
23 den. Das deutsche Transportgewerbe braucht verlässliche und faire Rahmen- und Wettbe-
24 werbsbedingungen. Die FDP lehnt die geplante EU-Wegekostenrichtlinie ("Eurovignette III")
25 ab.

26

27 **Kundengerechten und kostengünstigen ÖPNV** wollen wir durch mehr Transparenz bei der
28 Finanzierung, fairen Wettbewerb unter den Anbietern und Freiraum für unternehmerische
29 Initiative erreichen. Das **Personenbeförderungsgesetz** muss überarbeitet und dem europäi-
30 schen Recht angepasst werden. Dabei muss endlich auch Buslinien-Fernverkehr in
31 Deutschland allgemein zugelassen werden.

32

33 Der Staat muss den notwendigen Ordnungsrahmen für **Wettbewerb** zwischen den Ver-
34 kehrsanbietern schaffen. Der Staat braucht sich aber nicht selbst als Verkehrsunterneh-
35 mer betätigen. Deshalb wollen wir die **Privatisierung öffentlicher Verkehrsunternehmen**.

36

37 Bei der Bahn setzen wir auf eine **Wettbewerbsbranche Schienenverkehr**. Die jetzt eingelei-
38 tete Privatisierung der DB-Transportsparten wollen wir mit der Zielrichtung einer Vollprivat-
39 isierung fortsetzen. Das Schienennetz dagegen wollen wir von den Verkehrsbereichen
40 trennen und als Aktiengesellschaft im Eigentum des Bundes lassen. Als Sofortmaßnahme
41 muss das **Allgemeine Eisenbahngesetz** überarbeitet werden mit dem Ziel, die Wettbe-
42 werbsaufsicht durch die Bundesnetzagentur zu stärken.

43

44 **Wasserstraßen, Seehäfen und Flughäfen** brauchen sichere Rechtsgrundlagen mit ange-
45 messener Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes. Dazu gehört ein **Wasser-**
46 **straßenausbaugesetz** mit einem konkreten Bedarfsplan für Erhaltungs-, Neu- und Ausbau-
47 maßnahmen. Im Schiffsverkehr müssen die **Luftverunreinigungen** durch Schwefel- und

1 Stickstoffemissionen sowie Feinstaub gesenkt werden. Dazu muss u. a. die landseitige
2 Stromversorgung der Schiffe in Häfen schrittweise durchgesetzt werden.

3
4 **Bezahlbare und klimaverträgliche Mobilität** setzt langfristig den **Abschied von fossilen**
5 **Kraftstoffen** voraus. Zukunftsweisend sind **Biokraftstoffe der zweiten und dritten Generati-**
6 **on**, die auch aus Reststoffen und Algen gewonnen werden. Weitere Schlüsseltechnologien
7 sind wasserstoffgetriebene Brennstoffzellen und **Elektroantriebe**. Gerade Elektroantriebe
8 können umweltfreundliche Mobilität ermöglichen und zugleich **Windstrom in den Fahrzeu-**
9 **gen speicherfähig machen**. Damit erhalten die erneuerbaren Energien einen großen Schub.
10 Die technologische Entwicklung und der Markt werden letztlich über die Nutzung der tech-
11 nischen Optionen entscheiden. Die Politik muss aber heute durch **Forschungs- und Ent-**
12 **wicklungsausgaben für Speichertechnologien und Antriebe** sowie den Aufbau von Infra-
13 struktur die Voraussetzungen dafür schaffen. Die FDP befürwortet als subventionsfreien
14 Kaufreiz zudem die Einführung von Wechselkennzeichen für Elektroautos als Zweitwagen
15 für den innerstädtischen Verkehr.

16
17 Die FDP will den gesamten **Verkehr in den Emissionshandel** einbeziehen. Dadurch erhalten
18 **Elektromobilität** und Biokraftstoffe zusätzliche Chancen. Und die Klimabelastungen des
19 Verkehrs können durch **weltweite Klimaschutzprojekte** im Rahmen des Zertifikatehandels
20 ausgeglichen werden. Dafür benötigt man bei heutigen Preisen weniger als ein Drittel der
21 Ökosteuer, die momentan auf den Liter Kraftstoff erhoben wird. Konsequenter Klimaschutz
22 mit Hilfe des Emissionshandels schafft zusätzliche Spielräume für eine drastische **Senkung**
23 **der Ökosteuer**.

24
25 Die Reduzierung verkehrsbedingter Schadstoffe in der Luft ist ein großes Anliegen der
26 FDP, insbesondere bei der **Feinstaubbelastung**. Europäische Regelungen schränken den
27 Handlungsspielraum der Städte und Gemeinden allerdings zu sehr ein. Wichtiger als Ta-
28 gesgrenzwerte sind aus Sicht der FDP strenge Grenzwerte für die mittlere Belastung über
29 das Jahr hinweg. Zudem liegt die Lösung keinesfalls allein beim Verkehr. Die FDP fordert
30 alle maßgeblichen Verursacher in ein Konzept zur Feinstaubbekämpfung einzubeziehen.
31 Überfällig ist vor allem eine diesbezügliche Novellierung der Verordnung über **Kleinfeue-**
32 **rungsanlagen**.

33
34 **Weniger Lärm** bedeutet mehr Lebensqualität. Die FDP will Mobilität erhalten und Lärm an
35 der Quelle bekämpfen. Bei **Eisenbahn-Neubaustrecken** sollen durch Streichung des
36 „Schienenbonus“ die gleichen strengen Lärmschutzregeln wie im Straßenbau gelten.
37 **Lärmdifferenzierte Trassenpreise** sollen verpflichtend eingeführt werden, um Anreize zu
38 schaffen, insbesondere alte Güterzüge technisch nachzurüsten und leiser zu machen.

39
40 Die **Wohnungspolitik** und die Entwicklung der städtischen und ländlichen Räume müssen
41 Antworten auf folgende Herausforderungen geben: die **Alterung der Gesellschaft**, den
42 **Rückgang der Einwohnerzahl**, das Nebeneinander von Regionen mit Bevölkerungszu- und -
43 abnahme sowie den notwendigen **Beitrag des Gebäudesektors zum Klimaschutz**.

44
45 Wir werden die **Programme zur energetischen Sanierung** im Bestand fortführen. Daneben
46 ist **energiesparendes Bauen** auch ordnungsrechtlich abzusichern. Die FDP setzt sich dafür
47 ein, die **Hürden im Mietrecht** für eine energetische Sanierung zum gemeinsamen Vorteil
48 von Eigentümer und Mietern zu senken und so den Anreiz für eine klimafreundliche Erne-
49 erung des Gebäudebestandes zu erhöhen. Die **Honorarordnung für Architekten und Inge-**

1 **neure** (HOA) wollen wir so gestalten, dass nachhaltig wirkende und Kosten reduzierende
2 Entwürfe gegenüber Standardleistungen besser entgolten werden.

3
4 Auch **Hartz-IV-Empfänger** müssen **Anreize zum Energiesparen** erhalten. Dazu soll das Sozi-
5 algesetzbuch so geändert werden, dass sich Kommunen und Leistungsempfänger Erspar-
6 nisse bei den Heizkosten teilen können.

7
8 Das **Bauen im Bestand** sowie die Umnutzung leer stehender Gebäude wollen wir verstärkt
9 fördern. Das bislang sehr erfolgreiche Programm **„Stadtumbau Ost“** ist entsprechend der
10 Evaluation anzupassen. Vorhaben wie Abriss und Aufwertung müssen dabei auf ihre De-
11 mographiefestigkeit überprüft werden. Das Programm **„Stadtumbau West“** und der städte-
12 bauliche Denkmalschutz sind mit mehr Mitteln auszustatten. Das langfristige Ziel ist eine
13 **Förderung nach Bedarf und nicht nach Himmelsrichtungen.**

14
15 Weiterhin müssen flexible Angebote zur Aufrechterhaltung der **öffentlichen Daseinsvorsor-**
16 **ge in sehr dünn besiedelten Räumen** geschaffen werden, wie
17 z. B. dezentrale Systeme und alternative Technologien zur Energie-, Wasserver- und Ab-
18 wasserentsorgung.

19
20 **Die Entsorgungswirtschaft** kann einen wichtigen Beitrag zum Ressourcenschutz und zur
21 Rohstoffversorgung leisten. Viele Abfälle sind eben nicht nur zu entsorgende Reststoffe,
22 sondern wieder verwertbare Rohstoffe, die einen Marktwert haben. Die FDP tritt deshalb
23 für eine ökologisch ambitionierte und ökonomisch sinnvolle Abfallpolitik ein. Dazu gehört
24 auch die Entwicklung von Abfallvermeidungsstrategien. Bei der Frage **„Recyceln“** oder
25 **„Verbrennen“** will die FDP die im Einzelfall umweltfreundlichste Lösung. Dies kann auch
26 die **energetische Verwertung** sein. In Zeiten knapper und teurer Rohstoffe ist es unsinnig,
27 eine Verpackung in den gelben Sack, ein Produkt aus dem gleichen Kunststoff aber in den
28 Restmüll zu werfen. In manchen Regionen Deutschlands ist der Inhalt von gelber und grau-
29 er Tonne nahezu identisch. Im Hinblick auf das Sammeln von gut verwertbaren Sekundär-
30 rohstoffen wie Kunststoff oder Metall plädiert die FDP deshalb für flexible, auf die jeweilige
31 Region zugeschnittene Lösungen. Das **Getrenntsammeln von Hand und die maschinelle**
32 **Trennung** müssen zueinander in **Wettbewerb** treten können. Was zählt ist das Ergebnis und
33 nicht der Weg dorthin. Die FDP wehrt sich gegen eine Abfallpolitik, die an das „ökologische
34 Gewissen“ der Bürger appelliert, tatsächlich aber nichts als leere Ökosymbolik darstellt.

35
36 Private Anbieter von Entsorgungsleistungen müssen faire Wettbewerbschancen haben.
37 Eine **Rekommunalisierung der Entsorgungswirtschaft** lehnt die FDP ab. Darüber hinaus
38 setzen wir uns dafür ein, die **steuerliche Bevorzugung der öffentlich-rechtlichen Unterneh-**
39 **men** bei der Abfall- und Abwasserentsorgung zu beenden. Eine Besteuerung abhängig von
40 der jeweiligen Organisationsform ist ökologisch unbegründet und ökonomisch widersinnig.
41 Nur ein **fairer Wettbewerb** zwingt sämtliche Marktteilnehmer, ihre Leistungen so kosten-
42 günstig wie möglich anzubieten und entlastet so auch die Bürger.

6. Internationale Politik für Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Welt

FDP-Außenpolitik ist Politik für Frieden und Freiheit

Wo Frieden und Freiheit nicht garantiert sind, ist jeder einzelne Mensch am Ende der Willkür anderer ausgesetzt. **Die besten Garanten für Frieden und Freiheit sind Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft.** Es sind diese Prinzipien, die gleichzeitig Menschenrechte garantieren und die Voraussetzungen für Stabilität, Wohlstand und Toleranz bilden. Deutschland wird seinen Interessen der Wahrung von Frieden, Freiheit und Wohlstand am besten dadurch nachkommen, dass es die Gemeinschaft zu den aufgeklärten, rechtsstaatlichen Demokratien in der Völkergemeinschaft sucht, pflegt und ausbaut. Zugleich verlangt liberale Außenpolitik stets die Fähigkeit zur **friedlichen Konfliktlösung** und zum Dialog auch mit Ländern, die nicht unsere Werte teilen.

Die Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges ist für die Gestaltung einer neuen Weltordnung nur unzureichend genutzt worden. Die internationale Lage ist heute gekennzeichnet von einer konstruktiven Zusammenarbeit einerseits aber auch von einer **tiefgreifenden Vertrauenskrise** andererseits zwischen den Staaten und Kulturen dieser Welt. Diese Vertrauenskrise ist das Ergebnis einer Politik, die zuerst auf das vermeintliche Recht des Stärkeren anstatt auf die Stärke des Rechts setzt. Der Krieg im Irak, Abu Ghuraib und Guantanamo Bay, die Kriege in Tschetschenien und im südlichen Kaukasus, Terrorismus unter dem Deckmantel des Freiheitskampfes, aber auch das Streben nach Atomwaffen wie durch Nordkorea und den Iran sind Beispiele für diese Bestrebungen.

Wir müssen die jetzt **vorhandenen Chancen nutzen**, diese Vertrauenskrise zu überwinden. Statt auf das Recht des Stärkeren setzen wir auf die Stärke des Rechts als Leitlinie des Handelns in der Welt des 21. Jahrhunderts.

In einer Welt, in der Multipolarität längst zur Realität geworden ist, ergibt sich die **Notwendigkeit zur Kooperation** zwingend. Der Westen muss sich mit der Frage auseinandersetzen, wie er mit autokratischen Systemen umgeht, ohne seine eigenen Prinzipien zu verraten. Ausgrenzung und Abschottung sind der falsche Weg.

Unsere Bündnispartner, die Mitarbeit in internationalen Organisationen und die europäische Integration sind das beste Erfolgskonzept für die Durchsetzung unserer Werte und Interessen in der Welt. In der Tradition der liberalen Außenminister Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel steht die FDP dafür ein, das **Erfolgsmodell Europäische Union (EU)** in die Zukunft zu tragen. Die feste Einbettung Deutschlands in die EU ist und bleibt ein Grundpfeiler liberaler Außenpolitik.

Im **Zeitalter der Globalisierung** muss eine wertegeleitete und zugleich interessenorientierte Außenpolitik die Absicherung der eigenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit mit der Wahrnehmung weltweiter Verantwortung verbinden. Sowohl im transatlantischen als auch im europäischen Rahmen ist liberale Sicherheitspolitik deshalb vor allen Dingen Friedenspolitik. Die Vernetzung von Konfliktprävention und Konfliktbewältigung durch den Einsatz diplomatischer Mittel, wirtschaftlicher und kultureller Kooperation sowie Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit sind zur Abwendung der Risiken

1 unserer Zeit die erste Wahl. Die Anwendung militärischer Mittel darf nur ultima ratio sein.
2 Eine Militärangebotspolitik ist für die FDP undenkbar.

4 **Abrüstung jetzt!**

5 Markenzeichen liberaler Außenpolitik ist das **Eintreten für eine konsequente Politik der**
6 **Abrüstung und Rüstungskontrolle**. Sie waren wesentliche Elemente jener Politik, die zu
7 gleichen Teilen auf Abschreckung und Vertrauensbildung gesetzt und das Ende des Kalten
8 Krieges damit erst möglich gemacht hat. Das Erbe dieser Entspannungspolitik steht heute
9 auf dem Spiel.

10

11 Wichtige Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge sind aufgekündigt, andere erodieren,
12 weil sie zum Spielball geopolitischer Interessen oder zum Opfer kurzfristiger Kalküle wer-
13 den. Die Bundesregierung hat sich unter anderem nicht entschieden genug für die Ratifi-
14 zierung des KSE-Anpassungsabkommens eingesetzt und ist dem indisch-amerikanischen
15 Atomdeal nicht entschlossen genug entgegengetreten. Die derzeitige Bundesregierung und
16 ihre rot-grüne Vorgängerregierung haben den Bereich der Abrüstung sträflich vernachlässigt.
17

18

19 Als Land, das rechtsverbindlich auf Massenvernichtungswaffen verzichtet hat, sollte sich
20 Deutschland wieder an die Spitze jener Staaten stellen, die konsequent für eine glaubhafte
21 **Politik der Abrüstung und Rüstungskontrolle** eintreten. Die FDP setzt sich deshalb ein für
22 die Wiederbelebung des Nichtverbreitungsvertrages einschließlich des Zieles einer voll-
23 ständigen nuklearen Abrüstung, die **zügige Ratifizierung des angepassten KSE-Vertrages**,
24 verbindliche europäische Regelungen für Waffenexporte und den Abzug der verbliebenen
25 amerikanischen Nuklearwaffen aus Deutschland. Den Plan für ein US-
26 Raketenabwehrsystem in Tschechien und Polen lehnen wir ab.

27

28 **Transatlantische Wertegemeinschaft neu begründen**

29 Die Vereinigten Staaten von Amerika sind für uns der wichtigste Partner außerhalb Euro-
30 pas. Wir sind auf einem guten Wege, gemeinsam mit unseren amerikanischen Partnern
31 wieder jenes Ansehen in der Welt zurückzugewinnen, das durch außen- und innenpoliti-
32 sche Fehlentscheidungen der USA verloren gegangen ist. Wir wollen zusammen mit der
33 neuen amerikanischen Regierung daran arbeiten, den Westen als handlungsfähige Ge-
34 meinschaft der aufgeklärten, rechtsstaatlichen Demokratien dieser Welt neu zu begrün-
35 den.

36

37 **Kritischer Dialog und pragmatische Zusammenarbeit mit Russland**

38 Im Verhältnis zu Russland setzt die FDP langfristig auf eine strategische und pragmatische
39 Partnerschaft im Rahmen einer gemeinsamen Sicherheitsordnung nach den Grundsätzen
40 der OSZE. Gerade weil wir Russland historisch und kulturell eng verbunden sind, **sieht die**
41 **FDP mit großer Sorge die Rückschritte in seiner demokratischen und rechtsstaatlichen**
42 **Entwicklung**. Vor allen Dingen die Morde an Journalisten, die Inhaftierung von Oppositio-
43 nellen, das Wiederaufflackern hegemonialer Bestrebungen und eventuelle Raketenstatio-
44 nierungen belasten die Beziehungen zu Russland schwer. Umso wichtiger ist die Nutzung
45 aller Möglichkeiten des Dialogs mit dem Ziel, vertragliche Vereinbarungen zu schaffen, die
46 beide Seiten mit Rechten und Pflichten binden.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46

Für einen umfassenden Friedensansatz im Nahen Osten

Das Existenzrecht Israels als jüdischer Staat ist für die FDP unverzichtbare Konstante liberaler Außenpolitik. Mehr als 60 Jahre nach der Staatsgründung Israels ist es an der Zeit, dass Frieden und Sicherheit für Israel und ein menschenwürdiges Leben der Palästinenser in einem eigenen, selbständig lebensfähigen Staat Realität werden. Deshalb setzt sich die FDP für einen Prozess ein, der analog zum Erfolgsmodell der KSZE alle Konfliktparteien im Nahen Osten mit dem Ziel eines **umfassenden Verhandlungsergebnisses** an einen Tisch bringt. Ein Engagement Deutschlands und der EU kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn es auf friedenswillige und friedensfähige Partner trifft. Finanzielle Hilfe sollte an diesen Friedenswillen und die Fähigkeit dazu gekoppelt werden.

Auf Diplomatie gegenüber dem Iran setzen

Wir unterstützen das Ziel der Völkergemeinschaft, dass der Iran nicht in den Besitz von Atomwaffen gelangen darf. Im Streit um das iranische Atomprogramm setzen wir auf eine Lösung auf dem Verhandlungswege. Jeder Versuch, die Gefahr einer nuklearen Bewaffnung des Iran mit militärischen Mitteln zu bannen, könnte die gesamte Region in eine Katastrophe führen und das weltweite Streben nach Massenvernichtungswaffen nur noch verstärken. Deshalb begrüßt die FDP die Bereitschaft des amerikanischen Präsidenten zu **direkten Verhandlungen mit dem Iran**. Dabei muss auch ein Weg gefunden werden, wie das verbrieftete Recht auf die zivile Nutzung der Atomenergie so in der Realität umgesetzt werden kann, dass die Gefahr eines militärischen Missbrauchs ausgeschlossen werden kann.

Für eine Stabilisierung Afghanistans

Der zivile und militärische deutsche Beitrag zum internationalen Engagement in Afghanistan hat dazu beigetragen, dass das Land bislang nicht wieder zum zentralen Rückzugsort für international agierende Terroristen geworden ist. Trotzdem agieren im Land weiterhin Terroristen, die sich mittlerweile im Grenzgebiet des Nachbarlandes Pakistan neu formiert haben und die Bevölkerung und unsere Truppen bedrohen. Noch immer haben viele wenige Afghanen ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes Leben. In den ersten Jahren des internationalen Engagements ist es versäumt worden, den **Aufbau effizienter Regierungs-, Verwaltungs- und Sicherheitsapparate voranzutreiben**. Dieses Versäumnis, das auch die Bundesregierung durch ihr Versagen beim Polizeiaufbau mitverantworten muss, hat weitgehende Erfolge verhindert und sogar zu einer Reihe von Rückschlägen geführt.

Die FDP wird darauf hinwirken, dass Deutschland gemeinsam mit Afghanistan und den Verbündeten daran arbeitet, die Strategie der vernetzten Sicherheit für die Stabilisierung Afghanistans unter Berücksichtigung der Stammesstrukturen endlich umzusetzen – hin zu mehr zivilem Wiederaufbau in ganz Afghanistan und zu einer verstärkten Übernahme der Verantwortung für die Sicherheit durch die afghanischen Armee- und Polizeikräfte, um den Zeitraum des Einsatzes der internationalen Truppen zu begrenzen. Wir fordern einen regionalen Ansatz, der trotz Schwierigkeiten auch Länder wie Pakistan, Russland, China und den Iran in Problemlösungen einbezieht. Die Politik muss ausgerichtet sein auf einen konsequenten Aufbau afghanischer Verwaltungsstrukturen. Insbesondere bei der Bekämpfung des Anbaus, der Weiterverarbeitung und des Handels mit Drogen muss für die Menschen auf dem Land eine wirtschaftliche Alternative zum Anbau von Mohn geboten werden. Der

1 Ansatz der vernetzten Sicherheit muss weiter verfolgt werden und macht für eine Über-
2 gangszeit die internationale Truppenpräsenz weiterhin erforderlich.

4 **Die Vereinten Nationen reformieren**

5 Die Vereinten Nationen müssen reformiert werden und in ihren Strukturen die **politischen**
6 **und ökonomischen Realitäten zu Beginn des 21. Jahrhunderts** angemessen widerspiegeln.
7 Nur so können sie wieder zu einem der entscheidenden Foren der Lösung internationaler
8 Probleme werden. Eine Vielzahl der großen Herausforderungen unserer Zeit, wie der Kli-
9 mawandel, die demographische Entwicklung, Migration, Hunger und Armut, Rohstoffver-
10 sorgung und kriegerische Auseinandersetzungen können nur im globalen Maßstab gelöst
11 werden.

12
13 Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen muss nach einer umfassenden Reform die poli-
14 tischen und wirtschaftlichen Realitäten des 21. Jahrhunderts abbilden. Die FDP setzt sich
15 für einen europäischen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein.

17 **Neue Machtzentren stärker in globale Fragen einbinden**

18
19 Die Krise der Finanzmärkte hat dramatisch deutlich gemacht, dass globale Fragen koordi-
20 nierter Antworten aller wesentlichen Akteure bedürfen. Das gilt in gleichem Maße für an-
21 dere ökonomische, ökologische, entwicklungspolitische und sicherheitspolitische Proble-
22 me globalen Ausmaßes. Genauso wie in der Finanzmarktkrise die G20 einen wesentlichen
23 Beitrag zur **Stabilisierung der Märkte und Etablierung neuer Regeln** geleistet haben, müs-
24 sen auch bei anderen Problemen alle relevanten Akteure eingebunden werden. Länder wie
25 Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika müssen angesichts ihrer wachsenden Bedeu-
26 tung auch stärker an den Mechanismen zur Wahrnehmung globaler Verantwortung betei-
27 ligt werden. Deutschland hat insbesondere die aufstrebenden asiatischen Staaten viel zu
28 spät als kommende Partner wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit entdeckt.

30 **Kultur- und Bildungspolitik – Brücke einer werteorientierten Außenpolitik**

31
32 Die wirtschaftliche und politische Vernetzung der Welt ist bereits weit vorangeschritten.
33 Insbesondere dort, wo sich diese Verflechtung auf kultureller Ebene langsamer vollzieht,
34 entstehen Spannungen, die abgebaut werden müssen. Einer **gezielten Auswärtigen Kultur-**
35 **und Bildungspolitik** kommt deshalb im Zeitalter der Globalisierung eine immer größere
36 Bedeutung zu. Deutsche Kultureinrichtungen wie Goetheinstitute und Auslandsschulen
37 sowie Wissenschaftskooperationen sind die Brücken unserer werteorientierten Außenpoli-
38 tik. Die FDP wird die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik finanziell deutlich besser aus-
39 stellen. Wir verstehen sie auch als **langfristige Wirtschaftsförderung**. Die Förderung der
40 deutschen Sprache im Ausland muss wieder ein stärkeres Gewicht bekommen. Langfristig
41 streben wir die Entwicklung kooperativer europäischer Kulturinstitute an. Die Deutsche
42 Welle als deutscher Auslandssender muss eine Finanzierung erhalten, die ihren wachsende
43 Aufgaben angemessen ist.

45 **Für eine effizientere Organisation deutscher Außenpolitik**

46 Als integraler Bestandteil der Außenpolitik und Instrument deutscher Werte- und Interes-
47 senpolitik gehören die Tätigkeitsfelder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zu-
48 sammenarbeit und Entwicklung wieder in den Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes.

1 Eine **strategisch angelegte Außenwirtschaftsförderung** muss in enger Kooperation mit
2 deutschen Unternehmen im Ausland wieder stärkeres Gewicht erhalten. Deutschland, das
3 wesentlich zur Finanzierung internationaler und europäischer Organisationen beiträgt,
4 muss in diesen endlich auch personell angemessen vertreten sein.
5

6 **Europa ist unsere Antwort auf die Globalisierung**

7 Im weltweiten Wettbewerb um Werte und Einfluss ist die EU heute wichtiger denn je. Nur
8 sie gibt uns die **Chance, in der Globalisierung erfolgreich zu sein**. Die brennenden Fragen
9 der Welt des 21. Jahrhunderts können von den Staaten Europas nicht im Alleingang be-
10 antwortet werden: Menschenrechte und Demokratie, Sicherung der Wirtschaft in der Fi-
11 nanzkrise, nukleare Bedrohung, Abrüstung und Rüstungskontrolle, Krisen und Kriege, Zu-
12 gang zu Energie und Rohstoffen, internationaler Handel, Kampf gegen Klimawandel und
13 Terrorismus - zu Recht erwarten die Bürger von der EU aktives politisches Handeln. Wir
14 Liberalen wollen eine starke und selbstbewusste EU, die mit einer Stimme spricht und ge-
15 schlossen für die Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Welt eintritt.
16

17 **Konsequente Reformen für eine effizientere europäische Politik**

18
19 Die FDP will, dass **die Europäische Union demokratischer, verständlicher und handlungsfä-**
20 **higer** wird. Wir halten deshalb am Ziel einer grundlegenden Reform der EU („Vertrag von
21 Lissabon“) fest. Für uns entscheidende Reformelemente sind eine erhebliche Stärkung des
22 Europäischen Parlaments, mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung, eine Stärkung des
23 Subsidiaritätsprinzips, mehr Mitsprache des Bundestags in EU-Fragen, eine besser koordi-
24 nierte EU-Außenpolitik, die Demokratisierung der europäischen Innen- und Justizpolitik und
25 eine wirksame Durchsetzung des Europäischen Grundrechtskatalogs.
26

27 Für die FDP steht fest, dass die notwendigen Reformen der EU immer möglichst von allen
28 Mitgliedstaaten gemeinsam zu erreichen sind. Wenn jedoch Gruppen von EU-Staaten mit
29 konkreten Projekten vorausgehen, diese sich bewähren und andere EU-Staaten die Mög-
30 lichkeit haben, sich später daran zu beteiligen, ist dies mit dem europäischen Gedanken
31 vereinbar, wie etwa die Einführung des Euro bewiesen hat. **Langfristige Ziele bleiben für**
32 **uns Liberale ein föderales Europa** und die **Verabschiedung einer Europäischen Verfassung**.
33

34 In den EU- Verträgen sollte die Möglichkeit verankert werden, dass die Bürger über Fragen,
35 die für die Fortentwicklung der Union von grundlegender Bedeutung sind, einen **EU-weiten**
36 **Volksentscheid** herbeiführen können. Dies gilt im Besonderen auch für die Schaffung einer
37 echten EU- Verfassung, für die sich die FDP einsetzt.
38

39 Die FDP will **eine EU, die stark, aber schlank ist** und ihre Kraft aus der Beschränkung auf
40 das Wesentliche schöpft. Wir wollen europäische Lösungen überall dort, wo eine EU-
41 Regelung besser ist als eine nationale. Alle anderen Bereiche müssen in der Verantwortung
42 der Mitgliedstaaten verbleiben.
43

44 **Mutige Schritte zur Weiterentwicklung der europäischen Außen-, Sicherheits- und Vertei-** 45 **digungspolitik**

46
47 Europa und jeder einzelne Mitgliedsstaat sind international immer dann schwach, wenn die
48 EU nicht geschlossen auftritt. Es ist Markenzeichen liberaler Europapolitik, dafür einzuste-

1 hen, dass Deutschland immer auch die Interessen der kleinen und mittleren Mitgliedsstaaten
2 ten in seine europapolitischen Überlegungen einbezieht. Die elementaren Fragen von **Si-**
3 **cherheit und Abrüstung** in Europa müssen von allen Europäern gemeinsam beraten und
4 entschieden werden. Europa muss sein politisches Gewicht für eine neue Abrüstungspoli-
5 tik in die Waagschale werfen. Wir müssen unsere Kräfte bündeln, Aufgaben verteilen,
6 Schwerpunkte setzen. Nur so können wir auf die neuen sicherheitspolitischen Bedrohun-
7 gen richtig reagieren. Langfristiges Ziel bleibt für die FDP der Aufbau europäischer Streit-
8 kräfte unter gemeinsamem Oberbefehl und voller parlamentarischer Kontrolle.

9 10 **Im europäischen Binnenmarkt entfalten sich Deutschlands Stärken**

11
12 Grundlage des Wohlstands in Deutschland ist der **unverfälschte Wettbewerb im europäi-**
13 **schen Binnenmarkt**, denn nur mit Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum gelingt
14 die nachhaltige Schaffung neuer Arbeitsplätze. Für uns Liberale ist die **Stabilität des Er-**
15 **folgsmodells „Euro“** ein Garant für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands und Europas.
16 Ohne den Euro hätte sich die Finanzkrise in Europa noch sehr viel schlimmer niederge-
17 schlagen. Wir stehen daher mit Nachdruck für eine einheitliche EU-weite Bankenaufsicht
18 ein, die bei der Europäischen Zentralbank (EZB) anzusiedeln ist. Wir werden uns gegen
19 jeden Angriff wenden, der die Unabhängigkeit der EZB in Frage stellt.

20 21 **Außenwirtschaftspolitik**

22
23 Die FDP tritt gegen jede Form von Protektionismus im internationalen Handel ein. Dazu
24 gehören gesetzliche oder politische Aufforderungen, nationale Produkte zu kaufen, den
25 Wettbewerb verzerrende Beihilfen sowie alle Formen der Abschottung von Märkten. Ein
26 rascher Abschluss der laufenden Verhandlungen in der Welthandelsorganisation (WTO)
27 wäre die beste Absage an Protektionismus.

28
29 Die FDP fordert ein **grundlegendes Umdenken bei den EU-Finanzen**. Die Forderung anderer
30 politischer Parteien, die EU brauche mehr Geld, ist falsch. Schon heute hat die EU genü-
31 gend Mittel. Sie werden aber nicht effizient eingesetzt. Immer noch fließt der Großteil der
32 Ausgaben in Agrar- und Strukturfonds. Diese Mittel fehlen für strategische Bereiche euro-
33 päischer Politik, wie etwa Forschung, Innovation, Umweltschutz, Sicherung der EU-
34 Außengrenzen, Außen- und Sicherheitspolitik. Das will die FDP ändern. Wir werden uns für
35 eine **nachhaltige und verantwortungsvolle europäische Haushaltspolitik** einsetzen. Wir for-
36 dern eine nachvollziehbare Finanzierung des Haushalts, die die aktuelle Wirtschaftskraft
37 der Mitglieder widerspiegelt. Jeder Mitgliedstaat soll maximal ein Prozent seines Bruttona-
38 tionaleinkommens (BNE) aufbringen. Eine EU-Steuer und weitere Belastungen für die deut-
39 schen Bürger lehnen wir strikt ab. Statt neuer Steuern ist Sparsamkeit und Umschichten
40 der Ausgaben geboten. Die FDP tritt für die Beibehaltung des EU-Verschuldungsverbots
41 ein.

42 43 **Für eine Erweiterungspolitik mit Augenmaß und ohne Rabatte**

44
45 Eine an den Zielen des Vertrages von Lissabon orientierte EU-Reform ist für die FDP Vor-
46 aussetzung für die Aufnahme weiterer Staaten. Mit Kroatien, das größte Anstrengungen
47 unternommen hat, um sich auf einen EU-Beitritt vorzubereiten, sind die Verhandlungen
48 bereits weit fortgeschritten. Der Beitritt erscheint daher auch im Rahmen einer Teilreform
49 denkbar. Das gilt auch für Norwegen, Island und die Schweiz, sofern sie den Beitritt bean-
50 tragen sollten und die Beitrittskriterien erfüllen. Die Entscheidung über einen EU-Beitritt

1 der Türkei steht in den nächsten Jahren noch nicht an. Die Türkei hat zwar eine Reihe
2 wichtiger Reformschritte gemacht, in vielen Bereichen gibt es aber noch **erhebliche Defizi-**
3 **te** bei der Erreichung der EU-Standards (Kopenhagener Kriterien), die für einen Beitritt er-
4 füllt sein müssen. Schlüssel für den Beitritt zur EU sind die Umsetzung der Reformen in der
5 Türkei und die Aufnahmefähigkeit der EU. Die Staaten des westlichen Balkans haben eine
6 mittel- bis langfristige Perspektive, der EU beitreten zu können, was die FDP unterstützt.
7 Langfristig gilt dies auch für die Ukraine.

8
9 Die FDP tritt dafür ein, dass die **Glaubwürdigkeit der Erweiterungspolitik** der EU wieder
10 hergestellt wird. Für uns gilt: Beitrittsverhandlungen müssen ergebnisoffen geführt werden.
11 Einen „Rabatt“ bei den Kriterien oder gar einen Beitrittsautomatismus zum Beispiel durch
12 Nennung eines Beitrittsdatums vor Abschluss der Verhandlungen darf es nicht geben. Für
13 die FDP steht in den nächsten Jahren das Zusammenwachsen der alten und neuen EU-
14 Mitglieder im Vordergrund, um die politisch vollzogene Erweiterung auch in der Zivilgesell-
15 schaft nachhaltig zu verankern. Ein besseres Verständnis der Deutschen und Polen für
16 einander ist genauso wie das gute Verständnis zwischen Deutschen und Franzosen Vor-
17 aussetzung für den Erfolg der EU.

18 19 **Deutschlands Sicherheit bleibt eingebettet in NATO und EU**

20
21 Die NATO ist Ausdruck der **Werte- und Verantwortungsgemeinschaft zwischen Europa und**
22 **Nordamerika** und als System kollektiver Verteidigung gleichzeitig der Sicherheitsanker für
23 Europa. Aus nationaler und europäischer Interessenlage ist einerseits die NATO zu stärken,
24 andererseits aber das europäische Gewicht innerhalb der NATO zu erhöhen. Die FDP strebt
25 eine gleichberechtigte Sicherheitspartnerschaft im Atlantischen Bündnis an. Dafür ist die
26 europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik auszubauen und die Bundeswehr zu
27 stärken. **Die NATO muss dabei das zentrale transatlantische Diskussions-, Entscheidungs-**
28 **und Handlungsgremium sein.** Um diese Funktion wirkungsvoll wahrnehmen zu können, hat
29 sie sich möglichst bald von ihrer strategischen Ausrichtung und Struktur her der veränderten
30 Weltlage anzupassen. Als europäischer Pfeiler der transatlantischen Sicherheitsarchi-
31 tektur muss sich Europa in die Lage versetzen, Konfliktfällen vorzubeugen und gegebenen-
32 falls schnell, gemeinsam und flexibel zu reagieren. Primär geht es darum, durch politische
33 und andere geeignete Maßnahmen bewaffnete Konflikte zu vermeiden. Tendenzen einer
34 Renationalisierung der Sicherheitspolitik erteilen wir eine klare Absage.

35 Die Schaffung von Sicherheit für Deutschland und Europa ist zuerst eine politische Aufga-
36 be. Wir sehen mit großer Sorge alle Versuche, die zum Ende des Kalten Krieges getroffene
37 Vereinbarungen über eine zukünftige gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur revi-
38 dieren zu wollen – sei es aufgrund alten Großmachtdenkens dies- oder neuer strategischer
39 Konzepte jenseits des Atlantiks. Wenn wir nicht wollen, dass über Kernfragen europäischer
40 Sicherheit über die Köpfe Europas hinweg entschieden wird, dann muss sich Europa stär-
41 ker in geostrategische Debatten einbringen.

42
43 In Krisen, wie letztes Jahr in Georgien, müssen Dialoge intensiviert und nicht, wie mit dem
44 NATO-Russland-Rat geschehen, ausgesetzt werden. Jegliche Versuche, die OSZE als zent-
45 rales Element der Stabilität in Europa zu schwächen, lehnen wir entschieden ab.

46 47 **Militärische Einsätze bleiben letztes Mittel**

1 Für die FDP gilt, dass Deutschland nicht nur aufgrund der Vorgaben des Bundesverfas-
2 sungsgerichts, sondern aus eigener tiefster Überzeugung militärisch nur dann handeln
3 sollte, wenn es **gemeinsam mit den Partnern in der NATO oder der Europäischen Union**
4 sowie aufgrund einer klaren völkerrechtlichen Legitimation möglich ist. Unverzichtbar ist
5 stets eine Zustimmung des Deutschen Bundestages (Parlamentsvorbehalt). Einsätze ohne
6 klare völkerrechtliche Grundlage lehnt die FDP ab, ebenso wie einen bündnispolitischen
7 Automatismus bezüglich der Teilnahme der Bundeswehr an Einsätzen im Ausland. Wie un-
8 bedingt notwendig es bleibt, Lösungen auf politischem Wege zu finden, weil Militär allein
9 keinen stabilen Frieden schaffen kann, zeigen die gegenwärtigen Militäreinsätze in Afgha-
10 nistan sowie im Nahen und Mittleren Osten.

11 **Terrorismusbekämpfung ist eine Querschnittsaufgabe**

12
13
14 Effizient kann der internationale Terrorismus nur dann eingedämmt werden, wenn ihm sei-
15 ne Grundlagen, d. h. vor allen Dingen seine Unterstützung in enttäuschten Teilen der Ge-
16 sellschaften, entzogen werden. Dafür bedarf es **eines langfristigen Ansatzes**, der sowohl
17 außenpolitische, als auch entwicklungspolitische, und in Einzelfällen auch polizeiliche und
18 militärische Maßnahmen einschließt. Dies verlangt ein eng abgestimmtes und vor allem
19 multilaterales Zusammenwirken. Militärische Sanktionen sind auch beim Kampf gegen den
20 Terrorismus nur allerletztes Mittel.

21 **Seewege sichern, Piraterie bekämpfen**

22
23
24 Deutschland hat als Exportnation wie kein anderes Land ein Interesse an sicheren Seewe-
25 gen. Die Verletzung der Freiheit der Meere beeinträchtigt deutsche Interessen. Deutsch-
26 land beteiligt sich an einer aktiven Bekämpfung der Piraterie.

27 **Bundeswehr der Zukunft**

28 Weil Bündnisfähigkeit ein unverzichtbarer Teil der Sicherheitspolitik der FDP ist, muss die
29 Bundeswehr in die Lage versetzt werden, im Bündnisrahmen operieren zu können. Die
30 Transformation der Bundeswehr geht zwar über die Zielsetzungen früherer Reformen deut-
31 lich hinaus, greift dennoch aufgrund der völlig andersartigen neuen Herausforderungen
32 deutlich zu kurz. **Deutschland benötigt hoch motivierte, sehr gut ausgebildete und mit mo-
33 dernster Bewaffnung ausgerüstete Streitkräfte.** Die zivile und militärische Führungsstruk-
34 tur der Bundeswehr muss verschlankt werden. Insbesondere sind viele Ämter und höhere
35 Kommandobehörden auf ihre Berechtigung zu überprüfen und gegebenenfalls zu reduzie-
36 ren. Diese Neuordnung muss mit neuen Instrumenten der Personalplanung einhergehen.
37 Sie müssen als Instrument einer wirkungsvollen Friedenspolitik professionell, flexibel und
38 schnell einsetzbar sein. Hierzu reicht eine einfache Fortschreibung überkommener Struk-
39 turen unter Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht nicht aus. Die Wehrpflicht ist nicht
40 mehr zu begründen. Sie ist in ihrer Ausgestaltung zutiefst ungerecht und für die Einsatzbe-
41 reitschaft der Bundeswehr mittlerweile sogar kontraproduktiv. Sie muss schnellstens aus-
42 gesetzt werden. Deutschland benötigt Streitkräfte, die gut ausgebildet, modern ausgerüs-
43 tet, voll einsatzbereit und schnell verlegbar sind. Das kann nur eine Freiwilligenarmee ge-
44 währleisten. Einen Einsatz der Bundeswehr im Innern über die bestehenden Regelungen
45 unserer Verfassung hinaus lehnen wir ab.

46
47 Seit nahezu 54 Jahren ist die Bundeswehr ein verlässliches Instrument der Sicherheitspoli-
48 tik, unabhängig von der jeweiligen gesamtpolitischen Lage. Gegenwärtig wird sie von der

1 Bevölkerung vor allem als Armee im Einsatz wahrgenommen. Sie ist jedoch mehr, nämlich
2 unverändert auch eine Armee zur Landes- beziehungsweise Bündnisverteidigung. Sie muss
3 nicht nur in der Lage sein, Aufgaben im internationalen Rahmen zusammen mit Verbünde-
4 ten und Partnern zur Bewältigung von Krisen und Konflikten wahrzunehmen. Sie muss
5 ebenso die Fähigkeit besitzen, im Rahmen der geltenden Verfassung Deutschland und das
6 Bündnisgebiet verteidigen zu können. Struktur, Ausbildung, Ausrüstung und Bewaffnung
7 der Streitkräfte müssen beiden Aufgaben in vollem Umfang gerecht werden.

8

9 **Entwicklungszusammenarbeit neu ausrichten- die Wirksamkeit erhöhen**

10 Ziel liberaler Entwicklungszusammenarbeit ist es, die **Ursachen der Armut zu bekämpfen**
11 und es den Menschen zu ermöglichen, ihren eigenen Lebensunterhalt zu erwirtschaften,
12 um ein Leben in Würde, Freiheit und Selbstbestimmung zu führen. Die FDP setzt sich für
13 eine **Fokussierung der Entwicklungszusammenarbeit** auf die schwächsten und ärmsten
14 Länder ein, während die Zusammenarbeit mit Schwellenländern auf eine grundsätzliche
15 neue Grundlage gestellt werden muss. Statt klassischer Entwicklungszusammenarbeit will
16 die FDP mit den Schwellenländern eine Partnerschaft in den Bereichen Rechtsstaats- und
17 Demokratieförderung, Umwelt- und Klimapolitik, Wissenschaft und Forschung eingehen
18 und sie für die Entwicklung noch immer bedürftiger Länder gewinnen. China und Indien,
19 genauso wie Brasilien und Mexiko gehören zu jenen Ländern, die keine finanzielle deut-
20 sche Entwicklungszusammenarbeit mehr benötigen.

21

22 **Gute Regierungsführung konsequent einfordern**

23

24 Eine Hauptursache für die Armut und die Erfolglosigkeit von politischen Reformen ist der
25 Widerstand nationaler Eliten, die oft zu den Nutznießern undemokratischer Strukturen und
26 ökonomisch ineffizienter Systeme gehören. Gute Regierungsführung durch Demokratie
27 und Rechtsstaatlichkeit, insbesondere die Bekämpfung der Korruption, müssen deshalb
28 stärker als bisher im Mittelpunkt aller Entwicklungsbemühungen stehen. Es ist nicht Auf-
29 gabe deutscher Entwicklungszusammenarbeit, dauerhaft dort aktiv zu sein, wo zwar aus-
30 reichend finanzielle Ressourcen vorhanden sind, die Eliten eines Landes aber nicht bereit
31 sind, umfassend Verantwortung für die eigene Bevölkerung zu übernehmen.

32

33 **Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe**

34

35 Die FDP bekennt sich zu den Verpflichtungen, die Deutschland im Rahmen der UN- Millen-
36 niumsziele eingegangen ist. Wenn wir künftig staatliche Entwicklungszusammenarbeit und
37 die Bemühungen der Regierungen um Armutsbekämpfung nicht in Frage stellen wollen,
38 muss die Frage der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit aber stärker als die
39 nach deren Höhe im Mittelpunkt des internationalen Dialoges stehen.

40

41 Kernaufgabe der Entwicklungszusammenarbeit ist die **Unterstützung für eine sich selbst-**
42 **tragende Wirtschaftsentwicklung** in den Empfängerländern. Sie führt zu einer Verbesse-
43 rung der Ernährungssituation durch eine Förderung der landwirtschaftlichen Produktion,
44 zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung, zu mehr Investitionen in Grundbildung und
45 zur Förderung von Handwerk und Kleingewerbe.

46

47 Einen Schwerpunkt legt die FDP bei der **Bekämpfung von HIV/AIDS**, das sich in Teilen Af-
48 rikas inzwischen zur häufigsten Todesursache und damit zu einem der größten Entwick-

1 lungshemmnisse entwickelt hat. Die FDP will alle Anstrengungen im Bereich der Präventi-
2 on, aber auch der Behandlungsmöglichkeiten, Medikamentenversorgung, Ausbildung von
3 Gesundheitspersonal und der Bildung von Gesundheitssystemen verstärken.

4 5 **Für mehr Transparenz und eine klare Aufgabenverteilung zwischen europäischer und nati-** 6 **onaler Entwicklungszusammenarbeit**

7
8 Die europäische Entwicklungszusammenarbeit soll die Entwicklungszusammenarbeit der
9 Mitgliedsstaaten lediglich ergänzen und dort koordinierend tätig werden, wo mehrere Län-
10 der gemeinsame Projekte beziehungsweise Programme durchführen. **Der europäische**
11 **Entwicklungsfonds (EEF)** muss in den EU-Haushalt integriert werden, um die derzeit feh-
12 lende parlamentarische Kontrolle herzustellen. Eine an Quoten orientierte Ausdehnung von
13 Budgethilfen als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit lehnen wir ab. Nur dort, wo
14 strenge Bedingungen eingehalten werden, kann Budgethilfe gewährt werden.

15 16 **Menschenrechte schützen – Rechtsstaatlichkeit fördern**

17 Die Glaubwürdigkeit Deutschlands steht in direktem Zusammenhang mit dem **konsequen-**
18 **ten Eintreten für die Menschenrechte in der Außenpolitik.** Ihre Einhaltung ist das Funda-
19 ment für die demokratische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung jedes Landes. Kör-
20 perliche und geistige Unversehrtheit, Gedanken- und Meinungsfreiheit und die Freiheit von
21 Diskriminierung sind unveräußerbare Prinzipien unserer Menschenrechtspolitik.

22
23 Die FDP sieht mit großer Sorge, wie menschenrechtliche Mindeststandards, unter anderem
24 im so genannten Kampf gegen der Terror, immer weiter verletzt wurden. Folter, unmensch-
25 liche und grausame Behandlung, Verschleppung und das Betreiben von extraterritorialen
26 Gefängnissen dürfen nicht Teil staatlichen Handelns sein und vom Staat auch nicht gedul-
27 det werden. Fehlentwicklungen auf diesem Gebiet müssen korrigiert werden. **Die FDP tritt**
28 **für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe genauso ein wie gegen menschenverach-**
29 **tende Verhörmethoden.**

30 31 **Menschenrechtspolitik betrifft alle Politikbereiche**

32
33 Diskriminierung und Unterdrückung von Teilen der Bevölkerung finden auch heute noch
34 vielfach statt – innerhalb und außerhalb Europas. **Kinder und Frauen werden besonders**
35 **häufig Opfer gravierender Verletzungen ihrer Rechte und Freiheiten.** Menschenhandel,
36 Kinderarbeit, Zwangsprostitution, Zwangsheirat, Organhandel und Praktiken wie Genital-
37 verstümmelung müssen geächtet und international verboten werden.

38
39 In unserer Menschenrechtspolitik wenden wir uns gegen Verfolgung und Ausgrenzung auf-
40 grund von Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, Religion oder sexueller Orientierung. Des-
41 halb setzt sich die FDP für **Gleichberechtigung und Toleranz** ein und richtet ihre politischen
42 Maßnahmen im In- und im Ausland an menschenrechtlichen Leitlinien aus. Durch die Glo-
43 balisierung rücken Menschenrechte auch in anderen Regionen der Welt stärker ins Be-
44 wusstsein. Dies erhöht die Chancen Menschenrechtsanliegen aktiv in anderen Ländern
45 anzusprechen. In der Wirtschaft unterstützt die FDP Zertifizierungsmaßnahmen und Initia-
46 tiven verantwortungsvoller Unternehmensführung, um menschenrechtliche Standards
47 durchzusetzen.

48 49 **Internationale Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte konsequent stärken**

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17

Internationale Menschrechtsschutzsysteme haben in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Der Europarat mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) sowie der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) sind unverzichtbare Instrumente internationaler Rechtsstaatlichkeit. Verbrechen, auch in Kriegszeiten, müssen konsequent vor Gericht gebracht werden. Deutschland muss sich deshalb verstärkt dafür einsetzen, dass auch diejenigen Länder dem Rom-Statut des IStGH beitreten, die bisher eine Ratifikation verweigert haben, wie die USA, China, Russland oder Indien. Auch die **Arbeit des Europarates und insbesondere des EGMR bedarf stärkerer Unterstützung**. Viele anhängige Klagen, die wegen mangelnder finanzieller Ressourcen nur sehr spät oder gar nicht bearbeitet werden können, behindern einen effektiven Menschenrechtsschutz. Die FDP fordert deshalb, die Arbeit des EGMR stärker finanziell zu unterstützen und dafür auch verstärkt bei den Mitgliedern des Europarats zu werben. Die Straflosigkeit von Menschenrechtsverbrechen muss der Vergangenheit angehören. Die FDP verfolgt mit Sorge die zunehmende Politisierung des UN-Menschenrechtsrates und tritt für eine aktive deutsche Menschenrechtspolitik im Rahmen der UNO ein.

1 7. Schlussbemerkung

2
3 Nach der Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 hat die FDP die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft und den Aufbau des modernen Verfassungsstaates maßgeblich mitgestaltet. 1969 prägte die FDP den Aufbruch zu einer Politik der gesellschaftlichen Modernisierung, die auch im Bürgerrecht auf Bildung zum Ausdruck gekommen ist. Die gleichzeitig eingeleitete Neuausrichtung in der Außenpolitik trug dazu bei, dass die „Wende“, die friedliche Revolution von 1989, in die Wiedervereinigung münden konnte. Im Angesicht krisenhafter wirtschaftlicher Entwicklungen sind Liberale erneut gefordert. Wir begegnen den neuen Herausforderungen durch eine marktwirtschaftliche Erneuerung und eine selbstbewusste liberale Position in wesentlichen Politikfeldern.

12
13 **Deutschland braucht den Politikwechsel – die FDP will den Politikwechsel.** Das Wohl der Menschen ist Maßstab unserer Politik. Wir wollen die Mitte unserer Gesellschaft stärken, damit sich Leistung wieder lohnt. Wir wollen, dass alle Bürger Ihre Freiheit in Verantwortung selbst gestalten können.

17
18 Die FDP hält Kurs. Wir stehen für die Soziale Marktwirtschaft. Sie ist die erfolgreichste Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die es je gab. Wir wollen einen politischen Rahmen, der Innovation und Wachstum fördert. Wir stehen für Bürgerrechte. Freiheit ist unser höchstes Gut – mit Blick auf den Einzelnen wie auf die Gesellschaft. Wir wollen, dass alle Menschen ihr persönliches Glück in Freiheit, Frieden und Wohlstand finden können. Ohne Befreiung von Not kann Freiheit nicht gelebt werden. Ohne Chance auf Entfaltung bleibt Freiheit ein leeres Versprechen. Ohne Spielregeln gibt es keine Chance auf Freiheit. Und ohne individuelle Handlungsspielräume wird die Freiheit des Einzelnen erdrückt. Das gilt in der Gesellschaft genauso wie in der Wirtschaft. Wir stehen für Bildung als Bürgerrecht. Bildung ist der wertvollste Rohstoff unseres Landes und eröffnet viele Lebenschancen. Wir wollen allen Menschen eine optimale Bildung, Ausbildung und Weiterbildung ermöglichen. Vernünftige Politik braucht Mut zur Veränderung. Dafür stehen wir Freien Demokraten.

30
31 Deutschland kann es sich nicht länger leisten, auf Kosten der kommenden Generationen Schulden anzuhäufen. Den Ballast der Verschuldung müssen wir abarbeiten, damit auch für das Gemeinwesen wieder mehr erwirtschaftet werden kann. Der Staat hat kein Einnahmenproblem, er hat ein Ausgabenproblem. Der Spielraum für Entlastungen als Impuls für mehr Wachstum und Beschäftigung und eine umfassende Steuerstrukturreform ist da. Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie, ob die notwendigen Reformen angegangen werden. Es gilt: mehr FDP – mehr Mitte – mehr Mut.

38
39 Mit unserem Programm zeigen wir, dass wir es besser können. Wir bieten einen eigenständigen Weg, der auf die Bürger und die Kraft der Freiheit setzt. Unser Programm zeigt, dass es auch einfach und gerecht statt kompliziert und unfair geht. Wir wollen, dass Deutschland international Anschluss hält und sich nicht in seinen eigenen Vorschriften verzettelt. Deshalb setzen wir auf mehr Entlastung statt auf mehr Staat. Wir setzen auf Soziale Marktwirtschaft statt auf bürokratische Staatswirtschaft. Wir setzen auf Freiheit statt auf Überwachung. Wir setzen auf mutige Reformen. Wir setzen auf die Mitte und einen Neustart für Deutschland.

47
48 **Die deutlichsten Antworten auf die Fragen unserer Zeit gibt unser vorliegendes Programm.**
49 **Wir haben den Mut zu den notwendigen Veränderungen – geben Sie uns die Kraft, diese**
50 **durchzusetzen.**

- 1
- 2 **Nutzen Sie Ihre Chance am 27. September. Wählen Sie die FDP.**
- 3